Mecklenburg und der Prager Friede 1635.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Berlin.

Von

Wilhelm Jesse

aus Schwerin i. M.

Tag der Promotion: 12. August 1911.

313

Referenten:

Professor Dr. M. Lenz.
Professor Dr. O. Hintze.

Die Arbeit wird in den „Mecklenburgischen Jahrbüchern" Band LXXVI, S. 161 ff., erscheinen.

Druck der Bärensprungschen Hofbuchdruckerei.
Schwerin i. M.

Vorwort.

Die Anregung zu vorliegender Arbeit verdanke ich meinem Freunde, Oberlehrer Dr. Richard Stehmann in Krefeld, dessen Abhandlung über die Politik Mecklenburgs in den Jahren 1636—44 nach einer kleinen Lücke, die neuerdings durch eine Leipziger Dissertation von Dürbeck ausgefüllt ist, an die meine anschließt.

Zu großem Danke verpflichtet bin ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Geh. Regierungsrat Professor Dr. Max Lenz (Berlin) für das Interesse, welches er meinem Vorhaben entgegenbrachte, und seine fördernden Ratschläge.

Besonders dankbar bin ich ferner den Herren vom Großh. Geheimen und Haupt-Archiv zu Schwerin, Kgl. sächs. Staatsarchiv zu Dresden und Kgl. preuß. Staatsarchiv zu Hannover für ihre Liebenswürdigkeit und stets bereitwillige Unterstützung. Vor allem möchte ich Herrn Geh. Archivrat Dr. H. Grotefend (Schwerin) für seinen so oft gespendeten Rat, der mir manche Schwierigkeiten aus dem Wege räumte, an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank aussprechen.

Inhalt.

Seite

Verzeichnis der benutzten Akten 4
Einleitung 5
I. Vom Tode Gustav Adolfs bis zum Frankfurter Konvent 1634 . . 10
II. Der Frankfurter Konvent 1634 28
III. Der Friede zu Pirna 48
IV. Der Prager Friede und seine Annahme 78
V. Die Folgen 97

Verzeichnis der benutzten Akten.

I. Akten des Großherzoglichen Geheimen und Haupt-Archivs zu Schwerin. (A. S.)

1. Fr.: Akten, die Friedenshandlung während des dreißigjährigen Krieges in Deutschland betreffend. Fasz. 1 und 2.

2. Verm.: Akten, die durch Vermittlung des Herzogs Adolf Friedrich . . . . zwischen Kursachsen . . . . und dem Königl. Schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstierna vorgegangene Friedens-Traktaten betreffend.

3. Suec.: Suecica Vol. IV.

4. Inv. host.: Acta invasionum hostilium Vol. XV—XIX.

5. Kreisf.: Niedersächsische Kreissachen. Religionssachen Vol. VII—XII. Dreißigjähriger Krieg Vol. V—X.

6. Hausarchiv: Briefwechsel Adolf Friedrichs mit Lohausen, Hans Albrecht u. a., Tagebücher Adolf Friedrichs.

7. Fr. C.: Religionssachen Vol. VI und VII: Frankfurter Konvent.

II. Akten des Königlich Sächsischen Hauptstaatsarchivs zu Dresden. (A. D.)

Pr. Fr.: 1.—12. Buch Pragerischen Friedensschlusses. Locat Nr. 8113—16.

Einleitung.

Im Verlaufe der zweiten Periode des großen Krieges, die wir als die niedersächsisch-dänische zu bezeichnen pflegen, wurde durch den Rückzug der Anhänger des vertriebenen Böhmenkönigs nach Norddeutschland die Kriegsfackel auch dem Herzogtum Mecklenburg nahe gebracht.[1]) Das Vorrücken Tillys nach der Niederlage Mansfelds und Christians von Braunschweig bei Stadtlohn und seine immer drohender werdende Haltung allen niedersächsischen Ständen gegenüber ließen seine Absichten bald nicht mehr als zweifelhaft erscheinen und veranlaßten, wie die anderen niedersächsischen Fürsten so auch die mecklenburgischen Herzöge Adolf Friedrich I. von Mecklenburg-Schwerin und Hans Albrecht II. von Mecklenburg-Güstrow, ihre bisher beiden Parteien gegenüber sorgsam beobachtete Neutralität aufzugeben und für einen bewaffneten Anschluß an den Dänenkönig Christian IV. einzutreten, der nun im Bunde mit anderen auswärtigen Mächten den katholischen Heeren entgegentrat. Im Mai 1625 auf dem Kreistag zu Braunschweig wurde dieser folgenschwere Entschluß gefaßt und Christian zum niedersächsischen Kreisobersten gewählt.[2]) Das Kriegsglück entschied zugunsten der Kaiserlichen. Bei Lutter erlitten die Dänen im August 1626 eine entscheidende Niederlage. Sie fluteten nach Norden zurück, und große Teile von ihnen besetzten den Südwesten Mecklenburgs. Wohl hatten die Herzöge Tillys Aufforderung zum Abfall von Dänemark willfährig aufgenommen, aber unter dem Druck der dänischen Waffen und bei ihren geringen eigenen Streitkräften war es unmöglich, ihren guten Willen, falls er überhaupt vorhanden war, in die Tat umzusetzen. Ohne Billigung freilich der Landstände und des Volkes leisteten die Fürsten, teils gezwungen, teils freiwillig, den

[1]) Opel, Der niedersächsisch-dänische Krieg. 3 Bde. Halle-Magdeburg 1872—94.

[2]) Opel, III. S. 138 ff.

Dänen Vorschub. So nimmt es nicht Wunder, daß man ihnen bald zweideutige oder gar feindliche Haltung vorwarf; und als nun gar ein Wallenstein bei seinem Vorrücken nach Norddeutschland im Jahre 1627 seinen Blick auf das Land geworfen hatte, war sein Schicksal entschieden. Das Jahr 1628 sah die beiden Herzöge abgesetzt, des Landes vertrieben und Wallenstein als neuen Herzog von Mecklenburg.[3]) Im Lübecker Frieden von 1629 mußte Christian IV. seine einstigen Bundesgenossen ihrem Geschick überlassen.

Von der Verbannung aus waren die Herzöge nun zwar unermüdlich tätig, durch Schreiben oder Gesandtschaften an deutsche und außerdeutsche Fürsten und Mächte um Fürsprache beim Kaiser zu bitten oder zum mindesten eine genaue Untersuchung ihrer Sache zu erreichen, aber alle ihre Bemühungen waren vergebens.[4]) Wohl nahmen sich protestantische Kurfürsten der Sache auf dem Regensburger Reichstag von 1630 an, und die Herzöge hatten zu dieser Gelegenheit eine umfangreiche Verteidigungsschrift verfassen und vorbringen lassen[5]), aber die Verhandlungen dort hatten keinen besseren Erfolg. Wallenstein wurde wohl seines Generalats enthoben und zog sich auf seine böhmischen Besitzungen zurück, aber er behielt den Titel eines Herzogs von Mecklenburg und ließ von seinen Ansprüchen nicht ab. Kaiserliche Truppen hielten das Land auch ferner besetzt. Die Sache der Herzöge wäre aussichtslos gewesen, wenn nicht der Schwedenkönig Gustav Adolf seinen Fuß auf deutschen Boden gesetzt hätte.

Über die Beweggründe Gustav Adolfs zur Teilnahme am deutschen Kriege ist hier nicht zu handeln.[6]) Fest steht, daß die

[3]) Grotefend, Mecklenburg unter Wallenstein und die Wiedereroberung des Landes durch die Herzöge. M. Jbb. 66. Schwerin 1901. — Schulenburg, Die Vertreibung der mecklenburgischen Herzöge Adolf Friedrich und Johann Albrecht durch Wallenstein und ihre Restitution. Dissertation Rostock 1892. — Breyer, Wallensteins Erhebung zum Herzog von Mecklenburg. Dissertation Göttingen 1882.

[4]) Grotefend, M. Jbb. 66 S. 237.

[5]) Fürstlich mecklbg. Apologia 1630 (mit 259 Aktenbeilagen).

[6]) Vergl. Odhner, Om orsakerna till Gustav II. Adolfs deltagande i trettioåriga kriget; Gutjahr, Gustav Adolfs Beweggründe zur Teilnahme am deutschen Kriege, Leipzig 1894; Lenz, Gustav Adolf, dem Befreier, zum Gedächtnis, Preußische Jbb. 78, Berlin 1894; v. Treitschke, Gustav Adolf und Deutschlands Freiheit, Hist. u. polit. Aufsätze, 4. Bd., Leipzig 1897; Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des dreißigjährigen Krieges, 3. Bd. S. 463 f.; Struck, Gustav Adolf und die schwedische Satisfaktion, H. Vjschr. II.

Vertreibung der mecklenburgischen Herzöge, seiner Verwandten[7]), die auch ihn schon wiederholt um Hülfe angefleht hatten und mit denen er bereits längere Zeit in Unterhandlungen stand, vor allem aber die Erhebung Wallensteins eine Rolle dabei gespielt haben. Ebenso sicher ist, daß die Herzöge dem Schwedenkönige allein ihre Wiedereinsetzung verdankten.[8]) Es ist genugsam bekannt, mit welchem Mißtrauen die evangelischen Reichsstände, vor allem Kursachsen und Kurbrandenburg, Gustav Adolf anfangs begegneten und wie erst der Druck der schwedischen Waffen und die halsstarrige katholische Politik Kaiser Ferdinands sie zum Anschluß an Schweden brachte. Die mecklenburgischen Herzöge machten von dieser Haltung keine Ausnahme, da sie trotz aller bisherigen Mißerfolge noch immer die Hoffnung hegten, daß ihre Angelegenheit auf friedlichem Wege zu ihren Gunsten entschieden werden könnte. Die Furcht, offen mit dem Kaiser zu brechen durch den Übergang zu einem außerdeutschen Reichsfeinde, war im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten Zeit noch durchaus vorherrschend, wenn auch in ihren ausweichenden Antworten auf Gustav Adolfs wiederholte Aufforderungen andere Gründe, wie Mangel an Geld und Truppen, in den Vordergrund traten.[9]) Noch auf dem Leipziger Konvent der Evangelischen vom Frühjahr 1631 waren die mecklenburgischen Gesandten im Anschluß an Kurbrandenburg für eine abwartende Stellung gegenüber der schwedischen Expedition eingetreten. Es war dies vielleicht in Rücksicht auf Einigungsverhandlungen geschehen, die zurzeit noch zwischen Evangelischen und Katholiken im Gange waren und im Herbst zu dem freilich von vornherein aussichtslosen Frankfurter Kompositionstage führten; denn die Verhandlungen verliefen dort bereits unter dem Eindruck der schwedischen Siege völlig ergebnislos.[10]) Die Herzöge waren indessen bereits vorher genötigt gewesen, als Gustav Adolf immer weitere Fortschritte machte und andere evangelische Fürsten sich ihm bereits hatten anschließen müssen, sich offen zu erklären und auch ihrerseits von Lübeck aus energischer die Wiedereroberung

[7]) Die Mütter Gustav Adolfs und der Herzöge, Christina bezw. Sofia, waren Schwestern, Töchter Adolfs von Holstein.

[8]) Grotefend, M. Jbb. 66 S. 269 ff.; Schulenburg a. a. O. S. 116.

[9]) Grotefend, M. Jbb. 66 S. 274 ff.; Schulenburg a. a. O. S. 117 und 123 ff.

[10]) Vergl. Helbig, Gustav Adolf und die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg 1630—32, Leipzig 1854, S. 33 ff. und 57 ff.; Aktenmaterial bei Londorp, Acta publica, Frankfurt 1668, Tom. IV, S. 130 ff. und 220 ff.

ihres Landes zu betreiben. In einigen Monaten war mit Hülfe schwedischer Truppen das Herzogtum vom Feinde gesäubert. Am 9./19. Juli 1631 schon konnte Adolf Friedrich in seine Residenzstadt Schwerin einziehen[11]), und am 7./17. Januar 1632 fiel alls letzter fester Platz Wismar.[12])

Nach seiner Landung an der pommerschen Küste im Sommer 1630 war Gustav Adolf vor allem darauf bedacht gewesen, sich auf deutschem Boden eine feste Basis zu schaffen, militärisch durch die Besetzung der Ostseeküstenländer, politisch durch Bündnisse mit den deutschen Fürsten. Nächst Pommern war es naturgemäß Mecklenburg, auf das er sein Augenmerk gerichtet hatte. General Tott wurde angewiesen, bei der Eroberung Mecklenburgs darauf zu sehen, daß die Häfen in schwedische Hände kämen, und bald auch suchten der König und sein Kanzler durch Allianzverhandlungen mit den Herzögen sich vertragsmäßig bedeutende Rechte im Lande zu sichern.[13]) Sofort stieß er aber bei den Herzögen auf das größte Mißtrauen, ja den hartnäckigsten Widerstand. Schon war es zwischen ihnen und den schwedischen Befehlshabern zu manchen Differenzen bei der Besetzung der festen Plätze gekommen[14]), und bei den nun folgenden langwierigen Bündnisverhandlungen kamen sie dem Könige durchaus nicht als einem Erretter entgegen.[15]) Man würde fehlgehen, in dem Verhalten der Herzöge nur schnöden Undank zu sehen, wie dies auf schwedischer Seite jetzt und später gern geschah. Die Forderungen des Königs waren in der Tat sehr hohe, und die möglichste Herabminderung der Bündnisverpflichtungen sowie die Wahrung ihrer Selbständigkeit mußte notwendigerweise im Interesse der Herzöge und ihres Landes liegen. Als einer der letzten aller Allianzen mit deutschen Fürsten wurde endlich unter dem Datum des 29. Februar/10. März 1632 zu Frankfurt das schwedisch-mecklenburgische Bündnis ab-

---

[11]) Alle Daten sind, wenn nicht doppelt, nach altem Stil angegeben, wie ihn die benutzten mecklenburgischen, sächsischen und schwedischen Akten zeigen.

[12]) Grotefend, M. Jbb. 66 S. 280.

[13]) Kretzschmar, Gustav Adolfs Pläne und Ziele in Deutschland und die Herzöge von Braunschweig und Lüneburg, Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 17, Hannover und Leipzig 1904, S. 164 ff.

[14]) Grotefend, M. Jbb. 66 S. 276 f.

[15]) Kretzschmar a. a. O. S. 187 ff.; Schnell, Der große Krieg, Mecklenburgische Geschichte in Einzeldarstellungen, Bd. 3, Berlin 1907, S. 73 ff.

geschlossen.[16]) Die Herzöge wurden darin unter Protektion des schwedischen Königs wieder zu Herren des Landes eingesetzt, mußten aber Wismar und Warnemünde für die Dauer des Krieges an Schweden überlassen, monatlich ab 1. Oktober 1631 10000 Taler zahlen und die Anlage schwedischer Zölle gestatten, wovon sie freilich 1% erhalten sollten. Ihre Truppen standen fortan unter schwedischem Oberbefehl, durchziehende Völker mußten verpflegt und schwedische Münze zugelassen werden. Das Bündnis sollte ein ewiges sein, kein Teil ohne den andern Frieden schließen dürfen, jeder den andern in Krieg und Not unterstützen. Betrachtet man endlich noch den wichtigen Artikel 18, der die Loslösung Mecklenburgs aus dem Reichsverbande und ein Lehnsverhältnis zu Schweden zu bedeuten schien[17]), ist es nicht mehr verwunderlich, daß die Herzöge diesem Vertrage gewaltsam, freilich vergeblich, widerstrebt hatten. Das Abhängigkeits- trat vor dem Bundesverhältnis nur zu deutlich in den Vordergrund.

Verläufig genoß das Land ja freilich die Früchte der schwedischen Siege mit, und die Kriegsgefahr entfernte sich mehr und mehr.[18]) Um so drückender ward dagegen bald die Last von seiten der eigenen Verbündeten, der Schweden, im Lande empfunden, und die Allianz wurde somit der Ausgangspunkt aller Mißverständnisse und Gegensätze, die stetig wachsend und dem allgemeinen Gang der politisch-militärischen Ereignisse im übrigen Deutschland folgend schließlich zur völligen Abkehr von Schweden führten.

---

[16]) Gedruckt bei: Westphalen, Monumenta inedita rer. Germanic. praecipue Cimbric. et Megapol. Tom. IV. 5. Diplomatarium Meclenburgicum S. 1199 ff.; Kretzschmar a. a. O. S. 316 ff. (mit Gegenüberstellung der mecklenburgischen Änderungsvorschläge); Sverges traktater med främmande magter V, 1, Stockholm 1903, ed. Hallendorff och Rydberg, S. 704 ff.

[17]) Vergl. Kretzschmar a. a. O. S. 189 f.

[18]) Ein im Sommer und Herbst 1632 drohender Einfall Pappenheims von der Weser her nach Niedersachsen wurde glücklich abgewendet. Die Herzöge hatten auf Aufforderung des schwedischen Residenten Salvius bereits alle Vorkehrungen getroffen. A. S.: Inv. host. Vol. XV. Vergl. auch Droysen, Der Krieg in Norddeutschland 1632, Zt. f. preuß. Gesch. i. Ldkde. Bd. 9.

I. Vom Tode Gustav Adolfs bis zum Frankfurter Konvent 1634.

Der Tod Gustav Adolfs auf dem Schlachtfelde von Lützen war sowohl für die Schweden wie vor allem für die Gestaltung der deutschen Verhältnisse von einschneidender Bedeutung. Mögen Gustav Adolfs Pläne und Ziele in Deutschland gewesen sein wie sie wollen, jedenfalls waren sie weitgehender als die des Reichskanzlers Axel Oxenstierna, der nun die Leitung der schwedischen Politik übernahm.[19]) Ohne Zweifel war Oxenstierna ein bedeutender Staatsmann, aber doch nicht imstande, die Persönlichkeit seines verstorbenen Herrn besonders den deutschen Fürsten gegenüber voll und ganz zu ersetzen. So erkannte er vollkommen richtig, daß es nunmehr allein darauf ankommen könnte, den Krieg mit deutschen Mitteln möglichst schnell bis zu einem für Schweden günstigen und einträglichen Frieden zu Ende zu führen. Mochten bei Gustav Adolf religiöse Motive mit maßgebend gewesen sein, bei Oxenstierna fielen sie gänzlich fort, seine Politik war eine reine schwedische Machtpolitik.

In erster Linie hieß es nun für ihn, die evangelischen Stände vor einer jetzt nach des Königs Tode möglicherweise drohenden Zersplitterung zu bewahren und weiter an Schweden zu fesseln. Oxenstierna folgte hier zunächst durchaus einem schon von Gustav Adolf gezeigten Plane, der die protestantischen Stände zum Zwecke einer besseren und einheitlichen militärisch-politischen Organisation zu einem großen Corpus Evangelicorum unter schwedischer Leitung zusammenfassen wollte. Und zwar schwebte ihm vor, zunächst die vier oberdeutschen Kreise, sodann aber auch die beiden sächsischen und den westfälischen Kreis durch eine allgemeine Konjunktion in ein näheres Verhältnis zu Schweden zu bringen. Diese Frage,

[19]) Vergl. Kretzschmar a. a. O.; Struck, Gustav Adolf und die schwedische Satisfaktion, Hist. Vjschr. II; im übrigen Anm. 6.

ob das gewaltige Werk einer Einigung aller Evangelischen unter schwedischem Direktorium überall gelingen würde, mußte für alle evangelischen Stände, nicht zum wenigsten auch für Mecklenburg von größtem Interesse werden.

Zunächst brachte der Tod Gustav Adolfs in die mecklenburgischen Verhältnisse keine Änderung. Unter den obwaltenden Umständen mußte auch hier das Ereignis einen Verlust bedeuten. Bevor noch Oxenstierna's offizielle Mitteilung vom Tode des Königs eintraf und die Herzöge gleichzeitig an ihre Verpflichtung, dem schwedischen Bündnis treu zu bleiben, erinnerte [20]), hatten diese bereits eine Gesandtschaft an den Reichskanzler abgefertigt, um ihm ihr Beileid auszusprechen. Gleichzeitig gaben sie die Erklärung ab, daß sie auch künftig eingedenk der Verdienste des verstorbenen Königs treulich am schwedischen Bündnis festhalten und auf die übrigen deutschen Fürsten im gleichen Sinne wirken wollten. Wenn die Herzöge aber diese Gelegenheit ferner benutzten, wegen der Lasten, die das Bündnis ihrem Lande gebracht habe, vorstellig zu werden und um Minderung zu bitten, so hofften sie offenbar vom Reichskanzler mehr zu erreichen, als in früherer Zeit vom König, welcher derartigen Klagen immer sehr energisch gegenübergetreten war.[21]) Es verbanden sich für Adolf Friedrich mit dem Tode Gustav Adolfs zweifellos bereits Hoffnungen und Ziele, die dem schwedischen Interesse zuwiderliefen, auf eine möglichste Entlastung des Landes und letzten Endes zweifellos auf Befreiung vom schwedischen Bündnis gerichtet waren. Bei allen Gelegenheiten klingt dieser leitende Gedanke fortan bald lauter, bald vorsichtiger durch. Namentlich waren die hohen schwedischen Seezölle zu Wismar und Warnemünde bald sehr drückend geworden, zumal da der den Herzögen zukommende Anteil nicht ausgezahlt wurde. Weiter bildeten die Erhaltung der schwedischen Garnisonen, die Aufbringung der monatlichen Subsidiengelder und die Regelung der Truppendurchmärsche die wesentlichsten Punkte der mecklenburgischen Klagen und Vorstellungen. Wenn die Herzöge aber glaubten, Oxenstierna ihren Bitten gegenüber gefügiger zu finden als den verstorbenen König, so irrten sie sich darin gründlich. Der Reichskanzler war durchaus nicht geneigt, den Herzögen entgegenzukommen, sondern im Gegenteil darauf bedacht, soviel wie

---

[20]) Oxenstierna an Adolf Friedrich d. d. Erfurt 30. Nov. 1632, praes. Schwerin, 5. Jan. 1633. Orig. A. S.: Suec.

[21]) Instruktion für H. v. Passow u. H. Zach. v. Rochow, d. d. Schwerin, 26. Nov. 1632. Orig. A. S.: Suec.

möglich aus dem Lande herauszuziehen, das militärisch wie politisch von Schweden abhängig war. So begegnete er vielmehr den Gesandten umgekehrt seinerseits mit Klagen über das Ausbleiben der Subsidiengelder, die nachlässige Erfüllung anderer Bündnisverpflichtungen und mit der dringenden Mahnung, zur Fortführung des Krieges alle Mittel in Bereitschaft zu halten. Scharf betonte er ferner die Notwendigkeit einer evangelischen Einheit und einer darauf fußenden Kriegsorganisation unter schwedischer Leitung, um dem Feinde geschlossen entgegentreten zu können. Es war sein politisches Programm.[22])

Die Herzöge, und besonders Adolf Friedrich, waren verständig genug, einzusehen, daß trotz aller Gegensätze und Reibereien, die sich für sie durch ihr Verhältnis zu Schweden ergaben und in der Folge mehr zu- als abnahmen, unter den gegenwärtigen Umständen ihr Platz vorläufig allein an der Seite Schwedens sein könnte. Adolf Friedrich stimmte mit dem Reichskanzler darin überein, daß nur ein starkes Zusammenhalten der evangelischen Stände die Gefahr, die vom Feinde noch immer drohte und nun nach Gustav Adolfs Tode wieder dringender erschien, abwenden könnte. So war denn auch er sogleich nach dem Eintreffen der Todesnachricht eifrig tätig, eine Zersplitterung der Evangelischen zu verhindern. Seine Schreiben gingen in diesem Sinne an die Fürsten von Hessen, Holstein und die braunschweigischen Herzöge, seine Gesandten nach Pommern, Kursachsen und Kurbrandenburg.[23]) Daß dem Herzoge aber dabei letzten Endes ganz andere Ziele vorschwebten als dem Reichskanzler und ihr Weg sie nur vorläufig eine kurze Strecke zusammen führte, geht klar bereits aus einigen dieser Schreiben und Instruktionen hervor. So bittet er den Landgrafen Georg von Hessen, eine Friedensvermittlung bei Kursachsen und dem Kaiser zu unternehmen, andere Fürsten sucht er für den Plan eines allgemeinen evangelischen oder eines nieder-

[22]) Relation d. Gesandten d. d. Dresden, 28. Dez. 1632, u. d. d. Schwerin, 5. Febr. 1633. Orig. A. S.: Suec.

[23]) Adolf Friedrich an Georg v. Hessen d. d. Schwerin, 22. Nov. 1632, an Johann Friederich, Erzbischof v. Bremen, Wilhelm v. Hessen, Friedrich v. Holstein, Christian v. Braunschweig-Lüneburg, Bischof v. Minden, Friedrich Ulrich v. Braunschweig-Lüneburg und Georg Wilhelm v. Brandenburg, d. d. Schwerin, 23. Nov., Instr. für v. d. Marwitz und Bogislav Behr an Kursachsen u. Kurbrandenburg, d. d. Schwerin, 26. Nov., für Dr. Stephanie an Pommern, d. d. 22. Nov. Konz. bezw. Orig. A. S.: Kreisf. — Vergl. Adolf Friedrich an Bogislav, d. d. Schwerin, 6. Febr. 1633, bei Bär, Die Politik Pommerns im 30jährigen Kriege, Publikat. aus preuß. Staatsarch., Bd. 64, Leipzig 1896, S. 293 f.

sächsischen Konvents zu gewinnen. Auch von einem festen Zusammenschluß der Evangelischen ist die Rede, ohne daß dabei an Schweden gedacht wird. Wenn alle diese dem schwedischen Interesse entgegengesetzten Pläne noch nicht mit irgendwelchem Nachdruck betrieben wurden, so lag das vor allem an der starken Machtstellung Schwedens im Norden, die ein offenes Handeln verbot. Dieser Umstand war neben anderen Überlegungen wohl auch in erster Linie bestimmend für die schwedenfreundliche Haltung, welche die Herzöge in dem nun beginnenden diplomatischen Kampfe zwischen Kursachsen und Dänemark einer-, Schweden andererseits einnahmen.

Kursachsen, das nur notgedrungen sich Schweden hatte anschließen müssen und in ihm immer noch den Rivalen sah, der es aus seiner ihm gebührenden Vormachtstellung unter den deutschen evangelischen Ständen verdrängt hätte, ließ nach des Königs Tode diesen Gegensatz wieder offener ans Licht treten. Sein Streben ging in der Hauptsache dahin, Schweden zu isolieren, indem es die deutschen Stände für Friedensverhandlungen zu gewinnen und den Forderungen des Reichskanzlers nach Kriegsorganisation und schwedischer Satisfaktion zu entfremden suchte. So waren die schwedischen Erfolge fortdauernd von solchen sächsischen Friedensbestrebungen begleitet, denen der Reichskanzler ebenso bewußt entgegenarbeitete.[24]) — Einen Gesinnungsgenossen fand Kursachsen in Christian IV. von Dänemark, der gleichfalls aus Rivalität gegen Schweden, dessen Erfolge notwendig auf Dänemarks Stellung im Norden wirken mußten, die schwedischen Pläne durch Friedensvermittelungsversuche zu durchkreuzen trachtete. Noch zu Lebzeiten Gustav Adolfs war Christians Streben dahin gegangen, dessen Siegeslauf durch Friedensvorschläge zu hemmen oder ihn von seinen Bundesgenossen zu trennen. Aber Gustav Adolfs hohe Forderungen und seine überragende militärische Machtstellung hatten diese Pläne scheitern lassen. Mit mehr Erfolg glaubte Christian nun nach dem Tode des Königs zu verfahren, als er zu Beginn des Jahres 1633 eine neue Vermittelung anbahnte und nunmehr bei Kursachsen bereitwilliges Entgegenkommen fand.[25])

Für Oxenstierna konnte die Stellung zu diesem dänischen Angebot keinen Augenblick zweifelhaft sein. Mit Rücksicht auf

[24]) Struck, Johann Georg und Oxenstierna vom Tode Gustav Adolfs bis zum Schluß des ersten Frankfurter Konvents 1633, Stralsund 1899, Kap. II S. 38 ff.; derselbe, Hist. Vjschr. II S. 502.

[25]) Struck, Johann Georg und Oxenstierna, S. 64 ff.

die evangelischen Stände durfte er sie freilich nicht schlechthin ablehnen, aber seine Antwort lautete nichtssagend und ausweichend. Als dann auch Kurbrandenburg und einige andere evangelische Fürsten sich auf die Seite Schwedens stellten und eine Beteiligung an einem Friedenskonvent mit der Spitze gegen Schweden ablehnten, war der dänisch-sächsische Plan für die nächste Zeit gescheitert.[26]) Oxenstierna fand Zeit, seinen Gegenschlag zu tun und den schon von Gustav Adolf geplanten und nach Ulm angesetzten Konvent der vier Oberkreise nunmehr nach Heilbronn zu berufen. Der Erfolg war der, daß am 13. April der sogenannte Heilbronner Bund geschlossen wurde, der eine feste Kriegsverfassung jener vier Kreise unter schwedischer Leitung bedeutete.[27])

Trotz dieses Sieges Oxenstiernas nahm die dänische Vermittelung ihren Fortgang, nachdem auch der Kaiser sich einverstanden erklärt hatte. Kursachsen hatte schon in einem Rundschreiben vom 26. März die evangelischen Stände aufgefordert, den geplanten Friedenskongreß zu beschicken und sich bereits zehn Tage vorher zu versammeln, um unter sich über die Friedensbedingungen zu beraten. Alles weitere überließ es König Christian, der dann im Mai nach Vereinbarung mit Wien den allgemeinen Konvent zum 13./23. Juli nach Breslau berief.[28]) Jedenfalls nicht ohne Absicht ergingen aber die Einladungen an Oxenstierna und Kurbrandenburg erst am 16. bzw. 20. Juni und gelangten am 12. bzw. 11. Juli an ihre Adressen. Von einer Beschickung des Kongresses seitens dieser beiden Interessenten konnte nun natürlich allein schon aus Zeitmangel keine Rede sein.[29]) Der

[26]) Struck a. a. O. S. 56 u. 70 ff.

[27]) Die beste Arbeit über den Heilbronner Bund ist bisher Struck, Johann Georg und Oxenstierna a. a. O. S. 126 ff.; unzulänglich ist Günther, Die Politik der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg nach dem Tode Gustav Adolfs und der Heilbronner Konvent, Dissertation Leipzig 1877. Veraltet sind auch Küsel, Der Heilbronner Konvent, Halle 1878 (Hallesche Abhandlungen 7), und Droysen, Die evangelischen Kurfürsten und Oxenstierna nach Gustav Adolfs Tode, Zt. f. preuß. Gesch. u. Lkde. 16, Berlin 1879. Der Heilbronner Schluß ist gedruckt bei Londorp IV, S. 314 ff. Vergl. auch Chemnitz, Geschichte des schwedischen Krieges in Deutschland, 2. Bd., Stockholm 1653, S. 61—87, ein meist sehr zuverlässiges, wenn auch oft einseitig schwedisch gefärbtes Werk, dem die schwedischen Akten zugrunde liegen. Vergl. Gallati, Der schwed. in Teutschland geführte Krieg des B. Ph. v. Chemnitz und seine Quellen, Frauenfeld 1902.

[28]) Struck a. a. O. S. 236 ff.

[29]) Ebenda S. 248.

Breslauer Tag kam nicht zustande. Man geht wohl nicht fehl, wenn man das auf die von vornherein bekannte Haltung Schwedens und Brandenburgs den dänisch-sächsischen Vorschlägen gegenüber, die Tatsache des Heilbronner Bundes und in erster Linie auf die gleichzeitig schwebenden Verhandlungen Wallensteins mit Arnim, den evangelischen Kurfürsten und Schweden zurückführt. Die Heilbronner Politik hinderte den Reichskanzler nämlich nicht, gleichzeitig mit Wallenstein in Unterhandlungen zu stehen, wie sie schon Gustav Adolf mit ihm geführt hatte. Schweden wollte sich alle Wege offen halten, um zu seinem Ziele, einem möglichst günstigen Frieden, zu gelangen. So war ihm jeder Weg recht und seine Politik darauf berechnet, in der Lage zu sein, entweder auf Wallenstein durch die Einigung der Evangelischen unter schwedischem Direktorium einen Druck auszuüben, oder aber den deutschen Ständen mit jenen Verhandlungen zu drohen und sie seinen Absichten gefügiger zu machen. Ausschlaggebend mußte für ihn sein, nach welcher Seite hin er mehr Erfolg haben würde und wo der größere Gewinn winkte. Die Verhandlungen scheiterten bekanntlich im Herbst 1633 trotz wiederholter Anknüpfungen Wallensteins an seiner unklaren Stellung, zweifelhaften Vollmacht und dem Argwohn Schwedens und seiner Verbündeten.[30])

Die dänische Vermittelungspolitik hatte jedenfalls infolge aller dieser Umstände eine neue Schlappe erlitten, und Oxenstierna wieder einen Erfolg erzielt, den er auch sofort klug auszunutzen verstand, indem er auf die Tagesordnung eines zum August nach Frankfurt zwecks Besprechung von Bundesangelegenheiten berufenen Kongresses der vier Oberkreise auch die dänische Vermittelung setzte. Er beteuerte hier Dänemark gegenüber seine und der Stände Friedensliebe, wußte aber gleichzeitig in der Versammlung Verdacht über die Verhandlungen in Schlesien zu erregen und die Friedensbedingungen so hoch zu spannen, daß uns

[30]) Vergl. Irmer, Die Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser, Publikationen aus preuß. Staatsarchiven, Bd. 35, 39 u. 46, Leipzig 1888—91, Bd. 2; derselbe, Hans Georg von Arnim, Leipzig 1894, S. 143 ff.; Struck a. a. O. Kap. 11 S. 200 ff.; Helbig, Wallenstein und Arnim 1632—34, Dresden 1850; Gädeke, Wallensteins Verhandlungen mit den Schweden und Sachsen 1631—34, Frankfurt a. M. 1885; Schweizer, Die Wallensteinfrage, Zürich 1899; hier auch die übrige sehr umfangreiche Literatur (S. 59—61).

seine wahre Absicht, den Frieden zu hintertreiben, nicht entgehen kann.[31])

Oxenstiernas nächstes Ziel war es nun, auch die drei übrigen evangelischen Kreise, die beiden sächsischen und den westfälischen, zum Anschluß an den Heilbronner Bund zu bewegen. Er leitete dieses Unternehmen sofort in die Wege und schrieb zu diesem Zwecke zum 1./11. März 1634 einen neuen allgemeinen evangelischen Konvent nach Frankfurt a. M. aus. Schon bei Mitteilung des Heilbronner Abschiedes an die übrigen Stände hatte Oxenstierna von diesem Plane gesprochen, und er war seitdem ununterbrochen bemüht, durch Schreiben und Gesandtschaften, durch seine Agenten und endlich durch persönliche Zusammenkünfte alle evangelischen Fürsten und Stände dafür zu gewinnen und zur Teilnahme zu bestimmen.

Die mecklenburgischen Herzöge hatten sich, wie bereits bemerkt, in dem Kampf um die dänische Vermittelung und die sächsischen Friedensbestrebungen auf die Seite Schwedens gestellt. Schon in ihren Instruktionen für die Gesandten zu einem später nicht abgehaltenen niedersächsischen Kreistag vom Februar 1633 hatten sie nichts von irgendwelchen Maßnahmen gegen Schweden wissen wollen[32]), und im gleichen Sinne beantworteten sie das Rundschreiben des Kurfürsten von Sachsen, an jenem allgemeinen Friedenskongreß teilzunehmen.[33]) Wohl war man in Mecklenburg wie überall im Reiche und ganz besonders auch für einen baldigen Frieden. Ein solcher war für die Herzöge aber vorläufig nur mit Beteiligung und Einverständnis Schwedens möglich und aussichtsvoll, so daß sie bei aller Friedenssehnsucht und trotz aller Gegensätze ihren Platz einstweilen unbedingt an der Seite Schwedens behalten mußten. Über die Pläne Oxenstiernas waren die Herzöge frühzeitig durch ihn selbst, wie den schwedischen Residenten für Niedersachsen, Johann Adler Salvius, unterrichtet und hatten ihr Einverständnis und ihre Bereitwilligkeit, sie zu unterstützen, erklärt.[34]) Die Notwendigkeit eines engeren Zu-

[31]) Struck a. a. O. S. 249 ff.; Chemnitz II, S. 172 ff.; Akten des ersten Frankfurter Konvents bei Londorp IV, S. 339 ff.

[32]) Struck a. a. O. S. 56.

[33]) Ebenda S. 190.

[34]) Oxenstierna an Adolf Friedrich, d. d. Heilbronn, 20. April 1633, und d. d. Frankfurt a. M., 20. Dezember 1633. Orig. A. S.: Fr. C. Salvius an Adolf Friedrich d. d. Hamburg, 1. Sept. 1633 und 8. Jan. 1634, Adolf Friedrich an Salvius d. d. Schwerin, 28. Sept. 1633. Orig. bezw. Konz. A. S.: Suec.

sammenschlusses der Evangelischen, besonders der norddeutschen unter sich, hatte Adolf Friedrich ja nie verkannt und durch seine Verhandlungen mit den evangelischen Fürsten, namentlich Pommern, Kursachsen und Brandenburg, schon Ende des Jahres 1632 in die Wege zu leiten versucht. Als Kurbrandenburg diesen Plan jetzt zu Ende des Jahres 1633 in Gestalt einer engeren Konjunktion der beiden sächsischen mit dem westfälischen Kreise wieder aufnahm, war der Herzog auch hierzu sofort bereit. Daß diese Konjunktionspläne der norddeutschen Fürsten wiederum letzten Endes ein anderes Ziel hatten als die des Reichskanzlers, zeigt uns die bei den Verhandlungen schon lebhaft in den Vordergrund tretende Frage der schwedischen Satisfaktion. Längst war nämlich den beteiligten Fürsten klar geworden, daß Schweden Ansprüche auf Pommern machte und auch Wismar nicht gutwillig wieder herausgeben würde. So sollte ihr Zusammenschluß nächst einer energischen Abwehr des Feindes vornehmlich dazu dienen, sich in jener Frage gegenseitig zu unterstützen und auf Schweden einen gewissen Druck auszuüben.[35]) Im November 1633 war ein kurbrandenburgischer Gesandter, der Geheime Rat Sebastian Stripe, in Schwerin und einigte sich mit Adolf Friedrich dahin, eine Vereinigung aller sieben evangelischen Kreise mit Schweden zu befördern. Gleichzeitig aber wurde vereinbart, daß eine schwedische Satisfaktion im gegebenen Falle auf Kosten des Feindes geschehen müßte und daß man sich gegenüber Schwedens etwaigen Ansprüchen auf Pommern und Wismar gegenseitig unterstützen wollte.[36])

Wenn also Adolf Friedrich auf Oxenstiernas Einladung einging und einen allgemeinen evangelischen Konvent in dessem Sinne befürwortete, bald auch engeren Anschluß an Schweden empfahl, so geschah das vollkommen im Sinne der erwähnten

[35]) Brandenburg hatte durch Erbvertrag von 1479 Ansprüche auf Pommern für den Fall des Aussterbens des pommerschen Fürstenhauses, das nahe bevorstand, da Bogislav XIV. kinderlos war. Daß Schweden gleichfalls Ansprüche auf Pommern machte, war längst bekannt, und der Vorbehalt in Artikel 14 des schwedisch-pommerschen Bündnisses von 1630 konnte im gegebenen Falle eine rechtliche Handhabe bieten. Vergl. Bär a. a. O. S. 77 f. und 263 ff.; Odhner, Die Politik Schwedens im westfälischen Friedenskongreß, Gotha 1877, S. 13; Kretzschmar a. a. O. S. 159 f.

[36]) Proposition Stripes d. d. Schwerin, 16. Nov. 1633. Orig. A. S.: Inv. host. Vol. XVI. Relation Stripes d. d. Berlin, 7. Dez. 1633; Bär a. a. O. S. 299 ff. Stripe war vom 15.—18. Nov. in Schwerin, am 19.—20. in Güstrow und vom 27.—30. in Stettin.

Vereinbarungen mit Georg Wilhelm, der gleichfalls von Friedensverhandlungen mit offener Spitze gegen Schweden nichts wissen wollte. Man erwartete von einem solchen allgemeinen Zusammenschluß der Evangelischen mit Schweden und einer starken Kriegsverfassung einen baldigen und günstigen Frieden, der doch, auch nach Oxenstiernas Verheißungen, in Verfolg der dänischen Interposition das letzte Ziel des Frankfurter Konvents sein sollte. Hierbei aber würden, so hoffte Adolf Friedrich, die Evangelischen sich friedlich mit Schweden auseinandersetzen, gegen etwaige zu hohe Satisfaktionsforderungen gemeinsam Front machen oder sie der feindlichen Partei aufbürden und somit von allen Belästigungen seitens Schweden befreit werden.

Nicht zum wenigsten wirkten auch die Kriegsereignisse der zweiten Hälfte des Jahres 1633 auf die Entschlüsse der sächsischen Stände ein. Zuerst der Einfall Holks nach Sachsen und sodann, nach Beendigung des schlesischen Waffenstillstandes und dem für die Schweden unglücklichen Gefecht bei Steinau, das Vordringen Wallensteins nach Schlesien und der Mark Brandenburg rückten die Kriegsgefahr auch für den niedersächsischen Kreis wieder näher.[37]) Hauptsächlich die Schnelligkeit des feindlichen Vorrückens setzte alles in Schrecken. Kurbrandenburg bot den zehnten Mann seiner Bevölkerung auf, Pommern alles verfügbare Fußvolk und Reiterei. Auch Mecklenburg entbot zum 18. November seine Ritterschaft und aus den Städten den fünften Mann mit eigenen Waffen und auf eigene Kosten auf vier Wochen zur Verteidigung des Landes.[38]) Schon rechneten die Schweden mit einem Rückzuge an die Seeküste und einer feindlichen Belagerung der festen Plätze Pommerns und Mecklenburgs. Sie empfahlen für diesen Fall die Aufgabe des flachen Landes sowie alle sonstigen Vorbereitungen zu treffen. Der schwedische Resident Salvius selbst bereiste die Plätze und trieb zur Beschaffung aller Mittel an, zumal er nichts in der gehörigen Verfassung vorfand.[39]) Die ärgsten Klagen kamen aus Wismar, wo es an Proviant, Besoldung usw. fehlte, so daß Salvius „die Haare zu Berge standen", und er den Herzögen die bittersten Vorwürfe wegen ihrer lässigen Fürsorge machte.[40]) Obwohl die Erfolge Arnims und

[37]) Chemnitz II, S. 271 ff.

[38]) A. S.: Inv. host. Vol. XVI.

[39]) Salvius an Adolf Friedrich d. d. Hamburg, 1. Sept., 17. Okt., 24. Okt., 9. Nov. und 28. Nov., d. d. Warnemünde, 12. Nov. 1633. Orig. A. S.: Suec.

[40]) Bericht aus Wismar, d. d. 5. Nov. 1633. Kop. A. S.: Suec.

Baners die Gefahr bald abgewendet hatten und auch im Süden die schwedisch-evangelischen Waffen siegreich waren, mußte es doch im schwedischen wie im Interesse der niedersächsischen Stände liegen, für alle Fälle gerüstet zu sein und zunächst unter sich eine feste Kriegsorganisation zu gründen. Diesem Zwecke sollte ein Ende des Jahres 1633 zum 27. Januar 1634 nach Halberstadt ausgeschriebener niedersächsischer Kreistag dienen.

Es muß befremden, daß Adolf Friedrich, so sehr er doch eine Konjunktion der Evangelischen befürwortete und zu fördern suchte, diesem Kreistage zunächst ablehnend gegenüberstand. Erst als ihm der ausschreibende Fürst des niedersächsischen Kreises, Friedrich Ulrich von Braunschweig, mitteilte, daß Oxenstierna persönlich in Halberstadt anwesend sein werde, fertigte er seine Gesandten ab.[41]) Maßgebend kann für sein Zögern nur die Besorgnis gewesen sein, sich ohne Wissen und Einwilligung des Reichskanzlers vor dem Frankfurter Konvent in Verhandlungen einzulassen. Ein Kreistag, der zum 24. Januar 1633 nach Lüneburg ausgeschrieben gewesen, aber gegen Wissen und Willen Oxenstiernas veranstaltet und dann auf seinen Einspruch hin angeblich wegen Unsicherheit der Straßen abgesagt worden war, mag ihm vor Augen gestanden haben.[42])

In den ersten Februartagen des Jahres 1634 trafen die Fürsten bzw. Gesandten der niedersächsischen Stände außer von Holstein, Lübeck und Hamburg in Halberstadt zusammen. Mecklenburg-Schwerin war durch den Kanzler Theodor Reinking und den Geheimen Rat Hartwig von Passow, Hans Albrecht von Güstrow durch von der Lühe und Hans Zacharias von Rochow vertreten. Am 3. Februar erschien auch Oxenstierna und am Tage darauf wurden die Verhandlungen eröffnet. Des Reichskanzlers Streben ging dahin, die niedersächsischen Kreisstände erst unter sich, dann mit den vier Oberkreisen und Schweden in einen engeren Zusammenschluß zu bringen und zu ferneren Verhandlungen mit dem obersächsischen und westfälischen Kreise zu bewegen. Der Kreistag sollte somit eine Vorbereitung für den in Aussicht stehenden Frankfurter Konvent sein, dessen Zustandekommen ihm nun nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Wallenstein ganz

[41]) Adolf Friedrich hatte sogar die Absicht, persönlich zum Konvent zu reisen, wurde aber durch den Tod seiner Gemahlin am 4. Febr. daran gehindert. Adolf Friedrich an Lohausen d. d. Schwerin, 2. u. 8. Febr. 1634. Konz. A. S.: Hausarch., Briefwechsel mit Lohausen.

[42]) A. S.: Kreisf.

besonders am Herzen lag. Sein Hinweis auf die drohende Kriegsgefahr, die Macht des Feindes und die Notwendigkeit einer kräftigen Kriegsorganisation, ferner die Betonung des Friedens als letzten Zieles aller Bündnisse und Unternehmungen, die Berücksichtigung der Wünsche jedes einzelnen Standes, — alles das, dazu der persönliche Einfluß des Reichskanzlers, machte die Stände trotz des Widerstandes einiger von ihnen dem Kanzler in allem willfährig. Schon am 17. Februar wurde der Abschied unterzeichnet.[43]) Darin wurde in erster Linie die Beteiligung des Kreises am Frankfurter Konvent ausgesprochen, wo die weiteren Verhandlungen über das Bündnis mit Schweden und den anderen evangelischen Kreisen sowie über die dänische Interposition stattfinden sollten. Zur Verteidigung des Kreises wurde an Truppen nach Maßgabe der Kreismatrikel auf ein Jahr der 18fache Römerzug vereinbart, an Geld monatlich der 12fache. Den Oberbefehl über die Kreisarmee erhielt Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg mit Baner als Feldmarschall. Zur Belagerung von Wolfenbüttel und Hildesheim, die noch in kaiserlichen Händen waren, wie zur Errichtung von Magazinen trug jeder Stand noch eine besondere Quote bei. Dagegen sollten „alle andern in den particular Alliancen verglichene Subsidia und Contribution aufhören". Um auch die nicht erschienenen niedersächsischen Stände diesem Abschied zu unterwerfen, wurde Mecklenburg mit einer Gesandtschaft an Friedrich von Holstein, Lübeck und Hamburg betraut[44]), während Braunschweig-Lüneburg es unternahm, Kursachsen, das zwar vor dem Konvent seiner schwedenfeindlichen Haltung getreu an die Stände ein Warnungsschreiben vor zu engem Anschluß an Schweden erlassen hatte, doch noch zur Teilnahme am Frankfurter Konvent zu bewegen; denn die Nichtbeteiligung dieses wichtigen evangelischen Reichsstandes schien den Niedersachsen für den Erfolg der Friedensverhandlungen doch bedenklich. Den Kurfürsten von Brandenburg wollte der Reichskanzler persönlich besuchen und einladen. Der Kreistag begnügte sich damit, ihn in einem Schreiben auf ein wünschenswertes Zusammengehen mit dem obersächsischen Kreise hinzuweisen.[45])

[43]) Proposition und Abschied bei Londorp IV, S. 371 ff. Vergl. Chemnitz II, S. 300 ff.; im übrigen A. S.: Kreisf.

[44]) Die Gesandtschaft übernahm der Rat Johann Cothmann. Instr. d. d. 18. Febr. 1834. Orig. A. S.: Kreisf. Die Antworten aller drei Stände lauteten ausweichend: d. d. 28. März (Holstein), 3. April (Lübeck) und 9. April (Hamburg). Orig. A. S.: Kreisf.

[45]) d. d. Halberstadt, 18. Febr. 1634. Kop. A. S.: Kreisf.

Der Halberstädter Tag bedeutete einen neuen Erfolg Oxenstiernas und nach dem Heilbronner eine Etappe auf dem Wege zum Ziel. Es blieb zwar bei der alten Kreisverfassung und einer Verteilung der Armee auf die Stände hinsichtlich Verpflegung und Ergänzung nach der Kreismatrikel; auch reichten die bewilligten Mittel nicht ganz für die Armee Herzog Georgs aus[46]), aber der Reichskanzler hatte die niedersächsischen Stände doch vermocht, sich in ein näheres Verhältnis wegen eines Bündnisses mit Schweden einzulassen. Namentlich die Gewinnung Friedrich Ulrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel für diesen Beschluß mußte von Wichtigkeit sein, da dieser Fürst seit Gustav Adolfs Tode sichtlich bemüht gewesen war, sich von Schweden ab zu Kursachsen zu wenden und so auch dessen Friedensplänen seinerzeit rückhaltlos zugestimmt hatte.[47])

Mit der gleichen Bereitwilligkeit, mit der die mecklenburgischen Herzöge, nachdem sie von Oxenstiernas persönlichem Erscheinen unterrichtet waren, den Kreistag beschickt, hatten sie auch dessen Beschlüsse in des Reichskanzlers Sinne gefördert. Sie waren für eine Vereinigung der beiden sächsischen mit dem westfälischen, unter „fleißiger Korrespondenz mit den vier Oberkreisen", die Beschickung des Frankfurter Konvents, ja sogar für Eintritt in den Heilbronner Bund und ein schwedisches Direktorium „in militaribus" eingetreten.[48])

Diese Willfährigkeit der Herzöge, auf Oxenstiernas Intentionen einzugehen, war in diesem Falle indessen außer den oben erwähnten Motiven wohl zum guten Teil von einer rein persönlichen Interessenfrage diktiert, deren vorteilhafte Erledigung sie vom Reichskanzler erhofften. Es handelte sich um die bereits mehrfach nachgesuchte Einräumung des Bistums Schwerin zugunsten Adolf Friedrichs.

Nach dem Tode des ersten evangelischen Administrators des Bistums, des Herzogs Ulrich (I.) von Mecklenburg, 1603, war auf Betreiben seiner Tochter Sofie, der Gemahlin König Friedrichs II. von Dänemark, ihr Sohn Ulrich (II.) zum Administrator gewählt, und noch zu dessen Lebzeiten hatte Christian IV. von Dänemark es verstanden, das Bistum seinem

[46]) von der Decken, Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg, 4 Teile, Hannover 1833—34, 2. Bd. S. 210 f.

[47]) Ebenda S. 126 f.; Struck a. a. O. S. 189.

[48]) Instr. d. d. Schwerin, 23. Jan. 1634, d. d. Güstrow, 22. Jan. 1634. Orig. A. S.: Kreisf.

Hause zu erhalten, indem er erst seinen ältesten Sohn Friedrich, dann dessen jüngeren Bruder Ulrich (III.) zum Koadjutor und künftigen Administrator wählen ließ.[49]) Schon seit dem Jahre 1622 war es nun Adolf Friedrichs Bestreben gewesen, das Stift seinem Hause zu sichern. Anfangs bemühte er sich selbst um die Koadjutorstelle, sodann aber, nach dem Tode Ulrichs II. 1624, für seinen erst einjährigen Sohn Christian, und diesmal mit Erfolg. Am 26. August 1625 wurde Christian zum Koadjutor gewählt, natürlich unter Vormundschaft seines Vaters, dem auch im Falle eines vorzeitigen Todes des Kindes das Nachfolgerecht zugestanden wurde.[50]) Der junge Ulrich III. war erst drei Jahre Administrator, als ihn die Stürme des dreißigjährigen Krieges vertrieben. 1627 besetzte Arnim als friedländischer Oberst das Stift, dann folgte die kurze Periode der Herrschaft Wallensteins, welche die der Schweden ablöste. Nach dem Tode Ulrichs III., der am 12. August 1633 im Felde meuchlings erschossen wurde, war Christian der rechtmäßige Administrator des Bistums, aber die Schweden dachten vorläufig nicht daran, herauszugeben, was sie jure belli besetzt hatten. Adolf Friedrich unterließ natürlich nichts, seine Rechte geltend zu machen. Schon bei Gelegenheit der Kondolenzgesandtschaft an Oxenstierna im Dezember 1632 hatte er seinem Gesandten von Passow eine Sonderinstruktion mitgegeben und um Vollmacht zur Administration des Stiftes gebeten, weil dort die größte Unordnung und Mißstände herrschten.[51]) Aber Oxenstierna war vor der Hand zu keinem Entgegenkommen geneigt. Er wollte die Hand auf dem Bistum behalten, um so einen Druck auf die Herzöge auszuüben. Auch alle Bitten bei Salvius um Vermittelung waren vergebens. Es drang sogar zu Beginn des Jahres 1633 das Gerücht durch, General Tott, der alte Gegner der Herzöge, sollte das Stift als Belohnung erhalten, und versetzte Adolf Friedrich in große Aufregung.[52])

Jetzt endlich, auf dem Halberstädter Konvent, sollte sein Wunsch in Erfüllung gehen. Wohl mochte die Verwendung des

[49]) Schildt, Das Bistum Schwerin in der evangelischen Zeit, II. Teil, M. Jbb. 49, Schwerin 1884, S. 145 ff.

[50]) Diese Anwartschaft auf das Stift Schwerin hatte seiner Zeit nicht zum wenigsten auch auf die Stellung Adolf Friederichs zu Dänemark im niedersächsischen Kriege gewirkt; vergl. Opel a. a. O., III. Bd., S. 45 f.

[51]) d. d. Schwerin, 15. Dez. 1632. Orig. A. S.: Suec.

[52]) Adolf Friedrich an Salvius d. d. Schwerin, 9. Jan. 1633. Konz. A. S.: Suec.

mecklenburgischen und schwedischen Generalmajors und Geheimen Kriegsrats Lohausen, der in Halberstadt zugegen war[53]), oder auch das Anbringen Passows, der vor dem Konvent beim Reichskanzler in Magdeburg gewesen war[54]), dazu beigetragen haben. Die Hauptursache ist doch in der Politik Oxenstiernas zu suchen, der sich gerade jetzt vor dem Frankfurter Konvent die Mecklenburger verpflichten wollte.[55]) Am 15. Februar 1634 beauftragte er Salvius mit der Übergabe, die am 24. März in Bützow stattfand und auf Adolf Friedrichs Wunsch nach eifrigem Anhalten bei Oxenstierna am 19. Juli von der schwedischen Regierung bestätigt wurde. Am 19. Mai war nach längeren Verhandlungen mit dem Kapitel auch seine formelle und rechtskräftige Wahl zum Administrator erfolgt. Nur Hans Albrecht protestierte gegen diese Abtretung, beanspruchte für sich die Hälfte und behielt sich für den bevorstehenden Konvent weitere Schritte vor.[56])

Der Erwerb des Bistums Schwerin war der einzige Lichtblick in dieser Zeit und die einzige Frucht, die der Halberstädter Kreistag für Mecklenburg brachte; denn im übrigen gab er nur Veranlassung zu neuen Lasten und Unruhen. Dem Halberstädter Schluß gemäß hatte Mecklenburg 720 Reiter und 1206 Fußknechte zu stellen, das Stift Schwerin außerdem 144 Reiter. Wegen Mangels an Fußvolk sollten nun für 100 Reiter 300 Fußknechte geworben werden, so daß Mecklenburg 620 Reiter und 1506 Fußknechte zu liefern hatte, von denen zurzeit nur 150 Reiter präsent waren. Der monatliche Geldbeitrag eines 12fachen Römerzuges betrug für Mecklenburg 6680 Reichstaler, der Anteil an den Getreidelieferungen für das Braunschweiger Magazin 1948, für das Magdeburger 370 Malter, der Anteil des Stiftes 233 bzw. 44 Malter. Für Zwecke der Artillerie und andere Kriegsvorrichtungen waren noch einmalig 5194 Reichstaler beizusteuern. Diese recht erheblichen Lasten wären für das Land unerschwinglich gewesen, wenn nicht durch Artikel 5 des Halberstädter Abschiedes alle bisherigen aus Partikularallianzen herrührenden Subsidien aufgehoben wären. Unter diese fielen

[53]) Lohausen an Adolf Friedrich d. d. Halberstadt, 12. Febr. 1634. Orig. A. S.: Suec. Vergl. v. Schaumburg, General Wilhelm v. Kalckum, genannt Lohausen, ein Bergischer Kriegsmann, Zt. d. Berg. Geschichtsvereins 3, Bonn 1866.

[54]) Tagebuch Adolf Friedrichs sub 29. Jan. 1634: Schreiben von Passow, hat in Magdeburg Audienz bei Oxenstierna gehabt. A. S.: Hausarch.

[55]) Vergl. Chemnitz II, S. 305.

[56]) Schildt, M. Jbb. 49, S. 198 ff.

auch die nach dem schwedisch-mecklenburgischen Bündnisvertrag zahlbaren monatlichen 10 000 Reichstaler. So schien der Halberstädter Schluß also Mecklenburgs Kriegslasten auf den ersten Blick eher verringert zu haben. Das war aber nur scheinbar der Fall. Zunächst waren nämlich die Subsidiengelder an Schweden so unregelmäßig bezahlt worden, daß man noch mit nahezu 60 000 Talern im Rückstande war, auf deren Bezahlung Salvius bereits seit längerer Zeit energisch drang und worüber endlich am 28. März in Güstrow ein Vergleich zustande kam. Außerdem waren die schwedischen Besatzungen von Wismar und Warnemünde in Stärke von 12 Kompagnien zu unterhalten. Hinzu kam noch, daß die Halberstädter Abmachungen nicht streng berücksichtigt wurden, indem einerseits Schweden von Mecklenburg ohne Berechtigung Hülfstruppen verlangte, während andererseits Georg von Lüneburg auf Erfüllung der vertragsmäßigen Kreisverpflichtungen drang. Dies hatte seine Ursache in der Stellung Baners als niedersächsischer Feldmarschall, wie sie auf Betreiben Oxenstiernas der Halberstädter Tag geschaffen hatte. Baner glaubte sich nun berechtigt, und Oxenstierna bekräftigte ihn darin, neben Georg selbständig Verfügungen über Quartierverteilung usw. im niedersächsischen Kreis zugunsten seiner schwedischen Hauptarmee treffen zu können.[57]) So sahen sich auch die mecklenburgischen Herzöge in Zwiespalt versetzt, als sowohl Georg wie Baner die beiden mecklenburgischen Regimenter Ilefeld und Dewitz nebst der Dömitzer Besatzungskompagnie für sich verlangten, bis Baner, gestützt auf die Stendaler Abmachungen mit Kurbrandenburg vom Februar 1634, seinen Willen durchsetzte.[58]) Die einzigen nennenswerten Truppen, über die Mecklenburg noch verfügte, mußten zur schwedisch-brandenburgischen Armee stoßen, wohin sie freilich bereits früher bestimmt gewesen waren.[59])

Schon die Ausrüstung und Ergänzung dieser beiden Regimenter verursachte die größten Schwierigkeiten. Nachdem bereits im Januar ihr Abmarsch verheißen war, konnte Adolf Friedrich doch erst am 15. Juni an Lohausen schreiben, daß seine 700

[57]) von der Decken a. a. O., II. Bd., S. 211.

[58]) Adolf Friedrich hatte an dieser Zusammenkunft zwischen dem Kurfürsten von Brandenburg und Oxenstierna anfangs auch teilnehmen wollen, wurde aber durch Krankheit gehindert. Adolf Friedrich an Lohausen d. d. Schwerin, 22. Febr. 1634. Konz. A. S.: Hausarch., Briefwechsel mit Lohausen.

[59]) Chemnitz II, S. 308.

Mann aufgebrochen seien.[60]) Auch andere Kriegslasten, wie Truppendurchmärsche, Winterquartiere und eigenmächtige Grenzüberschreitungen schwedischer und niedersächsischer Soldaten mehrten sich stetig. Erst der Durchmarsch finnischer Reiter von Pommern nach Wolfenbüttel im März 1633, sodann die Ankunft und Weiterbeförderung 8 frischer schwedischer Kompagnien im November desselben Jahres von Wismar aus und endlich der Transport von 36 bei Lützen eroberten Geschützen brachten Kosten und Übelstände genug.[61]) Im Dezember 1633 langte sodann Oberst Mitzlaff im Auftrage Herzogs Bernhard von Sachsen-Weimar in Mecklenburg an und ersuchte um Bewilligung eines Werbeplatzes für 2—300 Mann. Trotz heftigen Sträubens mußten die Herzöge endlich einwilligen und bestimmten Waren als Musterplatz, wodurch der Stadt und Umgebung die Verpflegung der neu geworbenen Truppen zufiel und arge Ausschreitungen vorkamen.[62]) Die Anrechnung dieser und ähnlicher Unkosten auf die schwedischen Subsidiengelder durchzusetzen gelang nicht. — Durch Einquartierungen geschädigt wurden besonders die südlichen Ämter Zarrentin, Grabow, Neustadt und Parchim, als Teile der Banerschen Armee von Westen her in die Mark rückten.[63]) Indem nun den Untertanen der erlittene Schade auf ihre Kontribution angerechnet wurde, hatten auch die Herzöge nie genügend Geld zur Verfügung, die rückständigen Subsidien, wovon allein im April 1634 nach der mit Salvius getroffenen Vereinbarung 30000 Taler fällig waren, zu zahlen, geschweige denn die schwedischen Garnisonen mit Sold und Vorräten zu versehen. Für diese Zwecke waren allein noch 6000 Taler zu zahlen. Ja selbst die Besoldung der Beamten, besonders auswärtiger Agenten und Offiziere, wie die Ausrüstung der häufigen Gesandtschaften, machten bereits Schwierigkeiten.[64])

[60]) Adolf Friedrich an Lohausen d. d. 5. Jan., 22. Jan., 6. April, 14. April, 10. Juni und 15. Juni. Hans Albrechts Truppen werden schon in einem Schreiben Lohausens an Adolf Friedrich d. d. 24. Mai als vor Frankfurt a. O. angekommen gemeldet. Konz. bezw. Orig. A. S.: Inv. host., Suec. und Hausarch., Briefwechsel mit Lohausen.

[61]) A. S.: Inv. host. Vol. XXII.

[62]) Der Rat der Stadt Waren an Adolf Friedrich d. d. 11. Febr. 1634. Orig. A. S.: Inv. host. Vol. XVI.

[63]) Sieben Kompagnien Reiter (Baners Leibregiment) unter Oberstleutnant Bomsdorf verursachten in den letztgenannten Ämtern an 6000 Taler Schaden. A. S.: Inv. host. Vol. XVI. Vergl. Balck, Mecklenburg im dreißigjährigen Kriege, M. Jbb. 68, S. 94.

[64]) So bezog Lohausen als mecklenburgischer Geheimer Kriegsrat ein Gehalt, um das er aber ständig vertröstet wurde. Dagegen ging mit Geschenken an Fremde, namentlich schwedische Gesandte und Generale,

Wohl erteilten die Herzöge Anweisungen auf Ämter, Städte, Zölle und dergleichen, aber bares Geld kam nicht ein. Bitter klagte der Kommandant von Wismar, die Schanzarbeiter könnten nicht bezahlt werden, nicht einmal Schubkarren wären genügend dort, die Soldaten bekämen seit 7 Monaten keinen Sold mehr und begännen fortzulaufen, auf Vorstellungen beim Herzog aber „folgen lauter Ja, und kommt doch nichts".[65])

Obwohl im Vergleich mit den Leiden Mecklenburgs nach 1635 diese Lasten und Mißstände geringfügig erscheinen müssen, genügen sie doch, begreiflich zu machen, daß die Herzöge schon jetzt im Interesse ihres Landes sehnsüchtig den Frieden herbeiwünschten und nichts unversucht ließen, sein Zustandekommen zu fördern. Mit Spannung verfolgten sie daher die Nachrichten, die über sächsisch-kaiserliche Friedensbestrebungen seit Ausgang des Jahres 1633 wieder im Umlauf waren. Den Friedensvorschlägen des Kaisers, die dieser im Januar 1634 durch den Herzog Franz Julius von Sachsen-Lauenburg den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg machen ließ, scheint Adolf Friedrich jedoch wenig vertrauensvoll gegenübergestanden zu haben und noch weniger den Verhandlungen, die der Bruder, Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg, in Wallensteins Auftrag zur gleichen Zeit mit Kursachsen und Arnim führte und die auch Gegenstand der Reise des letzteren nach Berlin in den ersten Februartagen bildeten.[66]) Es läßt sich nicht ersehen, inwieweit Adolf Friedrich von diesen Verhandlungen überhaupt unterrichtet war und ebensowenig, ob seine Quellen ihm bei den damaligen Verkehrsverhältnissen und infolge der großen Entfernungen sich bildenden Gerüchten immer die Wahrheit berichtet haben. Jedenfalls wußte er, daß etwas im Gange war und daß Wallenstein wieder seine Hände im Spiel hatte. Von einem durch Wallensteins Vermittelung geschlossenen Frieden konnte man in Mecklenburg aber unmöglich etwas Gutes erwarten, da der Friedländer seine Ansprüche auf das Land nie aufgegeben hatte und ihm diese vom Kaiser beim Antritt seines zweiten Generalats ausdrücklich bestätigt waren.[67]) Gerüchte, die

viel Geld auf. Salvius erhielt einmal eine goldene Kette mit Diamanten im Werte von 1012 Talern, und Baner bedankte sich im Mai 1634 für ein Roß mit köstlichem Zeug.

[65]) Oberst Salzburg an Lohausen d. d. Wismar, 15. Juli 1634. Kop. A. S.: Inv. host. Vol. XVI.

[66]) Irmer a. a. O. Bd. II und III, Aktenbeilagen Nr. 348, 349, 378, 379, 390, 391, 406 und 516. S. 122 ff.

[67]) Grotefend, M. Jbb. 66, S. 266 f.

noch dazu von glaubwürdiger Seite an Adolf Friedrich gelangten, nach denen Kursachsen bereits einen Separatfrieden mit dem Kaiser geschlossen und Wallenstein Niedersachsen und vor allem Mecklenburg wieder bedrohte[68]), mußten die Befürchtungen des Herzogs von dieser Seite her nur verstärken und ihn an seinem Standpunkt festhalten lassen, daß im Augenblick nur an der Seite Schwedens solchen Ansprüchen zu begegnen und nur im Einverständnis mit dieser Macht ein allgemeiner und segensreicher Friede möglich wäre. Seine Haltung deckte sich so wieder mit der Kurbrandenburgs, das den Anträgen Wallensteins und Kursachsens mit großem Mißtrauen gegenübergetreten war, Mitteilung an Schweden für nötig erachtet und auf den Frankfurter Konvent als die beste Gelegenheit, über einen Frieden zu verhandeln, verwiesen hatte, obgleich man doch gleichzeitig wegen der schwedischen Ansprüche auf Pommern durchaus keinen Grund hatte, sehr schwedenfreundlich zu sein.[69]) Die Ermordung Wallensteins am 15./25. Februar 1634 zu Eger befreite die Mecklenburger zwar von einer Gefahr von dieser Seite her, änderte aber an ihrer Politik augenblicklich nichts, vor allem nicht ihren Entschluß, den Frankfurter Konvent zu beschicken, dessen Erfolg nun nach des Friedländers Tode noch gesicherter erschien, indem die sächsischen Separationsbestrebungen wieder einen jähen Abbruch erfahren hatten.

[68]) Geheimer Rat Johann Witte an Adolf Friedrich d. d. Lübeck, 15. u. 22. Febr. 1634. Orig. A. S.: Hausarch., Briefwechsel m. Witte.

[69]) Protokoll der Beratungen im brandenburgischen geheimen Rat über Arnims Anbringen. 7. u. 8. Febr. 1634 bei Irmer a. a. O. Bd. III Nr. 430 und 432, S. 219 und 229 ff. Kurbrandenburgs Resolution d. d. Cöln, 8. Febr. 1634 bei Gädeke a. a. O. Nr. 122, S. 246 ff.

II. Der Frankfurter Konvent 1634.

Der Konvent war von Oxenstierna als ein allgemeiner evangelischer zum 1. März 1634 nach Frankfurt a. M. ausgeschrieben worden, aber erst sehr allmählich langten die Gesandten an.[70]) Sehr zahlreich waren die vier Oberkreise vertreten, auch von den sächsischen Ständen waren die bedeutendsten, voran Kurbrandenburg, erschienen. Selbst Kursachsen war durch die jüngsten Ereignisse bestimmt worden, den Konvent nicht ganz unbeachtet zu lassen.[71]) Seine Gesandten sollten sich freilich an den Beratungen nicht aktiv beteiligen, indem sie nur ad audiendum et referendum instruiert waren.[72]) — Am 28. März eröffnete Oxenstierna im Römer den Konvent und verlas vor den versammelten Ständen sein Programm. Schon jetzt konnte man deutlich erkennen, daß die eigentlichen Friedensverhandlungen und die dänische Interposition, obwohl an den Anfang der Proposition gestellt und immer wieder als letzter Zweck des Konvents gepriesen, erst in zweiter Linie Gegenstand der Beratungen werden würden. Hauptsächlich kam es dem Reichskanzler darauf an, eine Kriegsorganisation aller evangelischen Stände unter schwedischer Leitung zu begründen und die noch außerhalb des Heil-

[70]) Eine neuere ausführliche Darstellung des Frankfurter Konvents fehlt. Manches bringt Helbig, Der Prager Friede. Raumers historisches Taschenbuch, Leipzig 1858; Bär, a. a. O., gibt im Anhang S. 463 ff. eine Darstellung vom rein pommerschen Gesichtspunkt aus; im übrigen sind immer noch Chemnitz II S. 364 ff. und das Aktenmaterial bei Londorp IV S. 375 ff. zu berücksichtigen. Ich folge hier hauptsächlich den Akten des Schweriner Archivs.

[71]) Schon den niedersächsischen Gesandten, die auf Beschluß des Halberstädter Tages nach Dresden gekommen waren, hatte der Kurfürst in seiner Resolution vom 20. März 1634 die Entsendung einer Gesandtschaft nach Frankfurt in Aussicht gestellt, gleichzeitig aber vor einem zu engen Bündnis mit Schweden und anderen auswärtigen Mächten gewarnt und seine Besorgnis vor schwedischen Ansprüchen betont. Kop. A. S.: Kreisf.

[72]) Helbig a. a. O. S. 576.

bronner Bundes stehenden Kreise, wenn möglich, ganz in diesen einzugliedern. Weitere Verhandlungspunkte bildeten die schwedische Satisfaktionsfrage, die Einräumung Philippsburgs zugunsten Frankreichs, die Pfalz-Neuburgische Neutralität und endlich Bündnisse mit auswärtigen Mächten. So mußte der Konvent also wieder zu einem Kampfe der schwedischen Bündnispolitik und den in Oxenstiernas Augen hemmenden dänischen Friedensvorschlägen werden, die von kursächsischer Seite naturgemäß die lebhafteste Unterstützung fanden. Es mußte sich zeigen, ob es dem Reichskanzler gelingen würde, die übrigen evangelischen Stände wieder an seine Politik zu fesseln.

Die Verhandlungen gingen mit der größten Langsamkeit vor sich, so daß die mecklenburgischen Gesandten, als sie am 31. März in Frankfurt eintrafen, noch nicht viel versäumt hatten. Es waren dies von Schweriner Seite Hartwig von Passow und Dr. Reinking, von Güstrowischer Seite die Geheimen Räte Paschen von der Lühe und Hans Zacharias von Rochow. Wie in Halberstadt, vertraten die Mecklenburger auch hier den Standpunkt, daß zur Erreichung eines vorteilhaften Friedens zunächst Fortsetzung des Krieges und zu diesem Zwecke eine starke Kriegsorganisation der Evangelischen nötig wäre. Man war bereit, nach einer Verständigung mit dem obersächsischen und westfälischen Kreis sich den vier Oberkreisen und Schweden unter gewissen Formen, die wohl dem Heilbronner Bund entlehnt sein könnten, anzuschließen. Die Gesandten waren bereits über Einzelheiten, wie das Direktorium, das Consilium formatum, Leistungen der Mitglieder usw., instruiert. Als letztes Ziel schwebte wieder der Friede vor Augen, über dessen Bedingungen man schon auf dem Konvent nach erzielter Einigung Verhandlungen erwartete, um sodann sich mit der Gegenpartei in Verbindung zu setzen und ihr durch ein geeintes und überlegenes Auftreten gewissermaßen den Frieden zu diktieren. Als Grundlagen eines solchen Friedens galten den Herzögen die Herstellung des Zustandes vor 1612, die Aufhebung des Restitutionsedikts, Satisfaktion Schwedens ex hostico und demzufolge Rückgabe von Wismar und Warnemünde. Als Entschädigung für die Wallensteinische Epoche beanspruchte Mecklenburg eine Geldsumme aus den hinterlassenen Gütern des Herzogs von Friedland, das Stift Schwerin und die Komtureien Nemerow und Mirow.[73]) Diese Instruktion zeigt deutlich Adolf Friedrichs letztes Ziel und zugleich seinen Optimismus, wenn er meinte, diese doch nicht

[73]) Instr. d. d. Schwerin, 12. März 1634. Orig. A. S.: Fr. C.

eben geringen Forderungen durchsetzen zu können. Daß seine Politik ihn nicht zu diesem Ziele führte, war nicht seine Schuld, wenn man auch zugeben muß, daß sie, wie die der meisten evangelischen Fürsten jener Zeit, in erster Linie von partikularen Interessen geleitet war und größere Gesichtspunkte nicht kannte.[74])

Die Art und Weise der Verhandlungen zu Frankfurt verlangsamte den Fortgang außerordentlich. Erst unterhandelten nämlich die einzelnen Kreise oder gar nur einige Stände unter sich, dann mit den anderen Kreisen, gaben endlich im Plenum ihr Votum ab, um über Oxenstiernas Antworten von neuem in obiger Weise zu beraten. Noch immer blickten auch die sächsischen Stände nach Dresden, von wo die Gesandten erst am 22. April in Frankfurt eintrafen. Die Niedersachsen waren nämlich keineswegs gewillt, bedingungslos in den Heilbronner Bund einzutreten, und eine Besprechung mit den obersächsischen Ständen über derartige Bedingungen schien ihnen da höchst wünschenswert.[75]) Bereits hatten zwischen Pommern, Kurbrandenburg und Mecklenburg wieder Sonderberatungen darüber stattgefunden, wobei jedenfalls auch die schwedische Satisfaktion wieder eine Rolle spielte; doch kam man überein, erst die kursächsischen Gesandten abzuwarten.

Kursachsens Stellung zu einer Vereinigung der sächsischen mit den vier Oberkreisen unter schwedischem Direktorium war von vornherein durch die ständig wachsende Eifersucht auf die führende Stellung Schwedens unter den deutschen Evangelischen, durch seine Ansprüche auf das von den Schweden besetzte Erzbistum Magdeburg und endlich nicht zum mindesten auch durch seine engherzige und intolerante Haltung gegen alles, was reformiert hieß, — und unter den oberdeutschen Ständen befanden

[74]) Bemerkenswert ist eine Nebeninstruktion Adolf Friedrichs vom gleichen Tage (12. März), die gegen die Calvinisten gerichtet ist, von einem unbedingten Zusammengehen mit diesen nichts wissen will, den Fürsten das Recht abspricht, Kirchen und Schulen im calvinistischen Sinne zu reformieren usw. Man darf dieser Instruktion jedoch keine zu große Bedeutung beilegen, da sie einzig und allein ihre Spitze gegen seinen Bruder kehrt, mit dem er beständig in Unfrieden lebte. Nun war aber Hans Albrecht 1617 zur reformierten Kirche übergetreten und machte bekanntlich Ansprüche auf einen Teil des Stiftes Schwerin. Diesen zu begegnen war zweifellos diese Nebeninstruktion berechnet, und vielleicht hat sie dazu beigetragen, daß Hans Albrecht keinen Erfolg mit seiner Beschwerde hatte und die schwedische Regierung Adolf Friedrich allein den Besitz des Bistums bestätigte (S. oben Anm. 56).

[75]) Der westfälische Kreis wird überhaupt nicht mehr erwähnt. Er war jedenfalls gar nicht oder sehr schwach vertreten.

sich viele Calviniſten — beſtimmt.[76]) Es war daher weder etwa an ein Zuſammengehen der ſächſiſchen Kreiſe unter kurſächſiſchem Direktorium, wie es die übrigen Stände ihm einzuräumen bereit geweſen wären, und noch viel weniger an eine Vereinigung aller ſechs Kreiſe mit Einſchluß Kurſachſens zu denken, als die kurſächſiſchen Geſandten am 3. Mai ihren Standpunkt einer Deputation der Stände klargelegt hatten.[77]) Wurden die Stände nämlich durch dies Verhalten Kurſachſens einerſeits in ihrem Willen, unter gewiſſen Bedingungen ſich dem Heilbronner Bund anzuſchließen, irre gemacht, ſo mußten ſie andererſeits erkennen, daß Kurſachſen die ihm naturgemäß zuſtehende Führung der deutſchen Evangeliſchen zu übernehmen weder bereit noch fähig wäre und ſie ſo den militäriſch überlegenen Schweden ſich in die Arme zu werfen gezwungen ſähen. Die von Kurſachſen immer betonte Notwendigkeit eines Friedens wurde auch von den übrigen Ständen aufs lebhafteſte in den Vordergrund geſtellt und die Löſung dieſer Frage bekanntlich als Endziel des Konvents betrachtet, aber doch erſt nach vollzogener Konjunktion, während Kurſachſen aus bekannten Gründen gleich mit den Friedensverhandlungen beginnen wollte. Die ſich um dieſe Zeit wieder anbahnenden Unterhandlungen des Kurfürſten mit Wien ſpielten dabei ſchon hinein.[78]) — Dem gegenüber vertraten nun die Stände in ihrer Antwort vom 31. Mai die Notwendigkeit einer Vereinigung aller ſechs Kreiſe, und zwar vor Beginn der Friedensverhandlungen, die ihnen durch die Annahme der däniſchen Interpoſition durch Oxenſtierna ohnehin geſichert genug erſchienen.[79]) Daß die ſächſiſchen Stände gewillt waren, dabei ihre Bedingungen zu ſtellen, war ſchon erwähnt. Es bot ſich hier eine günſtige Gelegenheit, alle Beſchwerden und Klagen, die man gegen Schweden auf dem Herzen hatte, vorzubringen und eine vorteilhafte Erledigung zu verlangen. In erſter Linie vertraten die Niederſachſen zum größten Mißvergnügen Oxenſtiernas dieſe Politik.

Schon am 17. Mai hatten ſie dem Reichskanzler acht Punkte „Gravamina" vorgelegt, bei denen ihre Kriegslaſten, und unter dieſen die Abberufung der mecklenburgiſchen Regimenter zur ſchleſiſchen Armee ſowie der Unterhalt Wismars und ſeiner Garniſon die Hauptrolle ſpielten, Beſchwerden, die indeſſen bei Oxenſtierna wenig Gehör gefunden hatten. Ihre Wünſche bei

[76]) Vergl. Helbig a. a. O. S. 581 ff.
[77]) Chemnitz II S. 371 f.; Londorp IV S. 380 f.
[78]) S. unten.
[79]) Chemnitz II S. 375 f.; Londorp IV S. 384 f.

Aufrichtung einer allgemeinen Kriegsverfassung kamen des näheren, und zwar wieder im Gegensatz zu den Zielen des Reichskanzlers, in den Plenarverhandlungen des 23. und 24. Mai zutage. Es kam schließlich darauf hinaus, daß sie sich bereit erklärten, nach der Kreisverfassung und ihrer Matrikel für Zwecke des allgemeinen Bundes eine bestimmte Truppenzahl aufzustellen, die aber nur innerhalb des Kreises Verwendung finden, während fremde Regimenter aus ihm entfernt werden sollten. Die Verfügung über die Truppen sollte nächst den einzelnen Ständen nur dem Kreise als solchen zustehen. Weiter verlangte man Verminderung der Besatzungen von Wismar und Buxtehude, Vermeidung von Durchmärschen und Einquartierungen ohne vorherige genaue Abmachungen u. a. m.

Diese ohne Frage von partikularistischem Geiste getragenen Forderungen, die den Ständen ihre Selbständigkeit gegenüber einem schwedischen Direktorium und seinen Ansprüchen garantieren sollten, stießen aber bei Oxenstierna auf Widerstand. Nach seiner Auffassung war eine starke Kriegsverfassung, die ihren Zweck, nämlich den Feind zum Frieden zu zwingen, erfüllen könnte, nur möglich, wenn eine einzige Armee gebildet, diese aus einer gemeinsamen Kasse erhalten und einem Direktorium unterstellt würde, in dem Schweden die Majorität besitzen müßte, um sie nach einem einheitlichen Operationsplan und ohne Rücksicht auf kleinliche Sonderinteressen der deutschen Stände zu leiten. Es entsprach dies vollständig seiner stets vertretenen Politik, den Krieg mit deutschen Mitteln zu führen, und sein Drängen auf Beschleunigung der Konjunktion sowie auf einstweilige schnelle Beschaffung von Kriegsmitteln für die westfälische Armee konnte das den Ständen unmöglich länger verborgen bleiben lassen. Gegen eine solche conjunctio armorum verwahrten sich aber die sächsischen Stände aufs entschiedenste. Die Niedersachsen erklärten offen, sie würden nie ihre Truppen hergeben, damit diese in Oberdeutschland föchten, solange sie selbst noch Feinde im Lande hätten. Nach ergebnislosen Verhandlungen reiste Oxenstierna Ende Mai unmutig nach Mainz.[80])

[80]) Die von Helbig S. 583 zitierte Bemerkung aus einem Berichte der kursächsischen Gesandten vom 30. Mai: „nur Anhalt und Mecklenburg-Schwerin sind noch nicht durch die calvinistischen Prätensionen verführt," die von ihm dahin gedeutet wird, daß diese Stände die meisten Bedenklichkeiten gegen eine Vereinigung aller 6 Kreise" gehabt hätten, ist doch wohl nur als unter dem Eindruck eben dieser Verhandlungen erklärlich. Mir scheint sie nur zu beweisen, daß Adolf Friedrich,

So erschien die Lage schon jetzt geradezu hoffnungslos, und eine am 2. Juni gehaltene zweite kursächsische Proposition trug nicht gerade dazu bei, sie aussichtsreicher zu gestalten.[81]) Vielleicht hatte man dort gerade diesen Zeitpunkt gewählt, Schweden wegen seines Verhaltens in den von Kursachsen beanspruchten Stiftern Magdeburg und Halberstadt anzuklagen und aufs neue vor Bündnissen mit fremden Mächten zu warnen. Noch mehr mußte die Forderung des Kurfürsten, ihn für seine Mühen mit Kriegsmitteln zu unterstützen, die übrigen Stände stutzig machen. So trat denn ein, was kommen mußte. Die sächsischen Stände beschlossen, ohne Kursachsen in eine Verbindung mit dem Heilbronner Bund zu treten.

Noch bevor die Oberkreise am 17. Juni die kursächsische Proposition zurückgewiesen und auf einer Konjunktion bestanden hatten[82]), waren die sächsischen Stände bereits über einen Konjunktionsentwurf zu einer Einigung gelangt, den sie am 13. den Oberkreisen zugehen ließen. Der Anstoß dazu ging von den Niedersachsen aus. Bereits im Mai hatten sie sich über gewisse Hauptpunkte geeinigt, auf Grund deren sie mit dem obersächsischen und den Oberkreisen in Verhandlung zu treten geneigt wären. War schon vordem bei dem niedersächsischen Memorial über die Kriegsverfassung der mecklenburgische Einfluß durch eine starke Berücksichtigung seiner Wünsche und Beschwerden unverkennbar, so trat er jetzt hierbei noch deutlicher zutage. Die Bedingungen z. B., unter denen die niedersächsischen Stände Frieden schließen wollten, entsprachen fast in allen wesentlichen Punkten der Instruktion, die Adolf Friedrich seinen Gesandten darüber mitgegeben hatte. Die Aufhebung des Restitutionsedikts, die Festsetzung des Jahres 1612 als Normaljahr für den Besitzstand geistlicher Güter, des Jahres 1619 für den weltlicher Territorien, ferner die Gleichheit der Konfessionen im Kammergericht, allgemeiner Landfriede und die Wahrung der Reichsinstitutionen waren die Hauptforderungen. Die Frage der schwedischen Satisfaktion sollte bereits beim Bündnis ihre Erledigung finden. Wie man sich die Kriegsverfassung, die Verteilung der Lasten auf die Bundesmitglieder und dergleichen dachte, hatten die niedersächsischen Stände ihrer im Mai vertretenen Ansicht gemäß dem Reichs-

der im übrigen durchaus für eine solche Vereinigung eintrat, unter den niedersächsischen Ständen die meisten günstigen Bedingungen dabei erzielen wollte; denn daß jene anticalvinistische Nebeninstruktion Adolf Friedrichs hier eine Rolle gespielt hat, ist ziemlich unwahrscheinlich.

[81]) Chemnitz II S. 410 f.; Londorp IV S. 387 f.

[82]) Chemnitz II S. 420 f.; Londorp IV S. 389 f.

kanzler gleichzeitig dargelegt. Auch dabei spielten wieder Beschwerden und Sonderinteressen die Hauptrolle, wurden aber von Oxenstierna ausweichend oder abweisend beantwortet.[83])

Mit den obersächsischen Ständen kam man bald zum Schluß. Hier war es vornehmlich ein Punkt, der mehr und mehr in den Vordergrund trat und dessen Aufnahme in die Bündnisbedingungen von ihnen verlangt wurde: die Frage der schwedischen Satisfaktion, woran Brandenburg und Pommern ja in erster Linie ein berechtigtes Interesse hatten.[84]) Die Niedersachsen traten dem bei, und so konnte der gemeinsame sächsische Bündnisentwurf von 45 Punkten den Oberkreisen übergeben werden.[85]) Obwohl ihnen der Standpunkt des Reichskanzlers bereits bekannt sein mußte, hatten sie sich ihm doch in nichts anbequemt. Davon ausgehend, daß das Bündnis nur zum Zwecke des Friedens und Herstellung des Zustandes vor dem Kriege geschlossen werden sollte, „wollten sich beide sächsischen Kreise außer solchem Friedenszweck oder abgedrungenen Defension (wan nämlich der Feind zu keinem ehrbaren, unbetrüglichen Universalfrieden sich verstehen würde) zu keiner weiteren conjunction verpflichten" und sich mit den Oberkreisen über die Friedensbedingungen einigen, „wobei man pro extremo zu verharren gemeinet". „Ehe und zuvor aber hierin ein einmütiger Schluß gemachet, wollten sie an alle übrige Handlungen unverbunden sein".[86]) Bei der Kriegsverfassung war auf möglichst gleiche Belastung der Bundesmitglieder gesehen. Die Truppen der einzelnen Kreise waren nur diesen verpflichtet und von ihnen abhängig, fremde Truppen im Kreise waren entweder abzuberufen oder, wenn zur Hülfe geschickt, vom Eigentümer zu unterhalten. Es kam den sächsischen Ständen vor allem wieder darauf an, ihr Partikularinteresse zu wahren und dem Reichskanzler so sehr wie möglich die Hände zu binden. Zu dem Zwecke befaßte sich fast die Hälfte aller 45 Artikel damit, Besoldung, Durchmärsche, Kontributionen usw. zu regeln und vertraglich festzulegen. Die Partikularbündnisse sollten zwar „in ihrem Wesen" bleiben, jedoch so weit, „daß solche keinem evangelischen Stande zu praejuditz oder Nachteil wieder seine vor diesem Kriege gehabte und noch habende possessiones, Recht und Ge-

[83]) Chemnitz II S. 413 u. 424 f.
[84]) Bär a. a. O. S. 470 f.
[85]) Chemnitz II S. 414 f.; Londorp IV S. 419 f.
[86]) Artikel 3.
[87]) Artikel 14.

rechtigkeiten gereicheten".[87]) Dagegen sollten alle aus solchen Bündnissen erwachsenen Subsidien, Unterhaltungen von Garnisonen und dergleichen verschwinden. Aufrecht erhalten war die Forderung von besonderen Kreiskassen statt einer allgemeinen und das Streben nach größerer Gewalt der von den Ständen verordneten Kriegsräte beim Bundesdirektorium. Artikel 43 endlich besagte über die schwedische Satisfaktion und deren Erledigung beim Bündnisvertrage: „und wollen die ober- und niedersächsischen Kreise, bis in demselben (Punkt) etwas gewisses beschlossen und verglichen, an die übrigen Handlungen unverbunden sein". Über die Organisation des Consilium generale und des Direktorium ließen sich die sächsischen Kreise bald darauf gleichfalls im einzelnen aus. Auch hier gingen sie darauf aus, durch möglichsten Einfluß jedes einzelnen Standes bei der Leitung des Bundes und der Armeen ihre Sonderinteressen zu wahren und die Gewalt Schwedens zu beschneiden.[88]) Wer wollte es den Ständen auch verdenken?

Soweit Mecklenburg bei diesem Entwurf in Frage kam, entsprach sowohl die Behandlung der Friedensfrage und ihr Verhältnis zum Bündnis vollkommen der bisherigen Politik und den Forderungen der Herzöge. Durch Artikel 14 wäre der Besitz der von Schweden besetzten mecklenburgischen Plätze für den Fall des Friedens dem Lande gesichert gewesen, und Artikel 15 hätte es schon jetzt von allen Kriegsleistungen Schweden gegenüber befreit. Die Frage der Garnisonen erledigten Artikel 33, 34 und 38 auch in Anwendung auf Mecklenburg durchaus zu seinem Vorteil. Der wichtige Artikel 43 endlich, wenn auch wohl in der Hauptsache durch den Einfluß Pommerns und Brandenburgs eingefügt,[89]) mußte für Mecklenburg von gleichem Interesse und Vorteil sein. Daß die mecklenburgischen Gesandten bei allen diesen Verhandlungen, vor allem innerhalb des niedersächsischen Kreises, einflußreich und im Sinne der Instruktion ihrer Herzöge tätig gewesen sind, geht aus den Akten und dem Gange der Verhandlungen ohne weiteres hervor. Adolf Friedrichs Politik war ja einzig und allein darauf gerichtet, sein Land möglichst unversehrt durch die Gefährnisse des Krieges zu führen und ihm Lasten und Leiden nach Möglichkeit zu ersparen. Daß er dabei, so sehr er sich auch bemühte, mit Schweden in gutem Einvernehmen zu bleiben und

[88]) Der beiden sächsischen Kreise Gedanken, betr. Direktorium und consilium formatum. dict. Frankfurt, 16. Juli 1634. Kop. A. S.: Fr. C.
[89]) Bär a. a. O. S. 471.

auf dem allein möglichen gütlichen Wege sein Ziel zu erreichen, mit Oxenstierna in Widerspruch geriet, liegt auf der Hand. So sehr der Herzog immer für ein Zusammenhalten der Evangelischen mit Schweden eingetreten war und noch eintrat, ja sogar Kursachsen noch durch Gewährung eines Römerzuges als Unterstützung gewinnen zu hoffen glaubte[90]), so sehr fürchtete er die Forderungen Oxenstiernas und die aus einem Bündnisse in dessen Sinne hervorgehenden Lasten für sein Land. Er wollte sich in dem Falle lieber mit einer „guten Korrespondenz" zwischen den 6 Kreisen begnügen.[91])

Die Antwort der Oberkreise auf die sächsischen Vorschläge lautete nicht eben ungünstig, obwohl die prinzipiellen Gegensätze auch hierin wieder zutage traten.[92]) Einverstanden waren sie mit einer vorherigen Besprechung der Friedensbedingungen, wie es Artikel 3 des Entwurfes vorschrieb, doch wollten sie das Zustandekommen des Bündnisses nicht unbedingt von deren völligen Erledigung abhängig machen. Sie ließen durchblicken, daß bis zum Frieden doch wohl noch eine geraume Zeit vergehen könnte. Bei der Kriegsverfassung bestanden sie auf stärkerer Zentralisation, als Sitz des Direktoriums forderten sie in ihrem Interesse Frankfurt a. M., während die sächsischen Kreise Erfurt vorgeschlagen hatten. Der heikle Artikel 43 sollte das Bündnis nicht aufhalten, doch kamen sie dem Entwurf insoweit entgegen, als sie im Prinzip mit vorheriger Beratung einverstanden waren und vorschlugen, den Reichskanzler um Äußerungen über die Art und Weise der schwedischen Satisfaktion zu ersuchen.

Oxenstierna war Ende Juni aus Mainz zurückgekehrt, fand aber die Verhandlungen nur recht langsam fortgeschritten. In einer Plenarsitzung vom 1. Juli beschwerte er sich vor den Ständen über diese Saumseligkeit, sprach sich aber über den sächsischen Bündnisentwurf nicht näher aus. Daß er darin einen ganz anderen Standpunkt einnehmen werde, war vorauszusehen. Am 10. Juli erfolgte seine Antwort vor versammelten Ständen. Er lehnte den Entwurf kurz und bündig ab, weil darin nur Sonderinteressen behandelt seien, und forderte die sächsischen Kreise schlechthin zum Eintritt in den Heilbronner Bund auf.

[90]) Adolf Friedrich an die Gesandten d. d. Schwerin, 25. Juli 1634. Orig. A. S.: Fr. C.

[91]) Desgl. d. d. Schwerin, 14. u. 22. Juni 1634. Orig. A. S.: Fr. C.

[92]) 29. Juni 1634. Chemnitz II S. 424.

Aber die Sachsen ließen sich durch dies energische Auftreten des Reichskanzlers nicht einschüchtern und lehnten sein Ansuchen rundweg ab. Wohl oder übel sah sich Oxenstierna nun gezwungen, den Entwurf noch einmal im einzelnen durchzugehen. Zwei Tage darauf teilte er seine Ansichten darüber mit.[93]) Seine Sprache lautete hier freilich schon anders; in vielen Punkten zeigte er Entgegenkommen, aber gerade die wichtigsten suchte er ausweichend zu beantworten oder zu verschieben. Im allgemeinen wahrte er seinen prinzipiellen Standpunkt. Aufgabe der Sonderinteressen, starke Zentralisation der Kriegsverfassung, bedeutende Vollmacht des Direktoriums unter vorwiegend schwedischem Einfluß blieben seine Forderungen. Zur Beratung der Friedensbedingungen empfahl er den Ständen, eine Deputation zu wählen, desgleichen eine zur Besprechung der näheren Bestimmungen der Kriegsorganisation. Ablehnend verhielt er sich dem Wunsche nach Verminderung der Garnisonen gegenüber, vornehmlich in Anwendung auf die pommerschen und mecklenburgischen Seehäfen. Ganz unbefriedigend aber und ausweichend beantwortete er die schwedische Satisfaktionsfrage. Oxenstierna war sich wohl bewußt, wie das Hineindringen dieses Punktes in den Bündnisvertrag das ganze Unternehmen gefährden könne, besonders wenn Schweden dem Drängen der Stände nachgeben und vor Abschluß des Bündnisses seine Forderungen in der Hinsicht offen erklären müßte. Und den Reichskanzler hierzu zu zwingen, war ja das Ziel vornehmlich Brandenburgs und Pommerns, denen sich Kursachsen nur zu gerne anschloß. Nachdem zuerst dem Vorschlag der 4 Oberkreise gemäß eine gemeinsame Deputation aller 6 Kreise den Reichskanzler vergeblich um nähere Mitteilung gebeten hatte, drangen die sächsischen und vornehmlich die obersächsischen Stände von neuem wiederholt in ihn. Am 15. Juli ließ er endlich den Kreisen eine Erklärung zugehen, die aber in der Hauptsache wieder gänzlich unbestimmt gehalten war, die Verdienste Schwedens ungemein hervorhob und daraus die Notwendigkeit einer zufriedenstellenden Satisfaktion ableitete. Über nähere Angaben wurden sie wieder auf später vertröstet.[94])

Zwecks Beratung und Beantwortung dieser Erklärung kamen die sächsischen Stände am 17. Juli zusammen. Es gelang hier den Brandenburgern und Pommern, die Niedersachsen, die anfangs

[93]) Oxenstiernas Bedenken bei den 45 Konjunktionspunkten, dict. Frankfurt, 12. Juli 1634. Kop. A. S.: Fr. C.

[94]) Bär a. a. O. S. 471.

die Satisfaktionsfrage bis zu den Friedensverhandlungen zu verschieben geneigt gewesen waren, zu überzeugen, daß eine vorherige Erledigung der Frage unbedingt notwendig wäre. Schon erklärten die Brandenburger geradezu, sich vorher auf kein Bündnis einlassen zu können, weil Schweden die Anwartschaft des Kurfürsten auf Pommern nicht ohne weiteres anerkannt hätte und sich auf jenen Artikel 14 im schwedisch-pommerschen Bündnis beriefe.[95]) In einer Versammlung aller 6 Kreise am 18. Juli wurde die Satisfaktionsfrage noch einmal eingehend beraten und das Resultat in einer Denkschrift an den Reichskanzler zusammengefaßt.[96]) Es gab nach Ansicht der Stände 3 Möglichkeiten, Schweden abzufinden: die Einräumung von Land und Leuten, Abschluß eines Trutz- und Schutzbündnisses und endlich Zahlung einer Geldsumme. Die erste Möglichkeit wurde sogleich verworfen, namentlich eine Entschädigung an evangelischem Besitz, die an feindlichem zum mindesten als sehr schwierig und zurzeit noch nicht diskutierbar bezeichnet. Die Obersachsen hatten noch auf die Möglichkeit einer Satisfaktion aus geistlichem Gut hingewiesen, doch wurde dieser Vorschlag nicht in die Denkschrift aufgenommen.[97]) Über die beiden anderen Arten der Satisfaktion erklärten sich die Stände bereit, mit Oxenstierna zu unterhandeln und baten ihn, sich näher zu äußern. Der Schwerpunkt lag also in dem Streben der Stände, vornehmlich der obersächsischen, den Reichskanzler zu einem direkten Verzicht auf evangelische Länder zu bewegen und davon ihren Eintritt in den geplanten Bund abhängig zu machen. Wie sehr das auch im Sinne Mecklenburgs liegen mußte, das immer noch wegen Wismar besorgt war, braucht nicht mehr betont zu werden.

Die Satisfaktionsfrage war somit immer mehr und mehr in den Vordergrund gerückt. Schon kam der Gedanke auf, daß an ihr der Anschluß des obersächsischen Kreises an den Bund scheitern würde, und die Niedersachsen warfen bereits die Frage auf, ob für sie unter diesen Umständen ein Bündnis mit den Oberkreisen geboten wäre, in der Voraussetzung, daß Oxenstierna kein Entgegenkommen mehr zeigen würde.[98])

[95]) S. o. Anm. 35.

[96]) Bericht der Gesandten an Adolf Friedrich d. d. 25. Juli 1634. Orig. A. S.: Fr. C.; vergl. Chemnitz II S. 434 f.; Londorp IV S. 425 ff.

[97]) Aus der Darstellung bei Bär S. 272 f. geht diese letzte Tatsache nicht deutlich hervor.

[98]) Bericht der Gesandten an Adolf Friedrich d. d. 19. Juli 1634. Orig. A. S.: Fr. C.

Des Reichskanzlers Antwort auf die letzte Eingabe der Stände lautete denn auch wieder sehr allgemein und offensichtlich ausweichend.[99]) Nur soviel konnte man daraus entnehmen, daß Schweden nur mit einer in Landerwerb bestehenden Satisfaktion gedient sein könnte, und zwar des weiteren nur mit Ländern, die für Schweden einen wirklichen Machtzuwachs bedeuteten. Aus dem Grunde kamen natürlich nur Gebiete im Norden Deutschlands in Betracht, und es war unschwer zu erraten, worauf der Reichskanzler zielte. Er ließ auch bereits durchblicken, daß es sich nur um evangelische Länder handeln könnte, weil die feindlichen zu entlegen wären, daß aber die betroffenen evangelischen Fürsten aus ihnen nahegelegenem feindlichen Besitz entschädigt werden könnten.

Dieser Bescheid konnte die Stände wieder nicht vollkommen befriedigen, da es ihnen doch um eine unumwundene Erklärung zu tun war, mußte aber andererseits ihr Mißtrauen aufs höchste steigern. Nach einer vorangegangenen Besprechung der pommerschen und brandenburgischen Gesandten, wobei wieder der Plan eines Sonderbündnisses mit Einschluß Mecklenburgs auftauchte, ersuchten sie am 31. Juli den Reichskanzler nochmals um eine unzweideutige Erklärung, ob er Ansprüche auf Pommern machte.[100]) Wieder suchte Oxenstierna anfänglich die ihm so unangenehme Frage ausweichend zu behandeln, weil ihm schon seit längerem immer mehr klar geworden war, wie der ganze Erfolg des Konvents scheitern würde, wenn es ihm nicht gelang, diese Angelegenheit bis nach dem Abschluß des Bündnisses hinzuziehen.[101]) Dem Drängen der Gesandten gegenüber mußte er sich aber doch bequemen, zuzugeben, daß ihm mit Pommern als Reichslehen am besten gedient sein würde. Eine ganz bestimmte Forderung ließ er freilich auch jetzt noch nicht laut werden. Seine Haltung entsprach auch ungefähr den Weisungen, die er aus der Heimat erhalten hatte. Der Reichsrat hatte ebenfalls keine fest normierten Forderungen gestellt, sondern nur den Erwerb von Küstenländern oder Häfen an der Ostsee für wünschenswert erklärt, dem Reichskanzler in allen Einzelheiten aber freie Hand gelassen.[102])

---

[99]) Chemnitz II S. 438 f.; Londorp IV S. 427 f.

[100]) Bär S. 475 f.

[101]) Oxenstierna a. d. schwedische Regierung d. d. Frankfurt, 22. u. 30. Juli 1634. Handlingar rörande Skandinaviens historia 30 u. 32 S. 83 und 91.

[102]) Der schwedische Reichsrat an Oxenstierna d. d. 11. März 1634. Handlingar 29 S. 232 ff.

Durch Oxenstiernas letzte Erklärung war wenigstens einigermaßen Klarheit geschaffen. Jedenfalls faßten die Obersachsen, und mit Recht, die Lage so auf, daß Schweden auf Pommern nicht verzichten wollte. Eine Abtretung Pommerns aber, und somit auch der Eintritt in das Bündnis war für sie unmöglich. Noch aber gaben sie die Hoffnung nicht auf, den Reichskanzler von seinen Forderungen abzubringen. Schon bei einer mündlichen Besprechung hatten die obersächsischen Gesandten, namentlich der brandenburgische Rat Götzen, den Reichskanzler ersucht, einen offiziellen Verzicht auszusprechen. Nunmehr kam es darauf an, auch die übrigen Stände zu dieser Forderung zu vereinen, um einen noch stärkeren Druck auf den Reichskanzler auszuüben, wenn man mit dem Abbruch der Verhandlungen drohte.

Am 4. August kamen die 6 Stände zusammen, um über die Beantwortung der Erklärung des Reichskanzlers, die er nunmehr auf Ersuchen der Stände auch schriftlich abgegeben hatte, zu beraten. Entgegen dem Antrage Brandenburgs, durch eine Abordnung an den Reichskanzler energische Verwahrung gegen jegliche Ansprüche auf Pommern einzulegen, wurde schließlich schriftlich im Namen der beiden sächsischen Kreise eine Antwort verfaßt.[103]) Man verlangte hierin kurz und bündig eine direkte Verzichtserklärung. Sodann aber war man bereit, sogleich über das Bündnis, gemeinsame Kriegsverfassung usw. zu unterhandeln und nicht vor Erledigung der schwedischen Satisfaktion überhaupt Frieden zu schließen. Brandenburg und Pommern fügten noch eine weitläufige Darstellung der brandenburg-pommerschen Beziehungen sowie die Erklärung hinzu, daß aus allen angeführten Gründen Brandenburg Pommern auf keinen Fall aufgeben würde.

Noch mehr als vorher bildete nun in den nächsten Wochen die Satisfaktionsfrage den Hauptpunkt aller Verhandlungen.

So sehr Oxenstierna und die Oberkreise sich bemühten, die Frage hinauszuschieben und erst das Bündnis zustande zu bringen, einmal ins Rollen gebracht, ließ sie sich nicht mehr aufhalten. Darunter litten natürlich alle anderen Verhandlungen. Die Beratungen über eine gemeinsame Kriegsverfassung aller 6 Kreise wurden nur nebenher und äußerst langsam fortgesetzt. Die gesonderte Stellung Kursachsens und seine dauernd schwedenfeindliche Haltung in Frankfurt trug nicht dazu bei, die Stände bereitwilliger zu machen. Bei allen diesen Verhandlungen trat außerdem immer wieder der prinzipielle Gegensatz zwischen dem Heil-

[103]) Chemnitz II S. 497 ff.

bronner Bund und den beiden sächsischen Kreisen über die Art der Waffengemeinschaft zutage. Noch am 8. August hatten die Oberkreise den sächsischen Ständen ein neues Konjunktionsprojekt überreicht, das schlechthin Anschluß an den Heilbronner Bund forderte. Die Sachsen machten aber zu dem Entwurf derartige Änderungsvorschläge, die einer Ablehnung nahe kamen, ja Adolf Friedrich bezeichnete ihn geradezu als unannehmbar und beleidigend.[104]) Nebenher gingen weiter fortwährend die Beschwerden der einzelnen Stände an den Reichskanzler über unerträgliche Belästigung ihrer Länder durch Ausschreitungen und Plünderungen schwedischer Soldaten, Anmaßungen und Erpressungen der Befehlshaber inner- und außerhalb der Garnisonen usw. Von seinem Standpunkt aus sagt der schwedische Geschichtsschreiber des Krieges, Philipp Bogislav von Chemnitz nicht mit Unrecht: „In Summa, ein jedweder wollte bei diesem Kriege das meiste ausgestanden und gelitten, das meiste getan und aufgewandt haben; hingegen ins künftige das wenigste auszustehen, zu leiden und aufzuwenden vermögen oder schuldig sein: sollte schon das gemeine evangelische Wesen darüber zu Trümmern gehen.“[105]) Ähnlich lauten die Klagen des Reichskanzlers in den Berichten an seine Regierung.[106]) Die Art und Weise, wie Oxenstierna solche Beschwerden behandelte, indem er sie entweder gar nicht oder erst nach langer Zeit und dann auch noch ausweichend beantwortete, machte die Stände nur noch mißtrauischer.

Auch an der Friedensliebe des Reichskanzlers mußten die Stände irre werden; denn seine Behandlung der dänischen Interposition, die doch eigentlich den Kernpunkt und das Endziel des Konvents bilden sollte, ließ bald keinen Zweifel mehr aufkommen, daß es dem Reichskanzler zurzeit nicht um Frieden zu tun war, er im Gegenteil die dänischen Vermittelungsversuche als lästige Einmischung in seine Bündnispolitik ansah. Wohl führte er den Frieden noch beständig im Munde, aber er vermochte damit die Stände über seine wahren Absichten nicht mehr hinwegzutäuschen.

Dänemark hatte trotz seiner früheren Mißerfolge den Gedanken einer Friedensvermittelung nicht aufgegeben. Noch im Herbst 1633 hatte sich König Christian von neuem bemüht und diesmal den schwedischen Reichsrat in Stockholm für seine Pläne zu ge-

[104]) Adolf Friedrich an die Gesandten d. d. Schwerin, 26. Aug. 1634. Orig. A. S.: Fr. C.

[105]) Chemnitz II S. 431.

[106]) Handlingar 30 und 32.

winnen gesucht. Als aber seine Gesandten auch hier nur wieder Friedensbeteuerungen und allgemein ausweichende Phrasen zur Antwort erhielten, wandte er sich an den Reichskanzler und unterbreitete ihm neue bestimmte Vorschläge hinsichtlich Ort und Zeit eines Friedenskongresses. Statt des von den Heilbronner Verbündeten nachträglich noch abgelehnten Breslau brachte er nunmehr Mühlhausen, Marburg oder Lübeck in Vorschlag. Oxenstierna aber war keiner dieser Orte genehm und er antwortete, ohne die Vermittelung direkt abzulehnen, bezeichnend genug mit einer Einladung zum Frankfurter Konvent.[107]) Diese freilich schlug der König aus, angeblich in Rücksicht auf die katholische Partei, aber durch eine weitere Sendung an den Reichskanzler und die Stände nach Frankfurt fuhr er fort, seine Vermittelung zu empfehlen.[108]) Das alte Spiel begann von vorne. Auf der einen Seite der Reichskanzler, bestrebt, die sächsischen Stände dem Heilbronner Bund anzugliedern und in jedem Friedensangebot nur feindliche Machinationen sehend, auf der anderen Dänemark, dahin zielend, dies Bündnis zu hindern. Zwei Monate vergingen, bis die Abfertigung des dänischen Kuriers erfolgte.[109]) Aus verschiedenen Eingaben der Stände geht mit voller Sicherheit hervor, daß die offensichtliche Verschleppung nur durch Oxenstierna veranlaßt wurde, der seine alte Politik hier nur fortsetzte.[110]) Die Stände dagegen, auf deren Friedenssehnsucht Dänemark nicht umsonst spekuliert hatte und die den Eintritt in die Verhandlungen sobald wie möglich wünschten, drängten heftig auf Abfertigung und gingen in ihrer Antwort an den König vom 30. Mai bereits auf Einzelheiten und vorbereitende Formalitäten, Geleitsbriefe, Vollmachten u. dgl. ein.[111]) Als Kongreßort schlugen sie neben Erfurt, Worms und Speier namentlich Frankfurt selbst vor. Umgehend erfolgte die dänische Antwort. Der König zeigte den Vorschlägen der Stände gegenüber ein großes Entgegenkommen, empfahl den

[107]) König Christian an Oxenstierna d. d. 21. Okt. 1633, Oxenstiernas Antwort d. d. 9. Dez. 1633, Chemnitz II S. 232 f.

[108]) König Christian an den Reichskanzler und die Stände d. d. 10. bezw. 27. Febr. 1634, Chemnitz II S. 315 ff.

[109]) Er traf am 28. März in Frankfurt ein; die Antwort der Stände ist vom 30. Mai datiert, nachdem sie am 5. April eine Vorantwort hatten abgehen lassen und Dänemark am 19. April ein weiteres Schreiben an sie gerichtet hatte. Londorp IV S. 395 f.

[110]) Die Stände an Oxenstierna wegen Abfertigung des dänischen Kuriers d. d. 29. April, 12., 14. und 28. Mai 1634. Londorp IV S. 396 f.

[111]) Londorp IV S. 398 ff.

1. Oktober 1634 als ungefähren Termin für den Beginn des Kongresses und verwies im übrigen auf die zu erwartende Antwort des Kaisers, dem die Meinungen der Frankfurter Stände inzwischen übermittelt waren.[112]) — Während nun die Stände, voll der schönsten Hoffnungen, schon am 19. Juli dem Könige zustimmend antworteten, erfolgte der kaiserliche Bescheid erst am 23. August und wurde den Ständen durch Dänemark am 26. September übermittelt, erreichte diese aber nicht mehr in Frankfurt. Die Gründe, die den Kaiser damals bewogen, die dänische Interposition zu vernachlässigen, werden wir später kennen lernen. Oxenstierna war zweifellos sehr damit gedient, aber die Art und Weise, wie er von vornherein die Friedensfrage behandelt hatte, mußte auf die Stände notwendig verstimmend wirken; denn die Friedenssehnsucht gerade der kleineren Fürsten und Stände war zu groß, als daß sie mit der schwedischen Politik ganz hätten einverstanden sein können.

Die Verhandlungen in Frankfurt nahmen unterdes ihren Fortgang und drehten sich fast nur noch um die leidige Satisfaktionsfrage. Der Reichskanzler zögerte aus begreiflichen Gründen ungewöhnlich lange mit einer Antwort auf die letzte brandenburg-pommersche Verwahrungsschrift gegen schwedische Ansprüche auf Pommern. Die Gesandten dieser beiden Stände veranlaßten daher auch die übrigen nunmehr zu einer Abordnung an Oxenstierna, die ihm am 26. August mitteilte, daß einzig und allein die Satisfaktionsfrage dem Abschluß des Bundes, über dessen wesentlichste Punkte man sich geeinigt habe, noch im Wege stände. Man bat ihn, durch eine geeignete Erklärung dies Hindernis zu beseitigen.[113]) Oxenstiernas Antwort betonte aufs neue die Notwendigkeit einer ausreichenden Satisfaktion für sein Vaterland; er ersuchte die Stände, ihm statt Pommern ein anderes Gebiet zu nennen, das für Schweden in gleicher Weise günstig gelegen sei und die Bedingungen einer genügenden Satisfaktion erfüllte. Zu weiteren Verhandlungen bestimmte er seinen Sohn und zwei andere Räte.

Die Abgeordneten der Stände, unter denen der kurpfälzische und der kulmbachische das Wort führten, gaben sich in den Verhandlungen des folgenden Tages zwar die größte Mühe, die Gegensätze auszugleichen, aber vergebens.[114]) Die Schweden blieben

[112]) König Christian an die Stände d. d. Kopenhagen, 22. Juni 1634. Londorp IV S. 401 ff.

[113]) Bär a. a. O. S. 478.

[114]) Bär a. a. O. S. 478 ff. und Anmerkung 4.

auf ihrem Standpunkte, daß die Belohnungs- und Kriegsentschädigungsfrage, von der der Thronfolger in Pommern untrennbar wäre, d. h. also, daß sie das Erbrecht Brandenburgs nicht anerkennen wollten. Von einem anderen Lande war keine Rede mehr. Kein Teil war zu Konzessionen geneigt, so daß die Verhandlungen am 28. August als völlig gescheitert und damit der Erfolg des Konvents überhaupt in Frage gestellt anzusehen waren. Von einem Bunde aller 6 Kreise konnte unter diesen Umständen keine Rede mehr sein, nachdem nun auch Kurbrandenburg und Pommern nicht mehr in Betracht kamen und einige andere obersächsische Stände zu Kursachsen hielten.

Somit sah sich der niedersächsische Kreis nun wirklich vor die Frage gestellt, ob er allein mit den Oberkreisen in ein Bündnis treten sollte. Und auch hier kamen nicht mehr alle Stände in Betracht. Die braunschweigischen Gesandten waren wegen des Todes ihres Herrn, des Herzogs Friedrich Ulrich, bisher ausschreibenden Fürsten des niedersächsischen Kreises[115]), schon am 21. August abgereist[116]); die Lüneburger hatten keine genaue Instruktion, so daß von den anwesenden Gesandten nur die von Bremen und Mecklenburg übrig blieben. Diese erkannten die Schwierigkeit ihrer Lage sehr wohl und namentlich den Umstand, daß sie durch einen engeren Anschluß an den Heilbronner Bund neben den Halberstädtern neue Verpflichtungen eingingen und ohne Beteiligung aller seiner Mitglieder den niedersächsischen Kreis geradezu zerrissen. Es war indessen nicht mehr Zeit, darüber die Instruktionen ihrer Fürsten einzuholen. Kriegerische Ereignisse drängten zur Entscheidung.

Am 26.—27. August/5.- 6. September war die Nördlinger Schlacht geschlagen, die schwedischen Heere unter Horn und Bernhard von Weimar vernichtet. Am 30. August teilte Oxenstierna den anwesenden Gesandten die Unglücksbotschaft mit, und unter ihrem Drucke, und während schon viele Abgeordnete, auf ihre eigene Sicherheit bedacht, fluchtähnlich Frankfurt verließen, erfolgte am 3./13. September der Schluß des Konvents.[117]) Der Haupt-

[115]) 11. August 1634.

[116]) Bericht der mecklb. Gesandten d. d. 23. Aug. 1634. Orig. A. S.: Fr. C.

[117]) Schnell, Der große Krieg S. 81, setzt die Schlacht irrtümlicherweise auf den 6./16. September und kommt daher auch S. 80 zu einer unrichtigen Beurteilung der Bedeutung des Frankfurter Abschiedes und des Konvents überhaupt. — Der Abschied ist gedruckt bei Londorp IV S. 442 ff.

abschied wurde am 7. September von folgenden Ständen unterschrieben: Kurpfalz, Pfalz-Simmern, Pfalz-Zweibrücken, Pfälzische Vormundschaft, Kulmbach-Ansbach; nebengesetzt: Bremen, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Güstrow, rheinisch, schwäbisch, fränkische Grafen, Ysenburg, konföderierte Freie und Reichsstädte. Auch Oxenstierna vollzog die Unterschrift.[118])

Nach einer gespreizten Hervorhebung der Verdienste Gustav Adolfs und der Schweden überhaupt um die deutschen Protestanten sowie einer Würdigung der Bedeutung des Heilbronner Bundes und des Halberstädter Kreistages stellte der Abschied fest, daß sich nunmehr die beiden sächsischen Kreise „zuförderst unter sich selbsten und den . . . löblichen 4 Oberkreisen als Glieder eines Reiches und folgens mit der hochlöblichen Kron Schweden in ein Christliche, aufrichtige, beständige und feste Conjunction und Bündnuß . . . freiwillig und wissentlich begeben . . .“ hätten. Als Zweck wird die Fortsetzung des Krieges bis zu einem allgemeinen Frieden, wobei der dänischen Interposition und ihres Fortgangs gedacht wird, sowie Sicherstellung der Evangelischen angegeben; vorher sollte sich kein Mitglied des Bundes ohne Wissen und Willen seiner Mitverbündeten in Sonderverhandlungen einlassen dürfen. Ferner hatten „die sämptliche Evangelische konföderierte Stände gegen die höchstgemelte löbliche Kron Schweden wie zuvor nochmalen, allbereit hiebevor geschehen, aller gebührender Dankbarkeit und billig mäßiger Satisfaktion halben sich erklärt und vernehmen lassen, daß S. Exc. auf diesmals damit content und zufrieden gewesen“. Hinsichtlich der Bundes- und Kriegsorganisation wird auf einen Nebenabschied verwiesen.

Man sieht sofort, daß dieser Abschied ohne jede positive Bedeutung sein mußte und nur den Zweck haben konnte, dem Feinde gegenüber in dieser Zeit des Sinkens der schwedisch-evangelischen Machtstellung den Anschein zu erwecken, als ob das Ziel einer Einigung aller 6 evangelischen Kreise erreicht wäre. In Wirklichkeit waren es doch außer den Heilbronner Verbündeten nur Bremen und Mecklenburg, die dem Bündnis geneigt waren, wenigstens den Abschied unterschrieben, auch sie vielleicht und höchst wahrscheinlich nur aus den oben genannten Gründen.[119]) Jedenfalls ist das scheinbare Resultat der Frank-

[118]) Protoc. Frankfurt. Orig. A. S.: Fr. C.

[119]) Bericht der mecklb. Gesandten d. d. 2. Sept. 1634. Orig. A. S.: Fr. C.

furter Verhandlungen nie in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Wie bittere Ironie klingen sogar einige Bestimmungen dieses Abschiedes, wenn man den Gang der Verhandlungen und die zutage getretenen Gegensätze kennt. Namentlich die Erklärung der Stände über die schwedische Satisfaktion und Oxenstiernas Zufriedenheit damit muten uns nach dem Vorangegangenen seltsam an.

Nicht besser steht es mit dem erwähnten Nebenabschied, der vom 6./16. September datiert ist und gleichfalls am 7. September nur von den Oberkreisen sowie von Bremen und Mecklenburg unterschrieben wurde, während die obersächsischen Stände außer Pommern und Altenburg zwar damit einverstanden waren, aber mit Rücksicht auf Kurbrandenburg die Unterschrift ausschlugen. Am bedeutsamsten jedoch war es, daß nachträglich auch der Reichskanzler seine Unterschrift verweigerte und dadurch den Erfolg des Konvents gänzlich illusorisch machte.[120]) Der Nebenabschied bedeutete nämlich eine Einigung der 6 Kreise über eine Kriegsverfassung vom Standpunkt der sächsischen, namentlich des niedersächsischen Kreises aus, zu dem sich die Oberkreise ohne Zustimmung des Reichskanzlers herbeigelassen hatten. Wohl sollte die ganze evangelische Armee, die auf 80 000 Mann berechnet war, unter schwedischem Direktorium und einem Bundesrat stehen, dessen Residenz zu bestimmen man dem Reichskanzler überlassen wollte, daneben aber sollten die Kreisverfassungen bestehen bleiben mit ihren eigenen Kassen, Magazinen usw. Das Kriegsvolk war lediglich für den Kreis, dem es unterstellt war, bestimmt und durfte nur im Notfall, wenn das eigene Land vom Feinde befreit und ein anderes Bundesmitglied in Not wäre, daraus entfernt werden. Kein Bundesverwandter durfte mit fremden Mächten ohne Einwilligung der gesamten Stände Verhandlungen eingehen oder Krieg beginnen. Partikularbündnisse innerhalb des Bundes wurden nicht aufgehoben, wohl aber die davon herrührenden „Subsidien, Exactionen, Assignationen, rekruiren, Musterplätze und mehr sotane onera". Durchzüge sollten nach Möglichkeit vermieden oder wenigstens geregelt, die Garnisonen verringert und Winterquartiere möglichst in Feindesland genommen werden. Zum Unterhalt der Bundesräte und sonstigen Beamten verpflichteten sich die sächsischen Kreise, monatlich einen halben einfachen Römerzug, für Proviant und Munition im richtigen Verhältnis zu den Oberkreisen und nach der Kreismatrikel ihr Teil beizusteuern.

[120]) Protoc. Francfurt. Orig. A. S.: Fr. C. — Der Nebenabschied, aus 31 Artikeln bestehend, ist gedruckt bei Chemnitz II S. 509 ff.

Ferner war des Kurfürsten von Sachsen gedacht, ihn nach Möglichkeit zu einer „Conjunction" oder „guten Korrespondenz" zu bewegen, und endlich garantierten sich die Konföderierten gegenseitig ihren Besitzstand, wie er vor dem Kriege gewesen war. Diese Abmachungen waren also in Wirklichkeit nur eine ängstliche Wahrung von Sonderinteressen, ein Versuch namentlich der niedersächsischen Stände, ihre Selbständigkeit Schweden gegenüber aufrecht zu erhalten und alle Lasten möglichst abzuwälzen, Bestrebungen, die der Reichskanzler, wie wir sahen, während des Konvents aufs heftigste bekämpft hatte. Die Oberkreise hatten ihn darin freilich anfangs unterstützt, bis sie in den letzten Tagen des August nachgaben, um überhaupt eine Einigung zu erzielen. Für Oxenstierna waren diese Abmachungen jedenfalls unannehmbar und außerdem praktisch wegen der Kleinlichkeit und Umständlichkeit, womit verfahren war, undurchführbar. Der Nebenabschied ist ebensowenig wie der Hauptschluß jemals in Kraft getreten.

Somit, kann man getrost behaupten, war der Frankfurter Konvent gescheitert. Das nur zu berechtigte Mißtrauen der sächsischen Stände gegen die Ansprüche Schwedens und seine Friedensliebe, die Peinlichkeit und Engherzigkeit der einzelnen Fürsten bei der Wahrung ihrer Sonderinteressen, die schwedenfeindliche Haltung Kursachsens und seine Friedensbestrebungen sowie endlich die beginnende Einmischung Frankreichs machten es dem Reichskanzler unmöglich, sein Ziel zu erreichen. Die militärischen Ereignisse gaben dem Unternehmen nur noch den letzten Stoß.

III. Der Friede zu Pirna.

Während Oxenstierna sich in Frankfurt vergebens bemühte, unter den protestantischen Ständen eine Einigung herzustellen, gingen an einem anderen Orte Verhandlungen vor sich, die einem entgegengesetzten Zwecke dienten und Separatverhandlungen zwischen einem Teil der protestantischen Stände und der kaiserlichen Partei zum Ziele hatten. Die kursächsischen und dänischen Friedensbestrebungen waren in Wien von vornherein als äußerst willkommen angesehen und benutzt worden. Auch des Kaisers Streben ging ja dahin, durch Sonderverhandlungen mit den deutschen Evangelischen eine Trennung unter ihnen herbeizuführen, um dann desto sicherer seine katholische Politik in Deutschland durchführen zu können. Da der Kaiser Kursachsens Stellung zu Schweden und seine Neigung, eine Aussöhnung mit der kaiserlichen Partei zustande zu bringen, kannte, war er im Verlauf des Jahres 1633 verschiedentlich mit Friedensanerbieten an den Kurfürsten herangetreten. Wenn die beiderseitigen Bestrebungen, denen die dänische Vermittelung und der Gedanke eines allgemeinen Konvents als Deckmantel dienen sollte, damals nicht zum Ziele gelangten, so lag das einmal an den politischen und militärischen Erfolgen Schwedens, der Haltung Kurbrandenburgs und den oft recht bedenklichen Vorschlägen Wallensteins.[121]) Indessen mußte die stetig wachsende Abneigung Kursachsens gegen Schweden sich notwendig einmal mit den Plänen des Kaisers begegnen; denn mehr noch vielleicht, als alle äußeren Motive, wie die Besorgnis um Magdeburg und der Neid auf Schwedens Vormachtstellung, war für diese sächsische Annäherung die Tradition des kurfürstlichen Hauses maßgebend, das immer gute Beziehungen zum kaiserlichen Hof unterhalten hatte und seit nahezu einem Jahrhundert stets geneigt gewesen war, von den Glaubensgenossen gesonderte Wege zu gehen.[122])

[121]) Struck, Johann Georg und Oxenstierna a. a. O. Kap. XI S. 200 ff.

[122]) Vergl. Dürbeck, Kursachsen und die Durchführung des Prager Friedens. Diss. Leipzig 1908, S. 14 f.

Die Katastrophe Wallensteins, der ja in erster Linie Träger der kaiserlichen Friedensvorschläge gewesen war, schien freilich alle Verhandlungen mit Wien zunächst ins Stocken gebracht und jede Hoffnung auf Frieden vernichtet zu haben. Aber nur für kurze Zeit; denn der Kaiser kannte die Stimmung des Kurfürsten sehr wohl und hoffte durch einen Separatfrieden mit ihm und Gewährung persönlicher Vorteile diesen wichtigen Reichsfürsten von der allgemeinen evangelischen Sache und Schweden abziehen zu können. Er übertrug daher nach Wallensteins Ermordung zugleich mit dem militärischen Oberbefehl seinem Sohne Ferdinand, dem König von Ungarn und späteren Kaiser, die Vollmacht, mit Kursachsen weiter zu verhandeln.[123]) Als Unterhändler bediente man sich kaiserlicherseits desselben Mannes, der schon im Januar Träger der Vorschläge bei Kursachsen und Brandenburg gewesen war, des Herzogs Franz Julius von Sachsen-Lauenburg. Gleich nach der Ächtung Wallensteins begab dieser sich von Prag nach Wien und war Mitte März wieder in Dresden, wo er dem Kurfürsten im Auftrage des Königs von Ungarn den Vorschlag unterbreitete, zu Leitmeritz in neue Verhandlungen über den Frieden einzutreten.[124]) Derselbe Vorschlag wurde Kurbrandenburg übermittelt. Während aber Georg Wilhelm die Aufforderung mit Hinweis auf den Frankfurter Konvent und die dort zu verhandelnde dänische Vermittelung ablehnte[125]), ging Johann Georg bereitwilligst darauf ein, nachdem ihn der Tod Wallensteins von dessen Friedensanträgen und der Sorge, daß diese ihn in einen Gegensatz zum Kaiser hätten bringen können, befreit hatte.[126]) Die Verhandlungen sollten jedoch vorläufig nur einer Verständigung dienen über den später unter dänischer Vermittelung abzuschließenden allgemeinen Frieden und so gewissermaßen den Frankfurter Konvent unterstützen[127]); wenigstens ließ der Kurfürst dies den in Frankfurt versammelten Ständen durch seine Gesandten mitteilen.[128])

---

[123]) Ritter III S. 577 f.

[124]) Franz Julius an Johann Georg d. d. Prag, 17./27. Februar 1634. Irmer III Nr. 500 S. 306.

[125]) Georg Wilhelm an Franz Julius d. d. Cöln, 19. März 1634. Irmer III Nr. 526 S. 339 f.; vergl. Helbig, Prager Friede S. 577.

[126]) Diese Besorgnisse des Kurfürsten kommen klar zum Ausdruck in den am 17. Jan. 1634 Arnim vorgelegten Fragen (Irmer III Nr. 390 S. 173 ff.) und den Verhandlungen des sächsischen geheimen Rats v. 17./27. Jan. (ebenda Nr. 391 S. 175 ff.).

[127]) Helbig S. 577 f.; Ritter III S. 588.

[128]) Helbig S. 584 und 586.

Erst am 2. Juni machten sich die sächsischen Räte Gebhard von Miltitz und Dr. Johann Georg Oppel auf nach Leitmeritz, wo bereits im März 1633 Verhandlungen des Landgrafen Georg von Hessen mit kaiserlichen Abgeordneten stattgefunden hatten.[129]) Am 4. Juni trafen sie dort ein und hatten am folgenden Tage mit den kaiserlichen Gesandten, dem Grafen von Trautmannsdorf, Freiherrn von Questenberg und Dr. Gebhard die erste Konferenz. Es kann hier nicht der Ort sein, alle Einzelheiten der Verhandlungen, sondern nur den Gang der Beratung im allgemeinen und im Zusammenhang mit den Ereignissen des Krieges und der politischen Lage überhaupt darzustellen und im besonderen Mecklenburg dabei zu berücksichtigen.

Gestützt auf die damals für die Evangelischen günstige Kriegslage in Süddeutschland wie auch auf dem östlichen Kriegsschauplatz, wo durch das Vordringen Banérs und Arnims und des letzteren Sieg bei Liegnitz Anfang Mai die Erfolge Wallensteins in der Neumark, Lausitz und Schlesien wieder verloren gegangen waren[130]), traten die sächsischen Bevollmächtigten mit sehr weitgehenden Forderungen ihres Kurfürsten in die Verhandlungen ein. Außer den privaten Forderungen Johann Georgs, einer durch die Zinsen auf mehr als 6 Millionen Taler angewachsenen Summe als Entschädigung für seine Hülfe im böhmischen Kriege, der erblichen Abtretung beider Lausitzen und endlich Überlassung der Stifter Magdeburg und Halberstadt waren die Hauptbedingungen der den Gesandten mitgegebenen 30 Punkte[131]): Herstellung des Besitzstandes der evangelischen geistlichen Stände von 1612 mit Einschluß aller später rechtmäßig erfolgten Wahlen und Postulationen, Aufhebung des geistlichen Vorbehalts und des Restitutionsedikts, allgemeine Amnestie, Zuziehung der katholischen Stände zur schwedischen Satisfaktion, Freiheit der Augsburger Konfession nach dem status quo 1612, das ius reformandi evangelischer geistlicher Fürsten, Ausgleich der Pfälzer Sache und die Restitution von Mecklenburg und Hildesheim. Dem Kurfürsten mögen diese Forderungen selbst zu hoch erschienen sein, da er den Gesandten ein Zurückgehen auf Bedingungen anheimgab, die anläßlich des Frankfurter Kompositionstages vom Jahre 1631 aufgestellt waren und in denen als Normaljahr das Jahr 1620 und die Überlassung

---

[129]) Vergl. Irmer II Nr. 129 und 130 S. 88 ff. und Nr. 137a S. 397.

[130]) Ritter III S. 579.

[131]) Gedruckt in: Pirnische und Pragische Friedenspakten 1636 S. 291 ff. Vergl. Dürbeck a. a. O. S. 14 Anm. 4.

strittiger geistlicher Güter auf 50 Jahre mit Sicherstellung eines gütlichen Ausgleiches gefordert wurden.

Bei den kaiserlichen Abgesandten stießen die kursächsischen Räte, wie vorauszusehen, in allen Punkten auf den heftigsten Widerstand. Man war dort nicht im geringsten zu einem Entgegenkommen bereit, namentlich nicht in religiösen Fragen, auch dann nicht, als man sächsischerseits auf die Frankfurter Bedingungen zurückging. Nur für die Privatsatisfaktion des Kurfürsten bot man die Anwartschaft auf einige kleinere Reichslehen und etwa ein von den Herzögen von Mecklenburg zu zahlendes Strafgeld an und ließ auch wohl die Möglichkeit einer Abtretung der Lausitzen durchblicken. In der mecklenburgischen und pfälzischen Sache hofften die kaiserlichen Räte von ihrem Herrn einen gütlichen Ausgleich erwirken zu können.

Über Mecklenburg wurde in der Session vom 28. Juni verhandelt. Nach einer sächsischen Verwendung für die Herzöge beriefen sich die kaiserlichen Räte zunächst auf den Regensburger Kurfürstentag von 1630. Hier hatte der Kaiser dem Kurfürstenkollegium auf ihre Eingabe zugunsten Mecklenburgs geantwortet, daß die Absetzung der Herzöge durchaus zu Recht geschehen und ihre nachträgliche Verteidigungsschrift unzulässig gewesen wäre. Er hatte sich aber bereit erklärt, die Angelegenheit noch einmal untersuchen zu lassen, ohne jedoch von einer Strafe absehen zu wollen.[132]) Hierin sei jetzt nichts geändert, der Kaiser durch die Herzöge gar sehr „benachteilt und damnificiert". Durch die gewalttätige Wiederbesetzung des Landes hätten sie sich aufs neue „vergriffen". Trotzdem sei der Kaiser nicht abgeneigt, ihnen auf „vorgegangene Submission und Intercession" des Kurfürsten oder eines „anderen vornehmen Standes" und Zahlung eines Strafgeldes, etwa zum Unterhalt der ungarischen Festungen, „Gnade und Pardon" zu gewähren. Am Schlusse der Erklärung heißt es: „Es erfolge nun hierinnen, was da wolle, weren sie doch nicht bedacht die Friedenstraktaten, wenn man sonst einig werde, deswegen zerschlagen zu lassen." Voraussetzung war natürlich gänzliche Lösung des Bündnisses mit Schweden.[133])

Der Kaiser trug also von vornherein kein Bedenken, die Herzöge zu restituieren. Jetzt nach dem Tode Wallensteins hatte das Land ja nicht mehr die frühere Bedeutung, und wenn er durch

[132]) Londorp IV S. 67.

[133]) Bericht der sächsischen Gesandten d. d. 29. Juni 1634. Kop. A. D.: Pr. Fr. 1.

die Restitution sich dem Kurfürsten gegenüber entgegenkommend zeigte, durch eine Aussöhnung die Mecklenburger an sich fesselte und damit Schweden einen wichtigen Stützpunkt entzog, hatte er noch dazu einen Erfolg erzielt. Daß er von einer rechtlichen Herstellung nichts wissen und die Wiedereinsetzung nur auf dem Gnadenwege vollziehen wollte, hatte seine Ursache in der selbstbewußten und oft anmaßenden Art und Weise der kaiserlichen Partei.

Im übrigen wurde in den Verhandlungen zu Leitmeritz vom Kurfürsten nicht viel erreicht, da die Kaiserlichen den sächsischen Forderungen gegenüber fest blieben und auch die sächsischen Räte zähe an den Frankfurter Bedingungen festhalten und höchstens auf die Stifter verzichten, dem Kaiser das Reformationsrecht in seinen Erblanden außer Schlesien einräumen und mit einem 40jährigen Besitz der nach dem Restitutionsedikt von den Katholiken beanspruchten geistlichen Güter bis zum Ausgleich zufrieden sein sollten. Diese letzte Instruktion traf die Gesandten jedoch nicht mehr in Leitmeritz an. Kriegerische Ereignisse störten die Verhandlungen.

Das sächsische und schwedische Heer unter Arnim und Baner hatte sich nach anfänglichen Zwistigkeiten über die Besetzung Schlesiens und der Oderpässe auf einen gemeinsamen Zug nach Böhmen geeinigt, um Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar auf dem oberdeutschen Kriegsschauplatze Luft zu machen. Beider Feldherren Blick war dabei auf die Leitmeritzer Verhandlungen gerichtet. Arnim wollte sie durch einige Erfolge im sächsischen Sinne beeinflussen, Baner durch einen entscheidenden Schlag vereiteln. So rückte dieser Anfang Juli über das vom Kurfürsten besetzte Zittau, von Arnim vergebens aufgehalten, gegen Prag vor. Sein Weg ging natürlich nicht ohne Absicht über Leitmeritz, und am 7. Juli mußten die Gesandten vor den anrückenden Schweden den Ort verlassen, um sich auf Einladung des Kurfürsten nach Pirna zu begeben. Hier wurden die Beratungen fortgesetzt, während Arnim, der, teils um den Schweden nicht völlig freie Hand zu lassen und eine zu heftige Offensive zu vermeiden, teils um den Kaiser einzuschüchtern, sich mit Baner vereinigt hatte und am 16. Juli mit diesem vor Prag stand. Nach wenigen Tagen wurde freilich der Rückzug angetreten, weil eine Eroberung Prags aussichtslos und Arnim außerdem nicht dazu geneigt war, jedoch blieben die Heere in Nordböhmen und Schlesien stehen.

Man hätte meinen sollen, daß unter dem Eindruck dieser Verhältnisse der Kaiser nunmehr eher zu Konzessionen geneigt gewesen wäre. Dem war aber nicht so. Den kaiserlichen Gesandten

war der Zwiespalt zwischen Schweden und Sachsen bei ihren militärischen Operationen nicht entgangen, und ebensowenig, daß der schwache Vorstoß nach Böhmen nicht den geringsten Einfluß auf den bayerischen Kriegsschauplatz zugunsten der evangelischen Heere gehabt hatte. Der Fall von Regensburg am 16. Juli öffnete der kaiserlich-bayerischen Armee den Weg Donau aufwärts, am 6. August fiel Donauwörth, und wenige Tage später stand sie vor Nördlingen, dem Schlüssel des fränkischen Kreises.[134]) Unter diesen Umständen war an ein Nachgeben des Kaisers schwerlich zu denken. Dem Kurfürsten wollte er zwar jetzt die Lausitz als erbliches böhmisches Lehen, sowie 4 Ämter des Stiftes Magdeburg und die Administratur daselbst für seinen Sohn August einräumen. Dagegen sollten die strittigen geistlichen Güter nach dem Stande vom 2./12. November 1627 auf 40 Jahre im Besitze der jetzigen evangelischen Inhaber bleiben. Die Ausübung der Augsburger Konfession wurde gleichfalls nach dem Stande von 1627 den Reichsstädten und der Ritterschaft, nicht aber, außer Breslau und den Ständen, den Schlesiern trotz ihrer Aussöhnung mit dem Kaiser und der Bestätigung ihrer Privilegien im Dresdener Akkord von 1621 zugestanden.[135]) Obgleich Arnim in einem Gutachten diese Vorschläge heftig bekämpfte und auf die Anmaßungen der Kaiserlichen in Form und Inhalt aufmerksam machte, der Kurfürst auch in seinem Sinne die Gesandten instruierte, war nicht viel mehr zu erreichen. Auch der Versuch des Landgrafen Georg von Hessen, durch seinen persönlichen Einfluß und eine Reise nach Pirna die Verhandlungen zu beeinflussen, war ohne Erfolg.

Unter diesen Umständen mußte auch eine neue Verwendung des Kurfürsten für die mecklenburgischen Herzöge, um ihnen bei ihrer Restitution, die der Kaiser im Prinzip allerdings bereits zugestanden, wenn möglich noch günstigere Bedingungen zu verschaffen, wenig aussichtsreich erscheinen. Und doch meinte man hier noch einen kleinen Erfolg erzielen zu können. Auf eine weitere kurfürstliche Resolution vom 21. September gaben die kaiserlichen Räte nämlich eine neue Erklärung ab, in der sie die Bereit-

134) Vergl. Jacob, Von Lützen nach Nördlingen, Straßburg 1904, Kap. II.

135) Vergl. Palm, Die Konjunktion der Herzöge von Liegnitz, Brieg und Oels, sowie der Stadt und des Fürstentums Breslau mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und der Krone Schweden in den Jahren 1633—35. Zt. d. Ver. f. Gesch. u. Altert. Schlesiens, 3. Bd. 2. Heft, Breslau 1861.

willigkeit des Kaisers, die Herzöge zu restituieren, offiziell wiederholten und ihnen zwei Wege eröffneten, auf denen eine Aussöhnung erfolgen könnte. Die mecklenburgische Angelegenheit solle nämlich entweder auf Verlangen der Herzöge von neuem rechtlich untersucht werden, oder es solle bei einer Restitution auf dem Gnadenwege verbleiben. Voraussetzung war in beiden Fällen, daß sie sich dem Frieden fügten und im zweiten außerdem eine noch zu vereinbarende Satisfaktion leisteten. Der Kurfürst nahm sich der Sache weiter an und wies vor allem darauf hin, daß eine gütliche Beilegung der mecklenburgischen Angelegenheit und eine glimpfliche Behandlung der Herzöge viel dazu beitragen würde, auch die übrigen niedersächsischen Stände dem Frieden geneigt zu machen. Darauf erklärten denn die kaiserlichen Räte endlich, „daß ein billiger modus bedacht werden sollte, durch welchen gemeldete Herzöge mit gebührendem respect der kayſl. Maj. ihre völlige Aussöhnung erlangeten und aufs neue von der kayſl. Maj. mit ihren Fürstentümern chist beliehen werden möchten." [136]) Nicht durchsetzen können hatte der Kurfürst eine Entschädigung der Herzöge für ihre Vertreibung in der Höhe von 1000 Talern.[137])

Immerhin schien die eine Möglichkeit, die den Herzögen nunmehr offen stand, nämlich den so lange angestrebten Rechtsweg beschreiten zu können, einen Erfolg zu bedeuten. Doch war das wirklich nur scheinbar der Fall. Schon der geschraubte und unbestimmte Wortlaut der Erklärung ließ erkennen, daß eine neue Beschreitung des Rechtsweges kaiserlicherseits zum mindesten wenig erwünscht wäre und also auch geringe Aussichten auf Erfolg haben würde. Dem Kaiser lag offenbar daran, seine Autorität zu wahren und das etwa Unrechtmäßige der Absetzung der Herzöge nicht offen einzugestehen. Daß sein Entgegenkommen nur ein scheinbares war, sehen wir noch deutlicher aus der Form, in der dann die mecklenburgische Restitution endgültig in den Pirnaer Frieden aufgenommen wurde.[138]) Wieder finden sich hier zwar die beiden möglichen Wege für die Herzöge, ihr Land wiederzuerhalten, aber in der nachfolgenden Erklärung: „Nachdem aber S. Ch. D. usw. . . . ." ist nur noch die Rede davon, „es wollte J. K. M. aus kayserlichen Gnaden Sie die beiden Herzöge . . . bey Land und Leuten ganz ruhig verbleiben lassen." Und noch klarer tritt das in dem Memorial zutage, zu dem sich die Herzöge

[136]) Ohne Datum. Kop. A. D.: Pr. Fr. 2.
[137]) Georg von Hessen an Adolf Friedrich d. d. Leipzig, 22. Nov. 1634. Orig. A. S.: Fr.
[138]) S. Beilage Nr. 1.

gleichzeitig verpflichten mußten.[139]) Man verlangte hierin bis um 25. Februar 1635 a. St. ein „allerunterteniqstes Schreiben", worin die Herzöge „mit gebührendem respect bitten" sollten, „J. K. M. wolten geruhen, Ihnen allergnedigst zu condonieren alles, was irgend J. K. M. zuwieder und dero mißfallen vorgegangen . . . . und fortan Ihr allergnedigster Kayser und Herr zu sein und zu bleiben." Ferner forderte der Kaiser eine dreifach ausgefertigte Annahmeerklärung und endlich als Satisfaktion die Zahlung von 100000 Talern in 4 Terminen. Im Falle der Nichtbefolgung des Memorials sollten sie als Reichsfeinde behandelt werden.

Auch in allen übrigen Punkten gelang es dem Kurfürsten nicht, Vorteile von irgend welcher Bedeutung zu erzielen. Die Niederlage von Nördlingen, der dadurch bedingte Rückzug Banérs nach Thüringen und das Scheitern des Frankfurter Konvents mußten die Verhandlungen noch mehr zugunsten des Kaisers beeinflussen. Am 14./24. November sah sich der Kurfürst genötigt, den Pirnaer Frieden unterzeichnen zu lassen. Die Ratifikation sollte am 3./13. Januar 1635 in Aussig vorgenommen werden.

Betrachtet man den Inhalt des Friedensschlusses[140]), so muß man bekennen, daß die katholisch-habsburgische Politik des Kaisers einen ganzen Erfolg errungen hatte. Abgesehen von den Zugeständnissen an Kursachsen und einigen anderen, namentlich norddeutschen Ständen gegenüber, die sich dem kaiserlichen Einfluß doch stets mehr entzogen hatten, war in allen prinzipiellen Fragen, kirchlichen wie politischen, der Kaiser auf der ganzen Linie Sieger geblieben. Schon bald nach Beginn der Konferenzen hatte man kaiserlicherseits auch den Deckmantel präparatorischer Verhandlungen unbeschadet der dänischen Vermittlung fallen gelassen, und das Resultat zeigt, daß es sich nicht um einen bloßen Separatfrieden zwischen Kaiser und Kurfürst handelte. Der Pirnaer Friede sollte den deutschen Ständen, die man wegen der Kriegsgefahr und dringender Friedensnotwendigkeit leider nicht hätte hinzuziehen können, ohne weiteres diktiert werden. Schweden und Frankreich sollten ein-

---

[139]) S. Beilage Nr. 3.

[140]) Gedruckt in: Pirnische und Pragische Friedenspakten S. 9 ff. Ein Sonderdruck des Pirnaer Friedens existiert nicht. Vergl. Hitzigrath, Die Publizistik des Prager Friedens, Halle 1880, S. 42 Anm. 1. — Die neueste Darstellung bei Ritter III S. 588 ff.

geschlossen sein, wenn sie den Frieden annähmen und sofort den Boden des Reiches räumten. Mit Schweden wollte man freilich außerdem noch nach einem besonderen Memorial verhandeln. Zur etwaigen gewaltsamen Durchführung des Friedens wurde eine Reichsarmee von 80 000 Mann aufgestellt, zu der alle Stände den 80fachen Römerzug beisteuern sollten. Dem Kaiser stand das Kommando über 50 000, dem Kurfürsten das über 30 000 Mann zu. Beitrittserklärungen nahmen die katholischen Kurfürsten, der Kaiser und Kursachsen bis zum 15./25. Februar 1635 an, und am 8. März n. St. sollten die beiderseitigen Räte über die eingelaufenen Resolutionen beraten. Eine allgemeine gegenseitige Amnestie und Restitution aller Eroberten wurde zwar im Prinzip vom Kaiser zugestanden, in Wirklichkeit aber durch Ausnahmebestimmungen sehr beschränkt, und „die böhmischen Händel", wie „etliche wenige Personen und Güter, wovon noch später special-Communication schriftlich erfolgen soll", von vornherein ausgenommen. Ausgangspunkt der Amnestie war das Jahr 1630, für den niedersächsischen Kreis 1625. Gerade die wichtigsten Territorialstreitigkeiten, wie die hessische, pfälzische, hildesheimische und lothringische, waren in höchst ungenügender Weise für die rechtmäßigen Besitzer geregelt, indem sie auf spätere Entscheidung gestellt wurden. Unter gewissen Bedingungen sollten ferner auch die Restitutionen von festen Plätzen in den Oberkreisen, Regensburg, Donauwörth und endlich Mecklenburg erfolgen. Die Frage des Besitzes der geistlichen Güter wurde sehr zugunsten der Katholiken entschieden. Alle reichsunmittelbaren Stifter fielen demnach den Ständen zu, die sie bis zum 2./12. November 1627 besessen hatten, und zwar auf 40 Jahre. Dieser Termin lag allerdings vor dem Restitutionsedikt, aber in manchen norddeutschen Bistümern waren die Besitzer von 1627 nicht mehr vorhanden, und als Nachfolger wurden nun die während der Restitution gewählten katholischen Bischöfe präsentiert. Protestantischen Administratoren wurde das Reformationsrecht versagt und Sitz und Stimme auf Reichs- und Deputationstagen entzogen. Religionsfreiheit war zwar im Prinzip den Reichsständen nach dem Normaljahr 1627 eingeräumt, aber gleichzeitig bei manchen durch Sonderbestimmungen stark beschränkt. Gänzlich verwehrt wurde sie in den kaiserlichen Erblanden, obgleich sich der Kurfürst gerade für die Schlesier am angelegentlichsten verwendet hatte. Nur der Stadt Breslau und den Herzögen von Liegnitz, Brieg und Oels wurde

wenn sie sich unterwerfen würden, die Ausübung der ungeänderten Augsburgischen Konfession gestattet. Von einschneidender Bedeutung war ferner die Aufhebung und das dauernde Verbot sämtlicher bestehenden Sonderbündnisse der Reichsstände untereinander wie mit fremden Mächten, außer dem Kurfürstenverein und den Erbeinungen: ein letzter Versuch, die absolute Reichseinheit zu wahren. Der Privatsatisfaktion war endlich in der von den Kaiserlichen zuletzt vorgeschlagenen Weise Genüge getan.

Somit hatten denn die Bestrebungen des Kaisers und des Kurfürsten zum Ziele geführt, freilich zu einem Ziele, das dem Ideal des Kurfürsten recht wenig entsprach. Aber ein Zurück auf dem einmal eingeschlagenen Wege gab es nicht mehr. Durch die Ungunst der Verhältnisse sah sich der Kurfürst dem Kaiser plötzlich in die Arme getrieben, nachdem er mit Schweden endgültig gebrochen hatte. Freilich bedeutete der Abschluß einen diplomatischen Sieg über Oxenstierna, umsomehr, als dieser in Frankfurt sein Ziel nicht zu erreichen vermocht hatte, und wir sehen jetzt auch ein, wie die kaiserlich-sächsischen Verhandlungen auf die Frankfurter lähmend einwirken und endlich den Kaiser auch zur Aufgabe der dänischen Interposition veranlassen mußten.

Alles hing jetzt davon ab, ob es den beiden Verbündeten gelingen würde, die übrigen deutschen Stände hinter sich her zu ziehen. Nur dann konnte man hoffen, einen Frieden herzustellen, der auch von den auswärtigen Mächten anerkannt werden mußte.

Wir sahen, wie groß bei den deutschen Ständen, namentlich denen der sächsischen Kreise, die Friedenssehnsucht war, und wie auf der anderen Seite Oxenstierna sich auf dem Frankfurter Konvent die obersächsischen Stände gänzlich, die niedersächsischen zum wenigsten stark entfremdet und die Oberkreise endlich Frankreich in die Arme getrieben hatte. Wie würde nun dieser neue energische Versuch, den Frieden herbeizuführen, von den Ständen wie von Schweden aufgenommen werden? Würde sie der Einfluß der neuen Verbündeten, das sinkende Kriegsglück der schwedischen Waffen, die Friedenssehnsucht sowie eine genügende Sicherstellung und Befriedigung ihrer Ansprüche vermögen, dem Frieden beizutreten, würden sich Schwedens Ansprüche und seine Stellung in Deutschland damit vereinigen? Fragen, die auch für die Mecklenburger ausschlag- und richtunggebend werden mußten.

Als die mecklenburgischen Gesandten Frankfurt verlassen hatten, mußten sie sich sagen, daß ihre Reise (zu der sie bis zum 25. August 2069 Taler verbraucht hatten) umsonst gewesen war. Sie waren im Sinne ihrer Fürsten für einen bedingungsweisen Anschluß des niedersächsischen Kreises an den Heilbronner Bund und ein Zusammengehen aller Evangelischen mit Schweden bis zu einem unter dänischer Vermittlung zu schließenden Frieden eingetreten. Sie hatten in Rücksicht auf den Feind den Hauptabschied unterzeichnet, der doch in Wirklichkeit zu nichts verpflichtete. Sie hätten endlich durch den Nebenabschied bei der Kriegsorganisation und den Verpflichtungen gegen Schweden wie gegen den Kreis Bedingungen erreicht, die, falls Oxenstierna den Vertrag ratifiziert hätte, ihr Land von manchen Lasten befreit und den schwedischen Einfluß bedeutend eingeschränkt haben würde.

So aber blieb alles beim alten; die schwedische Allianz und die Halberstädter Beschlüsse blieben weiter die rechtlichen Grundlagen der mecklenburgischen Kriegsverpflichtungen. Die Gesandten brachten daher aus Frankfurt wieder nur neue Mahnungen Schwedens wie des Kreises mit, den Verpflichtungen nachzukommen.[141]) Die Nördlinger Schlacht verlieh solchen Klagen über nicht eingehaltene Verpflichtungen noch größeren Nachdruck, und die von allen Seiten einlaufenden schriftlichen Bitten, Mahnungen und Drohungen mehrten sich ständig; denn Mecklenburg war mit seinen Zahlungen arg im Rückstand.

Als die Gesandten in der Heimat eintrafen, verhandelte der Landtag in Sternberg schon geraume Zeit über die Geldforderungen der Landesherrn, die ihren Ständen jetzt erst die Halberstädter Beschlüsse vorlegen konnten, weil ein auf den 15. Juni angesagter Landtag auf Ersuchen der Stände wegen der Ernte bis zum 9. September aufgeschoben war. Abgesehen von bedeutenden Mitteln zur Bezahlung herzoglicher Schulden und den noch restierenden Subsidiengeldern an Schweden[142]), forderten die Herzöge zur Kreishülfe laut Halberstädter Beschlusses für Juli und August den 12fachen Römerzug,

[141]) Von „Frankfurter Forderungen" im Sinne von Schnell a. a. O. S. 81 kann nicht die Rede sein; denn der im Nebenabschied bewilligte halbe monatliche Römerzug, 278 Taler 8 Gr. für die Besoldung der Bundesbeamten sowie Beiträge zur Munition und Proviant, sind nie gefordert worden, weil der Abschied nicht in Geltung trat.

[142]) Noch ca. 20 000 Taler. Königin Christine an Adolf Friedrich d. d. 25. Sept. 1634. Orig. A. S.: Suec.

13 360 Taler, für Munition 5149 Taler, für Legationen 556 Taler 16 Groschen, für Proviant (2318 Malter) 8123 Taler. Nach Abzug der bereits von den Landesherrn bezahlten Summen und 4000 dem Kommandanten von Wismar bereits angewiesenen, aber noch nicht bezahlten Talern, blieben noch 5098 Taler. Nicht berücksichtigt war eine außerordentliche niedersächsische Forderung von 30 000 Maltern Getreide, die von den Frankfurter Gesandten nur ad referendum angenommen war. Endlich gingen die Fürsten damit um, zur besseren Verteidigung des Landes eigene neue Truppen zu werben, die man freilich, falls Oxenstierna sich darauf einlassen würde, von den restierenden schwedischen Hülfsgeldern unterhalten wollte. Nach langwierigen Verhandlungen, die sich bis kurz vor Weihnachten hinzogen und in denen sich die Stände wie die beiden Herzöge untereinander und gegenseitig über die Form der neuen Steuern stritten und die Stände die Gelegenheit benutzten, ihre ungezählten „gravamina" anzubringen, bewilligte man endlich die geforderten Mittel.[143])

Es war wie ein Tropfen auf den heißen Stein; denn während des Landtages mehrten sich fast täglich die Lasten. Auf dem Kreistage zu Uelzen im Oktober 1634 wurde wieder lebhaft Klage geführt, namentlich von Seiten des Kreisobersten, Herzogs Georg von Braunschweig-Lüneburg, der über den schlechten Zustand der niedersächsischen Armee Beschwerde führte und energisch auf Befolgung der Halberstädter Beschlüsse drang. Mecklenburg erklärte, es an nichts fehlen lassen zu wollen und war sogar bereit, an der Lieferung der 30 000 Malter Getreide sich zu beteiligen, wenn die anderen Stände das gleiche täten. Man beschloß, daß die restierenden Gelder in 4 Wochen aufgebracht sein müßten, und erteilte endlich noch Mecklenburg den heiklen Auftrag, beim Reichskanzler wegen ausgebliebener Leistungen der unter schwedischer Herrschaft stehenden Stifter Magdeburg und Halberstadt vorstellig zu werden.[144])

Daß man es mit den Beschlüssen aber nicht so genau nahm, zeigte sich auf dem nächsten Kreistage zu Lüneburg, im Dezember 1634. Hier war die Schuld Mecklenburgs an den Kreis bereits auf 43 716 Taler angelaufen. Man suchte dies in erster Linie

[143]) Spalding, Mecklenburgische öffentliche Landesverhandlungen, II. Bd, Leipzig 1795, S. 270 ff. Vergl. Franck, Altes und neues Mecklenburg, Güstrow u. Leipzig 1756, XIII. Buch, S. 155.

[144]) Kreisabschied d. d. 21. Okt. 1634. Kop. A. S.: Kreisf.

mit der Unterhaltung der schwedischen Garnisonen in Wismar und Warnemünde zu entschuldigen, für die man vom Januar bis Oktober 1634 49 993 Taler aufgewendet habe. Nun betrug in der Tat nach der schwedischen „Ordnung für den Unterhalt der Völker in Deutschland" der Aufwand für die 12 Kompagnien etwa 4000 Taler monatlich ohne Munition, Befestigungen usw., die zunächst von der Landeskontribution bezahlt und nachdem aus der Kreiskasse ersetzt werden sollten. Nach mecklenburgischer Behauptung erreichte die Summe aller zum Unterhalt von Truppen bezahlten Gelder, wozu Mecklenburg in der Höhe des 18fachen Römerzuges verpflichtet war, einschließlich der schwedischen Garnisonen eine Höhe von 28 Römermonaten. Um diese doppelte Last abzuwälzen, schlugen die Herzöge vor, 2000 Taler von den Kreishülfsgeldern an die Wismarer Garnison zahlen zu dürfen, womit aber wiederum der Kreis nicht einverstanden war.[145]) Aus diesem Zirkel sich herauszuwinden, war für die Herzöge in ihrer Geldnot nicht leicht. Die Lieferungen an Wismar ließen denn auch, wie wir aus zahlreichen Mahnschreiben Oxenstiernas, des Residenten Grubbe und der schwedischen Regierung sehen, viel zu wünschen übrig.

Zu alledem nahte mit einbrechendem Winter wieder die Sorge vor Einquartierungen im Lande. Schon im September hatte Baner vom böhmischen Kriegsschauplatze aus um einen Werbeplatz in Mecklenburg angehalten, den ihm Adolf Friedrich jedoch mit Rücksicht auf seine beabsichtigten eigenen Werbungen abschlug. Nunmehr bat er Mitte Oktober um Ergänzung der mecklenburgischen Regimenter Ilefeld und Dewitz. Er wollte diese selbst nicht entlassen[146]), ersuchte aber dagegen um Aufnahme der in der Nähe befindlichen 12 Kompagnien des Oberstleutnants Oesterling. Trotz der beweglichsten Gegenvorstellungen Adolf Friedrichs bei Oesterling, der sich auf den direkten Befehl berief, im Stift Bützow Quartier zu nehmen, rückten die schwedischen Völker schon Anfang November in die südlichen Ämter Dömitz und Lübtheen ein und hausten dort ziemlich gewalttätig.[147]) Beschwerden bei Baner und Grubbe hatten nicht den geringsten Erfolg. Im De-

[145]) Adolf Friedrich an Hans Albrecht d. d. Lübz, 20. Nov. 1634; dgl. an den schwedischen Residenten Grubbe. Konz. A. S.: Suec.

[146]) Wir finden sie im Nov. 1634 in Herschleben bzw. Altenburg. Quartierzettel der Banerschen Armee. A. S.: Inv. host. Vol. XVI.

[147]) Die Herzogin-Witwe Sofie klagt bereits am 30. Sept. in einem Schreiben an Adolf Friedrich über Beunruhigung ihres Witwensitzes Lübz. Orig. A. S.: Inv. host. Vol. XVIII.

zember finden wir Oesterling Baners Befehl gemäß in Warin. — Im November hatten nun auch 12 Kompagnien niedersächsischen Volks den Befehl erhalten, in Mecklenburg Winterquartiere zu nehmen, und zwar 6 Kompagnien Fußvolk unter Oberst Kriechbaum und 6 Kompagnien Reiterei unter Oberst Wurm. Da die Herzöge laut Halberstädter Schlusses zur Aufnahme und Verpflegung dieser Truppen verpflichtet waren, zögerten sie nicht, die nötigen Anweisungen ergehen zu lassen. Dagegen wendete Adolf Friedrich alles auf, die schwedischen Völker, die aus Eigenmächtigkeit Baners ins Land gekommen waren und die Einquartierungslast unerträglich machten, wieder zu entfernen. Georg von Braunschweig-Lüneburg und die niedersächsischen Befehlshaber unterstützten ihn dabei. Kriechbaum erhielt die Anweisung, die Quartiere im gegebenen Falle mit Gewalt zu behaupten, und im Januar 1635 sogar den direkten Befehl, die schwedischen Völker vertreiben zu helfen. Es wäre fast zum offenen Kampfe gekommen, als der niedersächsische Oberst mit Wissen und im Einverständnis Adolf Friedrichs und Georgs einen Anschlag auf Warin plante. Das Ende war, daß Adolf Friedrich endlich doch sich genötigt sah, dem Oberst Oesterling, mit dem er persönlich zusammentraf, Quartiere im Stifte Schwerin anzuweisen. Das geschah freilich erst im März 1635, nachdem den ganzen Winter hindurch die Reibereien fortgedauert und schwedische wie niedersächsische Truppen dem Lande reichlichen Schaden zugefügt hatten. Namentlich die Ämter Gadebusch, Parchim, Dömitz und Wittenburg waren davon betroffen. Die Niedersachsen zogen im März, die Schweden erst im April 1635 ab.[148])

So lagen schon gegen Ausgang des Jahres 1634 die Dinge in Mecklenburg recht wenig erfreulich, als die ersten näheren Nachrichten über die Pirnaer Verhandlungen eintrafen, die sowohl in Leitmeritz wie in Pirna mit der größten Heimlichkeit betrieben worden waren. Man wußte im Reiche wohl, daß etwas, nicht aber, was im Gange wäre. Gerüchte verbreiteten sich in Menge, die teils das Beste hoffen, teils das Schlimmste befürchten ließen. Getadelt wurde auf evangelischer Seite vor allem, daß die übrigen Stände nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen wären, wo es

[148]) Oesterling soll allein für seine Person in Warin vom 28. Dez. 1634 bis 18. Jan. 1635 4000 Taler aufgebraucht haben. Georg von Braunschweig-Lüneburg setzte den Unterhalt des niedersächsischen Volkes für eine Kompagnie Reiter auf monatlich 724 Taler, für Infanterie auf 366 und für die Stäbe auf 500 bzw. 249 Taler fest. — Baner verlangte für jede Kompagnie 800 Taler Werbegeld. A. S.: Inv. host. Vol. XVII u. XVIII.

doch ein allgemeiner Friede werden sollte.[149]) Auch aus den Bewegungen der sächsischen Truppen, die Böhmen und Schlesien verließen und die schwedischen in ihren Quartieren in Thüringen und Magdeburg bedrängten, schloß man auf den Fortgang der Verhandlungen.[150])

Die mecklenburgischen Herzöge hatten nach dem Scheitern des Frankfurter Konvents und der dänischen Vermittelung, wodurch die Aussicht auf Frieden von dieser Seite wieder in weite Ferne gerückt wurde, ihr Augenmerk bereits auf die Pirnaer Verhandlungen gerichtet. Sie hatten an den Kurfürsten von Sachsen geschrieben, sich für die mecklenburgische Sache beim Kaiser zu verwenden und ihnen besonders Mitteilung von den Beratungen zugehen zu lassen. Dieselbe Bitte erging an Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt, um dessen vermittelnde Tätigkeit, vielleicht auch seine Reise nach Pirna, man wußte.[151]) Wie und mit welchem Erfolge sich der Kurfürst in der Tat der Herzöge annahm, sahen wir bereits.

Die ersten bestimmten Nachrichten von den Mecklenburg betreffenden Artikeln des Pirnaer Friedens gingen Adolf Friedrich am 3. Dezember durch eine vertrauliche Mitteilung Georgs von Hessen zu.[152]) Hans Albrecht kannte die Bestimmungen bereits am 23. November. Die übrigen Artikel wurden noch nicht mitgeteilt. Nur einige allgemeine Bemerkungen hatte der Landgraf hinzugefügt, die aber sehr rosig gefärbt waren, die Verdienste des Kurfürsten um das Zustandekommen des Friedens über Gebühr hervorhoben und die Sache so darstellten, als ob der Kaiser anfangs Mecklenburg überhaupt nicht in den Frieden habe aufnehmen wollen und es nur der unermüdlichen, aufopfernden und selbstlosen Tätigkeit des Kurfürsten zu verdanken gewesen sei, daß bei Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen an dieser Frage für Mecklenburg soviel erreicht wäre.

[149]) Adolf Friedrich an Lohausen d. d. Sternberg, 8. Okt., u. Schwerin, 6. Nov. 1634. Konz. A. S.: Hausarch., Briefwechsel mit Lohausen.

[150]) Baner an Oxenstierna d. d. Erfurt, 7., 26. und 30. Okt. 1634. Rikskansleren Axel Oxenstiernas Skrifter och Brefvexling. VI. Johan Baners Bref 1624—1641, Stockholm 1893, S. 152 ff.

[151]) In erster Linie war es Hans Albrecht, der am 30. Sept., 1. und 6. Nov. 1634 derartige Briefe nach Dresden richtete. Adolf Friedrich schloß sich erst am 6. Nov. seinem Bruder an. Orig. A. D.: Pr. Fr. 2 u. 3.

[152]) Georg von Hessen an Adolf Friedrich d. d. Leipzig, 22. Nov. 1634. Orig. A. S.: Fr.

Das entsprach nun, wie wir sahen, nicht den Tatsachen. Es geht aber daraus hervor, wie sehr man sich in Dresden Mühe gab, den Frieden im günstigsten Lichte erscheinen zu lassen, um seine Annahme von Seiten der evangelischen Stände zu befördern. In diesem Sinne gingen denn auch des Kurfürsten Schreiben aus, den Frieden bei den evangelischen Fürsten zu empfehlen und sie gleichzeitig zu einer auf den 30. Dezember angesetzten Konferenz nach Dresden einzuladen, wo er in vertraulichen Unterhandlungen etwaige Bedenken einzelner Fürsten gegen den Friedensschluß zu zerstreuen hoffte.[153]) Denn daß solche laut werden würden, sagte sich der Kurfürst wohl selbst. Und in der Tat erhoben sich bei dem allmählichen Bekanntwerden der Friedensartikel, die außerdem noch durch einseitig gefärbte Darstellungen oder Übertreibungen in Zeitungen u. dgl. Bestürzung erregten, fast überall im evangelischen Lager mehr oder weniger laute Stimmen der Entrüstung über allgemeine oder spezielle Bestimmungen des Friedens. Wo näheres nicht bekannt war, herrschte zum mindesten Mißtrauen vor.[154])

Auch in Mecklenburg waren die Herzöge mit den Bestimmungen, die sie in Sonderheit angingen, durchaus nicht zufrieden. Die rechtliche Restitution ihres Landes hatte ihnen im Falle des Friedens eine Selbstverständlichkeit gedünkt, wo sie doch nach der Wallensteinschen Episode durch Gustav Adolfs Eingreifen schon ununterbrochen im tatsächlichen Besitz gewesen waren und nach dem Tode Wallensteins auch niemand außer ihnen rechtliche Ansprüche mehr erheben konnte. Die Ächtung Wallensteins, des „Verräters", war ihnen ein weiterer Beweis für das Unrechtmäßige ihrer Vertreibung. Daher wollten sie die Aussöhnung nicht als kaiserliche Gnade, wie es der Frieden doch trotz Erwähnung und scheinbaren Zugeständnisses des Rechtsweges darstellte, sondern als ihr gutes Recht aufgefaßt wissen. So erschienen ihnen die Forderungen des Kaisers, demütige Abbitte und Zahlung eines Strafgeldes, sowohl ungerecht und beleidigend, wie materiell beschwerend. Sie hatten im Gegenteil eine Entschädigung für ihr 4jähriges Exil, währenddessen ihnen Wallenstein ihre Einkünfte entzogen hatte und sie sich in Schulden hatten stürzen müssen, für angebracht gehalten. Wenn sie darauf nun

[153]) Johann Georg an Adolf Friedrich d. d. Dresden, 25. Dez. 1634. Orig. A. S.: Fr. Dgl. an Hans Albrecht, die sächsischen Herzöge, Pommern, Anhalter Fürsten, Hessen u. a. Konz. A. D.: Pr. Fr. 3.

[154]) Vgl. Hitzigrath, Publizistik des Prager Friedens S. 8 f.

auch, um den Frieden nicht zu stören, verzichten wollten, schien ihnen doch die bedingungslose Restitution ihres Landes und die Anerkennung ihres guten Rechts als das Mindeste, was sie verlangen konnten. Prinzipielle Bedenken gegen den Frieden hatten sie dagegen, soweit er ihnen bekannt war, nicht, weil sie hofften, daß er allgemein zur Durchführung kommen und so ein Ende des Krieges bedeuten würde. Vor allem erwarteten sie bestimmt eine genügende Berücksichtigung Schwedens; denn ein Friedensschluß ohne oder gar gegen Schweden verbot sich im Hinblick auf die schwedisch-mecklenburgische Allianz nach wie vor von selbst. So empfahl denn auch der Schweriner Kanzler Cothmann, der gleich nach Eintreffen des kurfürstlichen Schreibens vom 25. November von Adolf Friedrich um seine Meinung befragt wurde, mit ausdrücklichem Hinweis auf die Artikel 4, 17 und 18 des Bündnisses die größte Vorsicht und vorläufig eine abwartende Haltung; denn in jenen Artikeln wurde ganz unzweideutig jeder Partei die Möglichkeit genommen, sich ohne Wissen und Einwilligung der anderen in Unterhandlungen mit dem Feinde einzulassen oder gar Frieden zu schließen.[155]) Adolf Friedrich folgte dem Rate seines Kanzlers, mit dem er am 28. Dezember eine persönliche Konferenz hatte[156]), und verhielt sich der Aufforderung des Kurfürsten wegen Abfertigung einer Gesandtschaft nach Dresden gegenüber zunächst ablehnend, um alles zu vermeiden, was bei Schweden Anstoß oder Verdacht erregen könnte.

Hierbei geriet er aber in eine Meinungsverschiedenheit mit seinem Bruder, der eine solche Gesandtschaft zur Vertretung der mecklenburgischen Interessen in Dresden für unbedingt erforderlich hielt und, als Adolf Friedrich seine Entschließung über diese Frage hinausschob, ohne diese abzuwarten, am 30. Dezember seinen Rat Hans Zacharias von Rochow nach Dresden abfertigte. Dieser sollte sich vor allem von sämtlichen Artikeln des Friedens Kenntnis verschaffen und sodann versuchen, die Mecklenburg belastenden Bestimmungen, wenn nicht zu hindern, so doch zu mildern, besonders aber auf eine „justificatio ex Apologia" zu dringen. Auch das schwedische Interesse und die notwendige Rücksichtnahme auf das mecklenburgische Bündnis sollte er betonen und in Erinnerung bringen, falls dies im Frieden nicht in genügender Weise geschehen wäre.

[155]) Cothmann an Adolf Friedrich d. d. Neustadt, 24. Dez. 1634. Orig. A. S.: Fr.

[156]) Tagebuch Adolf Friedrichs. Orig. A. S.: Hausarch.

Adolf Friedrich war über die Eigenmächtigkeit seines Bruders äußerst erzürnt und wollte sich aus den erwähnten Gründen auch nicht zu einer nachträglichen Instruktion, deren Vereinbarung Hans Albrecht ihm vorschlug, verstehen.[157]) Er richtete indessen an den Kurfürsten ein vertrauliches Handschreiben, das seine obigen Einwendungen gegen die Friedensbedingungen enthielt, namentlich für Mecklenburg die Restitution per viam justitiae verlangte und den Kurfürsten um weitere dahingehende Verwendung bat.[158]) Gleichzeitig ging an dieselbe Adresse eine offizielle Antwort auf die Mitteilungen des Kurfürsten, die ihm für seine Bemühungen um den Frieden dankte, das Ausbleiben seines Gesandten mit zu spätem Eintreffen der Einladung entschuldigte und endlich der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Friede ein allgemeiner werden und das Interesse aller evangelischen Stände, vor allem aber das der Krone Schweden für ihre treuen Dienste gewahrt würde.

Dies letzte Schriftstück hatte jedoch nur den Zweck, in Abschrift neben der des kurfürstlichen Schreibens vom 25. November an Oxenstierna geschickt zu werden und durch die darin zutage tretende völlig unverfängliche Aufnahme der Mitteilungen des Kurfürsten zu zeigen, daß Mecklenburg sich seiner Pflichten gegen Schweden wohl bewußt wäre.[159]) Das Eingehen auf den Frieden im Handschreiben zeigt andererseits, wie Adolf Friedrich sich auch nach der Seite hin alle Wege offen halten wollte. Er teilte aber nicht die Ansicht seines Bruders, daß in dem Friedensschluß und seiner Annahme zugleich „finis belli et foederum", und also kein Bruch der schwedischen Allianz läge. Diese Auffassung Hans Albrechts widerlief doch unzweifelhaft dem Artikel 4, der das Verbot jeglicher Verhandlungen „nisi auctore rege Sueciae" aussprach. Mit Recht fürchtete Adolf Friedrich, durch eine Gesandtschaft nach Dresden in dieser Sache bei Schweden Anstoß zu erregen, und überließ die Verantwortung dafür seinem Bruder.

Mitbestimmt wurde er für seine Haltung durch die anderen niedersächsischen Fürsten, namentlich den ausschreibenden Herzog

---

157) Am 3. Jan. 1635 fanden hierüber in Sternberg ergebnislose Verhandlungen zwischen Schweriner und Güstrower Räten statt. Protokoll Orig. A. S.: Fr.

158) Adolf Friedrich an Johann Georg d. d. Schwerin, 30. Dez. 1634. Konz. A. S.: Fr.'

159) So wurde auch die für Oxenstierna berechnete Abschrift des kurfürstlichen Schreibens von dem an Hans Albrecht gerichteten Exemplar genommen, weil hierin nicht von den vertraulichen Eröffnungen des Landgrafen von Hessen die Rede war.

August von Braunschweig-Lüneburg, der ebenfalls eine abwartende Stellung einnahm und von einer Gesandtschaft nach Dresden absah. Auf dem Lüneburger Kreistag vertrat er dann die auch durchdringende Ansicht, man müsse erst genaue Kenntnis von den Friedensartikeln haben und Kursachsen bitten, zwecks näherer Verhandlungen darüber einen gemeinsamen Konvent der beiden sächsischen Kreise zu berufen. Johann Georg kam jedoch diesem Wunsche nicht nach, weil ihm die Einladung an einige Fürsten, ihre Gesandten nach Dresden zu schicken, zu genügen schien und er ja zu Verhandlungen mit den evangelischen Ständen über die Friedensbedingungen gar nicht berechtigt war.

Die Gesandten der nach Dresden eingeladenen Stände, nämlich der Herzöge von Sachsen, Mecklenburg-Güstrow, des Fürsten von Anhalt, des Landgrafen Wilhelm von Hessen und des Markgrafen Christian von Brandenburg-Kulmbach waren gegen Ende Dezember 1634 und Anfang Januar 1635 dort eingetroffen. Hier erfuhren sie zunächst, daß die Ratifikation des Friedens vom Kaiser auf den 3./13. Februar verschoben wäre, weil die Gutachten der Kurfürsten von Mainz und Köln noch nicht eingelaufen wären. Der Kurfürst selbst war nicht anwesend, und so fanden Verhandlungen der Gesandten mit seinen Räten statt, die aber nicht etwa in einer Besprechung der einzelnen Artikel, sondern lediglich nur in einer Zurückweisung der von den Gesandten im Namen ihrer Fürsten vorgebrachten Beschwerden, Einwände und Änderungsvorschläge bestanden. Es handelte sich nach der Auffassung des Kurfürsten für die Stände nur noch um Annahme oder Ablehnung des Friedens. Die Möglichkeit irgendwelcher Änderungen schien ihm völlig ausgeschlossen.

Der Gesandte Hans Albrechts, der später als die übrigen eingetroffen war, hatte am 16. Januar eine Konferenz mit Dr. Tüntzel und Timäus, wobei er die Bedenken seines Herzogs über den Frieden vorbrachte, aber auch nichts weiter erreichte, als daß ihm, wie den anderen Gesandten, die Friedenspunkte mit Ausnahme einiger Nebenrezesse zur Abschrift überlassen wurden.[160]) Obgleich der Kurfürst, wie die Räte versicherten, mit ihm noch über das Handschreiben Adolf Friedrichs sprechen wollte, trat er nach einigen Tagen die Rückreise an. Auch die übrigen Gesandten drangen auf Abfertigung, und nur wenige traf der Kurfürst bei seiner Rückkehr Ende Januar noch an. Sie bekamen die Bitte

[160]) Protokoll A. D.: Pr. Fr. 3.

mit auf den Weg, „zur Annahme des Friedens getreulich zu kooperieren".[161])

Nunmehr verbreitete sich die genauere Kenntnis der Pirnaer Artikel durch weitere sogenannte „vertrauliche Kommunikation" der in Dresden vertreten gewesenen Fürsten an andere Stände schneller und trug nicht dazu bei, sie dem Frieden geneigter zu machen, zumal da einer der bedeutendsten Reichsstände, der Kurfürst von Brandenburg, auf dessen Gewinnung es vor allem ankommen mußte, eine ablehnende Haltung einnahm.

Johann Georg hatte in den ersten Tagen des Januar 1635 eine besondere Gesandtschaft an den Berliner Hof abgefertigt, um ihn zur Annahme des Friedens zu bewegen, und zwar ebenfalls ohne weitere Verhandlungen. Georg Wilhelm aber wollte von einer solchen bedingungslosen Annahme nichts wissen und forderte zum mindesten eine Verschiebung des Ratifikationstermins, damit vorher alle evangelischen Stände eine Mitteilung der Friedensartikel erhalten und darüber verhandeln könnten. Ebenso schien ihm eine vorherige Verständigung mit Schweden und Frankreich unbedingt notwendig, obwohl ihm der Pirnaer Friede im Falle der Annahme den unangefochtenen Besitz Pommerns garantierte. Er mochte das vielleicht nicht mit Unrecht als ein Lockmittel ansehen.[162]) Die Sendung Arnims nach Berlin hatte keinen besseren Erfolg; der Kurfürst brachte nur immer neue Bedenken über einzelne Punkte des Friedens vor, die in Dresden aber ihre Ablehnung fanden.[163])

Nicht besser erging es den Vorstellungen anderer deutscher Stände, so Pommerns und Wilhelms von Hessen, oder denen der französischen Botschafter. Der Kurfürst fürchtete ängstlich, durch Verhandlungen mit den Evangelischen über den Frieden die kaiserliche Ratifikation zu verscherzen und dadurch das Friedenswerk zum Scheitern zu bringen, während der Kaiser den endgültigen Abschluß immer wieder verschob, weil seine Verhandlungen mit den katholischen Ständen noch nicht zu Ende gediehen waren.

Inzwischen war es am 18. Februar 1635 in sicherer Erwartung des definitiven Friedensschlusses zu einem Waffenstillstand zwischen den kaiserlichen und kursächsischen Truppen gekommen,

---

[161]) Helbig a. a. O. S. 606 f.

[162]) Kurfürstliche Resolution d. d. Cöln, 28. Jan. 1635. Kop. A. S.: Fr.

[163]) Helbig a. a. O. S. 608 f.

in den auch Kurbrandenburg, Wilhelm von Weimar, wenn er sich unter des Kurfürsten von Sachsen Kommando begebe, sowie Georg von Lüneburg als General des niedersächsischen Kreises eingeschlossen werden sollten.[164]) Damit war den Kämpfen an der sächsisch-böhmischen Grenze, die trotz der Friedensunterhandlungen nicht aufgehört und dem Kurfürsten manchen Abbruch getan hatten, ein Ende gemacht, die Winterquartiere geregelt und angedeutet, welche Mächte oder Führer man künftig als Feinde anzusehen habe.

Es handelte sich vor allem um Wilhelm von Hessen und Schweden, von denen man schwerlich einen Anschluß an den Frieden erwartete. Während man mit ersterem aber später noch zu unterhandeln geneigt war, wurden die Truppen Baners mehr und mehr in ihren Quartieren bedrängt. Schon im Januar hatte der Kurfürst von ihm die Räumung des ganzen obersächsischen Kreises verlangt, und nur mit Mühe behauptete er sich in den Stiftern Erfurt und Magdeburg. Einzelne Regimenter suchte er wohl in die Altmark oder den niedersächsischen Kreis abzuschieben, wogegen dann wieder die betroffenen Fürsten, namentlich Georg von Lüneburg, protestierten.[165]) Auch Mecklenburg widersetzte sich, wie wir sahen, schwedischer Einquartierung. So gestaltete sich die Lage Schwedens immer mißlicher. Auf dem süddeutschen Kriegsschauplatze hatte die Schlacht bei Nördlingen den katholischen Heeren den Weg nach Franken, Schwaben und an den Rhein gebahnt. Württemberg war das erste Opfer der überall dem siegreichen Heere auf dem Fuße folgenden katholischen Restitution. Baden und die rechtsrheinische Pfalz hatten dasselbe Schicksal. Überall wurden die von Schweden wieder eingesetzten und mit Schenkungen auf Kosten katholischer Stände reich bedachten evangelischen Fürsten von neuem vertrieben, der kirchliche Besitzstand des Jahres 1629 wieder hergestellt. Einige feste Plätze hielten sich länger. So fiel Augsburg erst am 3. März, Heidelberg am 17. Juni, Mannheim und das linksrheinische Frankenthal noch später.[166])

Oxenstierna hatte den Leitmeritz-Pirnaer Verhandlungen begreiflicherweise von vorneherein mit dem größten Mißtrauen gegenübergestanden. Sie waren ihm freilich von den kursächsischen Gesandten in Frankfurt als Vorverhandlungen zu dem beabsich-

[164]) Gedruckt bei Londorp IV S. 456 f.
[165]) Baner an Oxenstierna d. d. Egel, 11. und 27. Jan., 4. und 10. Febr. und 6. März 1635. Oxenstiernas Skrifter VI S. 175 ff.
[166]) Ritter III S. 582 f.

tigten allgemeinen Konvent gepriesen worden, und Oxenstierna mußte sie als solche in der Öffentlichkeit wohl oder übel gutheißen, weil er doch die dänische Vermittelung auf alle Weise fördern wollte und nicht als Friedensstörer erscheinen durfte. Aber wie er letztere in Wirklichkeit verschleppte, warnte er die deutschen Stände immer wieder vor allen „Sondertraktaten". Die ängstliche Geheimhaltung der Verhandlungen, nicht minder die Behandlung der dänischen Vermittelung durch den Kaiser und die Truppenbewegungen der verhandelnden Parteien bestärkten den Reichskanzler bald darin, daß es sich um mehr als „präparatorische" Verhandlungen handelte und daß für Schweden nichts Gutes dabei herauskommen werde.

Nähere Nachrichten über die Bestimmungen des Friedens erhielt Oxenstierna erst nach längerer Zeit durch Georg von Hessen, der aber auch nur die wichtigsten Artikel nannte, ohne mit einer Abschrift des gesamten Vertrages herauszurücken.[167]) Weiter erfuhr der Reichskanzler einiges durch Baner und Landgraf Wilhelm von Hessen, und wußte so bald genug, um sich ein Bild von dem Frieden machen und ermessen zu können, was er für Schweden bedeutete.[168])

Nicht mehr und nicht weniger wurde in diesem ohne Beteiligung einer der wichtigsten kriegführenden Mächte vereinbarten Frieden verlangt, als ihn ziemlich bedingungslos bis zum 25. Februar 1635 anzunehmen, auf alle errungenen Erfolge zu verzichten und in bestimmter Frist den deutschen Boden zu räumen. Damit wäre der deutsche Krieg, der den Schweden viel Geld und Blut, der ihnen das Leben ihres Königs gekostet hatte, zu einer bloßen Episode, einem Abenteuer herabgedrückt worden. Ganz abgesehen von den weitreichenden Plänen Gustav Adolfs wäre auch nicht der geringste positive Erfolg erzielt worden und nur der „hohe Nachruhm" geblieben. So sehr sich auch nach dem Scheitern des Frankfurter Konvents, der Nördlinger Schlacht und ihren Folgen der Gedanke beim Reichskanzler befestigt hatte, sich sobald wie möglich mit Ehren und einigem Gewinn aus diesem Kriege herauszuwickeln[169]), einem solchen Frieden gegen-

[167]) Oxenstierna an seine Regierung d. d. Mainz, 6. u. 8. Jan. 1635. Handlingar 33, S. 20 und 44 ff.

[168]) Baner an Oxenstierna d. d. Erfurt, 7., 26. u. 30. Okt. und 3. Dez. 1634, Egel, 27. Jan., 4. Febr. und 6. März 1635. Oxenstiernas Skrifter VI S. 151 ff. Wilhelm v. Hessen an Oxenstierna d. d. Kassel, 29. Dez. 1634, 13. u. 27. Jan. 1635, ebenda VII S. 572 ff.

[169]) Oxenstierna an seine Regierung d. d. Mainz, 28. Okt. 1634. Handlingar 32, S. 257.

über konnte sein Standpunkt keinen Augenblick zweifelhaft sein. Nichts als eine Geldentschädigung war in dem Friedensvertrage für Schweden in Aussicht gestellt, alle Satisfaktionsansprüche aber an Land und Leuten als des Reiches unwürdig abgewiesen. Mit einer Summe, die man zunächst auf 4 Tonnen Goldes bemessen, dann eventuell bis auf 10 Tonnen (eine Million Gulden) erhöhen wollte, sollte Schweden abgefunden werden. Dies war der Inhalt eines aus der sächsischen Kanzlei stammenden Memorials: „Was die Kurf. Durchl. zu Sachsen mit dem Schwedischen Herrn Reichskanzler wollte reden lassen," das Landgraf Georg dem Reichskanzler zustellen ließ.[170])

Dieser aber war trotz aller Friedenssehnsucht noch durchaus nicht geneigt, den Gedanken an eine Landerwerbung schon aufzugeben, und seine Regierung wies eine Geldentschädigung einstweilen gleichfalls als unwürdig zurück.[171]) Er wollte jedenfalls abwarten, wie die deutschen Stände den Frieden aufnehmen würden, und bemühte sich zunächst, die Verbündeten vor den Pirnaer Abmachungen zu warnen und sie an sich zu fesseln. Alle Diplomatie aber blieb ohnmächtig gegenüber dem Zwange, den die Gewalt der Waffen ausübte. Die Nördlinger Schlacht und die Erfolge, welche die siegreiche Armee weiter erfocht, trieb die oberdeutschen Stände, da sie an Schweden keinen Schutz mehr fanden, ein Friede mit dem Kaiser aber ihre völlige Unterdrückung bedeutete, in die Arme Frankreichs.

Die kluge und vorsichtige Politik Richelieus war zu dem Punkte gelangt, wo sie ihr Ziel, der schwedischen Vorherrschaft unter den deutschen Ständen der Rheingegenden und der Festsetzung der schwedischen Macht den Einfluß Frankreichs an die Seite, ja entgegenzusetzen, erreichen und offen in den Krieg eingreifen konnte.[172]) Schon im Jahre 1633 waren die 4 Oberkreise dem erneuerten französisch-schwedischen Subsidienvertrage von 1631 beigetreten, hatten aber bei dem vorherrschenden Einfluß Schwedens keine einigermaßen selbständige Stellung eingenommen.[173]) Jetzt, wo Schwedens Stern im Sinken war, gelang

[170]) Gedruckt in: Pirn. u. Prag. Friedenspakten S. 287 ff.

[171]) Oxenstierna an seine Regierung d. d. Mainz, 6. Jan. 1635. Handlingar 33, S. 23 ff. Regierung an Oxenstierna d. d. Stockholm, 22. März 1635, ebenda 34, S. 63.

[172]) Die französische Politik nach dem Tode Gustav Adolfs behandelt im Zusammenhang F. W. Barthold, Geschichte des großen Krieges, 2 Bde., Stuttgart 1842—43.

[173]) Ritter III S. 479 u. 553 f.

es eher, die Oberkreise zu einem am 1. November 1634 abgeschlossenen Vertrage zu bringen, der ihnen die Hülfe eines französischen Armeekorps gegen Einräumung mehrerer Plätze im Elsaß zusicherte.[174]) Es war dies das Werk des französischen Gesandten Marquis Feuquières, der schon während des Frankfurter Konvents die Stände in seinem Sinne zu beeinflussen gesucht hatte.[175]) Dieser Vertrag fand aber durchaus nicht die Billigung des Reichskanzlers, obwohl Schweden darin gleichfalls als vertragschließender Teil erschien und der bisherige französisch-schwedische von 1631 bzw. 1633 dadurch aufgehoben sein sollte. Oxenstierna erkannte die Absichten Frankreichs sehr wohl und verweigerte auf dem Wormser Konvent der 4 Oberkreise die Ratifikation. Freilich unterzeichneten nicht alle Stände den Vertrag, aber Frankreich hatte bereits mit den Waffen eingegriffen. Aus Not vor den katholischen Armeen vom Rheingrafen Otto Ludwig herbeigerufen, hatten die Franzosen nach einem Vertrage mit dem schwedischen Residenten im Oktober 1634 verschiedene Plätze im Oberelsaß besetzt und nahmen zunächst defensiv, bald aber offensiv am Kriege gegen den Kaiser teil.[176])

So war der Heilbronner Bund seiner Auflösung nahe, und der nur sehr mangelhaft besuchte Konvent zu Worms vom November 1634 bis März 1635 vermochte sie nicht aufzuhalten. Vergebens wurde über eine sehr notwendig gewordene Reorganisation der Kriegsverfassung beraten; die Stände wollten von dem französischen Bündnis nicht ablassen, und der französische Gesandte le Grange bestärkte sie darin. Auch die Pirnaer Friedensverhandlungen bildeten einen Gegenstand der Beratungen. Da man aber noch gar nichts näheres darüber wußte, begnügte man sich damit, auf alle Fälle an die niedersächsischen Stände und Kurbrandenburg Warnungsschreiben vor Sondertraktaten zu erlassen, Kursachsen aber um nähere Mitteilungen über seine Abmachungen mit dem Kaiser zu bitten.[177]) Denn ganz unberücksichtigt wollte man die sächsisch-kaiserlichen Verhandlungen, obwohl man sich in Erinnerung an eine ähnliche Situation im Jahre 1633 wenig davon versprach, unter den obwaltenden Umständen und namentlich im Hinblick auf die Kriegslage doch nicht lassen. Letztere war neben der wirklichen Friedenssehnsucht der

[174]) Gedruckt bei Londorp IV S. 444 ff.
[175]) Barthold I S. 153 ff.
[176]) Ritter III S. 587.
[177]) Oberkreise an die niedersächsischen Stände und Kursachsen d. d. Worms, 16. Febr. 1635. Londorp IV S. 454.

Stände auch die Ursache, daß man sich noch einmal an Dänemark mit der Bitte wendete, seine Interposition fortzusetzen [178]), obwohl man im Dezember die endlich eingetroffene Antwort des Kaisers, die in schroffer Weise die Vorschläge der Evangelischen zurückwies und kurzer Hand Bamberg als Verhandlungsort forderte, abschlägig beschieden und damit die dänische Vermittelung eigentlich begraben hatte.[179])

Als nun aber im März die näheren Bestimmungen des Pirnaer Friedens in Worms bekannt wurden, bemächtigte sich der Gemüter eine große Erregung. Die Bedingungen mußten die Stände sofort erkennen lassen, daß von diesem Frieden für sie nichts zu hoffen wäre und nur an der Seite Frankreichs gegen den Kaiser ihr Platz sein könnte. Noch einmal schrieben sie an die niedersächsischen Stände und baten sie dringend, auch ihrerseits die Waffen in der Hand zu behalten und sich nicht auf diesen Separatfrieden zum Schaden der Allgemeinheit der Evangelischen einzulassen. Auch an Kursachsen erging schriftlich wie durch die in Dresden noch anwesenden Gesandten des Markgrafen von Kulmbach und der Stadt Nürnberg die dringliche Vorstellung der Gefährlichkeit und Unmöglichkeit eines solchen Friedens.[180])

Gleichzeitig hatte Oxenstierna eine rege Tätigkeit entfaltet, um die evangelischen Stände auf alle Weise von diesem Frieden abzuhalten. Selbst an Kursachsen schrieb er in ähnlichem Sinne wie die Oberkreise.[181]) Seines Bleibens war jedoch nicht mehr in Oberdeutschland, seitdem durch die stetig wachsenden Erfolge der Kaiserlichen und das Eingreifen Frankreichs nichts mehr zu hoffen war und der Heilbronner Bund sein Ende gefunden hatte. Schon in den letzten Briefen des Reichskanzlers war auf eine Reise Bezug genommen, die ihn auf dem Wege über Frankreich und Holland in die sächsischen Kreise führen sollte, um hier persönlich bei der von dem kaiserlich-sächsischen Separatfrieden drohenden Gefahr seinen Einfluß für Schweden geltend zu machen. Als einen verlorenen Posten verließ der Reichskanzler Mitte März Oberdeutschland, um sich an die Küste zu begeben, deren Behauptung eine Lebensfrage für die schwedische Stellung in Deutschland werden mußte.

[178]) Oberkreise an Dänemark d. d. Worms, 16. Febr. 1635. Londorp IV S. 454.

[179]) Chemnitz II S. 570.

[180]) Oberkreise an Kursachsen und die niedersächsischen Stände d. d. Worms, 19. März 1635. Londorp IV S. 455.

[181]) Oxenstierna an Kursachsen d. d. Worms, 22. März 1635. Londorp IV S. 455.

Alles kam nun darauf an, wie sich die deutschen Bundesgenossen Schwedens in Mittel- und Niederdeutschland, die nicht, wie Kursachsen, dem schwedischen Bündnis stets widerstrebt hatten und nicht, wie die oberdeutschen, durch die Waffenerfolge der katholischen Heere zersprengt und Frankreich in die Arme getrieben waren, sich der veränderten Lage gegenüber verhalten würden.

Als sich im Oktober 1634 mehr und mehr die Gewißheit verbreitete, daß an dem Abschluß des Friedens zwischen Kursachsen und dem Kaiser nicht mehr zu zweifeln wäre und verschiedene Fürsten schon begannen, Neigung zu einem Anschluß zu zeigen, gab es eine andere Reihe von Fürsten, die eine sehr ablehnende Stellung einnahmen und sogar mit dem Gedanken umgingen, sich im Gegenteil noch enger mit Schweden zu verbinden. Es waren dies in erster Linie die weimarischen Brüder Wilhelm und Bernhard sowie Landgraf Wilhelm von Hessen, und ihr Grund wohl die geringen Erwartungen, die sie angesichts ihrer Stellung zum Kaiser von dem Frieden hegen durften. Unter den Fürsten, die man ferner fest an Schwedens Seite zu halten hoffte, wurden nächst Georg von Lüneburg auch die mecklenburgischen Herzöge genannt, und noch im Februar geht Baners Meinung dahin, daß letztere sich nicht zu dem Frieden verstehen würden.[182]) Auch auf Anhalt glaubte er rechnen zu können.[183]) Anders lautete sein Urteil schon einen Monat später, als immer mehr Nachrichten einliefen, die erkennen ließen, wie verschiedene evangelische Fürsten Neigungen zur Annahme des Friedens bekundeten, „. . . und ist demnach kein Fürst und Stand, der sich nicht allbereits durch Kursachsen hätte verleiten lassen, außer Landgraf Wilhelm, der allein noch wohl gern etwas bei der Sachen tun möchte, da sich nur seine Kräften so weit extendieren wollte.“[184]) Freilich war die Hoffnung, Wilhelm von Weimar und Georg von Lüneburg zu gewinnen, noch nicht aufgegeben. Mecklenburg fehlte also im März schon in Baners Liste der bundestreuen Stände. Und das mit Recht.

Obwohl die mecklenburgischen Herzöge, und namentlich Adolf Friedrich, wie wir sahen, mit der größten Vorsicht nur auf

[182]) Baner an Oxenstierna d. d. Erfurt, 26. u. 30. Okt. 1634. Oxenstiernas Skrifter VI S. 157 u. 161.

[183]) Baner an Oxenstierna d. d. Egel, 4. Febr. 1635. Oxenstiernas Skrifter VI S. 185.

[184]) Baner an Oxenstierna d. d. Egel, 6. März 1635. Oxenstiernas Skrifter VI S. 191.

Kursachsens Anträge eingegangen waren, um Schwedens Verdacht nicht zu erregen, mochte die Entsendung eines Gesandten nach Dresden und vielleicht auch die Haltung Adolf Friedrichs gegenüber den Quartierforderungen Baners genügen, die Stellung Mecklenburgs zum Frieden vom schwedischen Standpunkt aus als nicht einwandsfrei erscheinen zu lassen. Adolf Friedrichs Bedenken gegen jenen Schritt seines Bruders erwiesen sich als nur zu berechtigt. Hans Albrecht hatte dem Reichskanzler gegenüber freilich seine Gesandtschaft nach Dresden als völlig harmlos und unverfänglich hingestellt[185]); doch witterte Baner, als er davon erfuhr, sofort Verdacht und fragte darum bei den Herzögen an, die darauf umständlich ihre Handlungsweise zu rechtfertigen und entschuldigen suchten.[186])

Daß die Herzöge in der Tat frühzeitig mit der Absicht umgegangen sind, trotz ihrer Entrüstung über die beschwerenden Artikel dem Frieden beizutreten, unterliegt keinem Zweifel. Findet sich doch ein bereits vom 9. Februar, also gleich nach der Rückkehr Rochows mit der Abschrift des Friedens aus Dresden, datierter und in Güstrow verfaßter Entwurf einer Annahmeerklärung an den Kaiser, der jedenfalls auch Gegenstand der Beratungen am Schweriner Hofe bildete, wo Rochow am 10. Februar Audienz hatte[187]); denn das Konzept eines gleichfalls nicht abgegangenen Briefes Adolf Friedrichs an Georg von Sachsen, in dem ebenfalls die Bereitwilligkeit zur Annahme des Friedens ausgesprochen und nur mit Rücksicht auf den hinausgeschobenen Ratifikationstermin um eine Verlängerung der Annahmefrist gebeten wird, ist vom 11. Februar datiert. Während man weiter über die Fassung des Schriftstückes verhandelte, das dem Pirnaer Frieden gemäß bis zum 15./25. Februar abzuschicken war, traf die Nachricht von dem weiteren Aufschub des endgültigen Abschlusses ein, und die Absendung unterblieb demgemäß.

Im Prinzip aber mußten beide Fürsten bereits entschlossen gewesen sein, ihren Beitritt zu erklären. Wie dachten sie sich nun die Gestaltung ihres Verhältnisses zu Schweden? Daß

[185]) Oxenstierna an seine Regierung d. d. Worms, 1. Febr. 1635. Handlingar 34, S. 9.

[186]) Baner an Adolf Friedrich und Hans Albrecht d. d. Egel, 8. Febr. 1635. Orig. A. S.: Fr. Die Antwort der Herzöge ist vom 12. Febr. datiert, aber bedeutend später abgegangen, da die beiden Herzöge noch am 23. bis 26. Febr. über die Fassung korrespondierten. Konz. A. S.: Fr.

[187]) Tagebuch Adolf Friedrichs. A. S.: Hausarch.

Schweden so, wie es verlangt wurde, den Pirnaer Frieden annehmen und ohne weiteres oder mit einer Geldentschädigung den deutschen Boden räumen würde, wagten sie sicherlich nicht zu glauben, und Beurteilungen des Friedens aus dem schwedischen Lager, die zwar meist nur sehr allgemein und vorsichtig gehalten waren und vor der Krone Schweden „präjudizierlichen Sondertraktaten" warnten, ließen keinen Zweifel aufkommen, daß die Annahme des Friedens einen Bruch mit Schweden bedeuten würde. Auch über die etwaigen Folgen eines solchen Schrittes waren sich die Herzöge durchaus klar: Mecklenburg, dessen Seehäfen in schwedischen Händen waren, das überhaupt ganz in der schwedischen Machtsphäre lag, wurde dadurch aus einem Bundesgenossen zu einem Gegner Schwedens. Ja, es mußte seine Hülfe zur Durchführung des Friedens, d. h. eventuell zu einer gewaltsamen Vertreibung der Schweden leihen, einem Kampfe, dessen Ausgang bei den noch immer beträchtlichen Machtmitteln Schwedens zum mindesten zweifelhaft war. Siegte Schweden, so konnte das Land leicht zum Gegenstand schwedischer Satisfaktionsansprüche werden, ein Gedanke, der keineswegs neu war.

Alle diese Erwägungen haben die Herzöge ohne Frage beschäftigt, denn sie lagen greiflich nahe. Wenn sie trotzdem in der Annahme des Friedens das kleinere Übel sahen, so lag diese Meinung vor allem in der Hoffnung, ja festen Zuversicht begründet, daß der Friede nicht so, wie er zu Pirna geschlossen, durchgeführt, sondern Mittel und Wege gefunden werden müßten und würden, um Schweden den Beitritt zu ermöglichen und somit für Mecklenburg jene Gefahren in das Reich der Unmöglichkeit gerückt zu sehen. Die Klausel des Pirnaer Vertrages wegen besonderer Verhandlungen mit Schweden hat zweifellos dazu beigetragen, jene Hoffnungen zu bestärken.

Maßgebend für ihre Politik war die Hoffnung, daß der Friede ihnen die immer ersehnte Aussöhnung mit dem Kaiser und die Befreiung von dem längst als lästig empfundenen schwedischen Bündnis bringen würde, mochten auch an dessen Stelle zwar neue Verpflichtungen treten, die immerhin minder drückend waren. Auch glaubten sie, die Mecklenburg speziell betreffenden Bedingungen noch mildern zu können. Vor allem aber ließ sich etwaigen schwedischen Satisfaktionsansprüchen in Mecklenburg an der Seite des Kaisers und der übrigen deutschen Stände am besten begegnen. Die für manche Territorien so wichtige Frage des Besitzes der geistlichen Güter erledigte sich für Mecklenburg sehr leicht, da im Stift Schwerin das Restitutionsedikt nie durch-

geführt war und die protestantischen Administratoren, abgesehen von der kurzen Wallensteinschen Herrschaft, sich ununterbrochen behauptet hatten. Adolf Friedrich war somit rechtmäßiger Besitzer des Bistums, und der Friede bestätigte ihn darin.[188]) Der Gedanke einer bewaffneten Mittelstellung zwischen Schweden und dem Pirnaer Frieden, wie sie etwa Wilhelm von Hessen, dem Weimarer und Lüneburger Herzog vorschwebte, verbot sich im Augenblick für Mecklenburg in Rücksicht auf seine militärische Schwäche von selbst, so sehr er Adolf Friedrich auch sonst zusagen mochte.

Waren die Herzöge somit zu dem Resultat gekommen, den Frieden anzunehmen, so verfuhren sie doch nicht etwa voreilig; namentlich Adolf Friedrich warnte seinen Bruder wiederholt vor unüberlegten Maßregeln und empfahl, die Haltung der übrigen protestantischen Fürsten abzuwarten. Sein Hauptstreben ging naturgemäß dahin, die Vorbedingung aller seiner Hoffnungen, eine genügende Berücksichtigung Schwedens, herbeizuführen. In allen seinen vielen Schreiben dieser Zeit über den Frieden, an Kursachsen, Kurbrandenburg und andere deutsche Fürsten, wird immer wieder die Notwendigkeit von Unterhandlungen mit Schweden betont, wird die ganze große Gefahr dargestellt, in die bei Unterlassung dieses Schrittes der Erfolg des Friedens überhaupt gerate. Diese Überzeugung suchte er namentlich dem Kurfürsten von Sachsen beizubringen und ihn zu veranlassen, beim Kaiser und beim Reichskanzler die nötigen Schritte zu tun, wie es der Pirnaer Artikel in Aussicht stellte. Auch Georg von Hessen sollte dabei mitwirken. Adolf Friedrichs Bemühungen waren in der Tat ehrlich und entsprachen an Emsigkeit der großen Bedeutung, die ein Erfolg oder Mißerfolg für Mecklenburg im Hinblick auf Schweden haben mußte. Ob sie zum Ziele führen würden, mußte die Zeit lehren; denn die bisher aus Dresden gekommenen Antworten lauteten ziemlich allgemein, vertröstend oder ausweichend, doch nicht gerade aussichtlos.

Der Kaiser war indessen, vielleicht ohne seinen Willen, durch die weitere Aufschiebung der Ratifikation einem Wunsche der evangelischen Fürsten nachgekommen, welche nun nicht gezwungen waren, den Frieden in zu kurzer Frist annehmen zu müssen, und Zeit gewannen, mit anderen Fürsten in Verhandlung zu treten. Als nun auch der zweite Ratifikationstermin verflossen

[188]) Ritter III S. 591.

war, ohne daß man sichere Nachricht hatte, wann denn nun der endgültige Abschluß stattfinden sollte, beschlossen die mecklenburgischen Herzöge nun doch, einen Gesandten nach Dresden zu schicken. Hierzu ward der güstrowische Geheimsekretär Achatius Salveldt ausersehen, der über Berlin am 10. März in Dresden eintraf.[189]) Sein Auftrag lautete dahin, die mecklenburgischen Interessen wahrzunehmen und vor allem die Ratifikation sofort nach Schwerin zu melden, damit die Frist der Annahmeerklärung nicht versäumt würde. Er ahnte bei seiner Ankunft nicht, daß er länger als 3 Monate hier verweilen würde.

[189]) Kreditiv d. d. 18., Instruktion d. d. 22. Febr. 1635. Konz. A. S.: Fr.

IV. Der Prager Friede und seine Annahme.

Als der mecklenburgische Geschäftsträger in Dresden eintraf, fand er hier eine größere Anzahl von Abgeordneten verschiedener Fürsten und Mächte vor, die ähnliche Missionen zu erfüllen hatten. Teils waren sie bereits seit Januar hier und warteten auf die Ratifikation, um dies sofort in die Heimat melden zu können, teils reisten sie ab und zu und trugen die Ansichten und Bedenken ihrer Fürsten über die Friedenspunkte vor. Es waren anwesend schlesische und anhaltische Gesandte, ferner Graf Schwarzenberg aus Berlin; abgereist waren soeben die Pommern, denen bald der Gesandte Herzog Augusts von Braunschweig-Lüneburg folgte. Vertreten waren ferner Frankreich und Georg von Braunschweig-Lüneburg, dem sich bald ein weimarischer Gesandter zu Verhandlungen über den Waffenstillstand hinzugesellte. Bald erfuhr der mecklenburgische Gesandte aus Konferenzen, die er mit den kurfürstlichen Räten sowie den Lüneburgern und Brandenburgern hatte, daß der Kurfürst sich nach wie vor in keinerlei Verhandlungen über die Friedensartikel einzulassen geneigt wäre. So wurde der brandenburgische Gesandte soeben mit einer sehr ungenügenden Erklärung auf seine vorgebrachten sehr gewichtigen Bedenken, in denen die Berücksichtigung Schwedens eine große Rolle spielte, entlassen. Auch der Franzose, Freiherr von Rorté, richtete mit Drohungen eines bewaffneten Eingreifens seiner Krone nichts aus.

Nach Ansicht des Kurfürsten stand der Friede auf Annahme oder Ablehnung; erst nach erfolgter Ratifikation war er eventuell bereit, „gütliche Traktaten vorzunehmen", und zwar in erster Linie mit Schweden, wie es im Pirnaer Frieden vorgesehen war. Doch hörte man gleichzeitig in Dresden die Ansicht vertreten und ausgesprochen, daß man Schweden wohl wenig zu Willen sein werde, da sie ja „den hohen Nachruhm hätten, die bedrängten Evangelischen von dem päpstlichen Joche befreit zu haben, was mehr wert sei, als viel Geld, dessen sie ohne das aus dem römischen Reich genugsam weggeschafft!" Auch versprach man

sich vieler Orten nicht viel von Verhandlungen, die erst nach der Ratifikation und unter der Bedingung vorläufiger Annahme mit Schweden geführt werden sollten.

Inzwischen war aus Wien endlich die Nachricht gekommen, daß der Kaiser zum Abschluß bereit wäre und seine Gesandten schon nach Prag, wo statt in Außig die letzten Verhandlungen stattfinden sollten, abgesandt habe. Auch die kurfürstlichen Gesandten rüsteten zur Abreise und verließen am 18. März Dresden, um am 22. in Prag einzutreffen, wo die kaiserlichen wie die hessen-darmstädtischen Räte, die wieder teilnehmen wollten, sie bereits erwarteten. Obgleich der Kurfürst nicht anders meinte, als daß die Ratifikation ohne Schwierigkeit und ohne jede Änderung von beiden Seiten erfolgen werde, hatte er den Gesandten doch für alle Fälle die Akten mitgegeben, in denen die Bedenken und Beschwerden der evangelischen Fürsten und Stände über den Frieden niedergelegt waren. Es sollte wenigstens versucht werden, bei den Kaiserlichen noch einiges zu erreichen. So hatten z. B. auch die Klagen der mecklenburgischen Herzöge über die schweren Bedingungen ihrer Restitution den Erfolg gehabt, daß sie den Gesandten mitgegeben wurden. Auch die brandenburgischen Bedenken sollten gelegentlich erwähnt und so manche Bestimmung, wenn nicht augenblicklich, so doch vielleicht auf einem künftigen Reichstage günstiger zu gestalten versucht werden. Nach der Ratifikation glaubte er auch die schwedische Angelegenheit in die Hand nehmen zu können, für die als Grundlage das oben erwähnte Memorial dienen sollte, welches der Kurfürst nun auch kaiserlicherseits zur Anerkennung bringen wollte; denn letzteres war in Pirna nicht geschehen. Das Schriftstück wurde den Gesandten zu diesem Zwecke ausdrücklich empfohlen.

In Mecklenburg war man nach Salveldts Abreise nicht weniger der Meinung, daß die Nachricht von der erfolgten Ratifikation in kurzer Zeit eintreffen werde. Um auf solchen Fall gerüstet zu sein, ging man unter Zugrundelegung der früheren Entwürfe an die Abfassung der nötigen Schriftstücke an den Kaiser und Kursachsen, wie sie das Memorial verlangte. Sie sollten dem Gesandten in Dresden mit der Weisung zugeschickt werden, sie nach erfolgter Ratifikation und unter der Voraussetzung, daß im Frieden nichts zu Ungunsten der Herzöge verändert wäre, abzuliefern.[1] Während aber zwischen Güstrow und Schwerin

[1] Entwürfe zu Schreiben an Kursachsen und Salveldt sind v. 18. März datiert, dem an den Kaiser wurde der Entwurf vom 9. Febr. zugrunde gelegt. Konz. A. S.: Fr.

die Verhandlungen über Form und Inhalt ihren Verlauf nahmen, trafen die beunruhigenden Berichte Salveldts bei Adolf Friedrich ein. Namentlich bereitete ihm die Haltung des Kurfürsten den vorgebrachten Bedenken der evangelischen Stände gegenüber, besonders soweit sie Verhandlungen mit Schweden forderten, große Sorge. Noch einmal suchte Adolf Friedrich den Kurfürsten zu seinem Standpunkt hinüberzuführen. Er legte seine Gründe in einem persönlichen Schreiben an Johann Georg, sowie einem Memorial von 8 Punkten nieder, das Salveldt in Dresden überreichen sollte.[191]) Hierin suchte er dem Kurfürsten zu beweisen, daß ein allgemeiner und sicherer Friede ohne voraufgegangene Verständigung mit Schweden unmöglich wäre. Er befürchtete namentlich, daß die besonders eng mit Schweden alliierten Fürsten sich vom Frieden ausschließen und dadurch der Krieg kein Ende nehmen, sondern in erster Linie den sächsischen Kreisen zur Last fallen würde. Er dachte hierbei vor allem an die Weimarer Fürsten, Wilhelm von Hessen und Georg von Lüneburg, die noch im Besitz namhafter Truppen waren und auf die sächsisch-kaiserlichen Forderungen bisher durchaus noch nicht eingehen wollten, wie es sich bei den Verhandlungen über ihren Anschluß an den Waffenstillstand bereits gezeigt hatte. Der Ausgang eines neuen Kampfes aber, in dem Schweden, Frankreich und ein Teil, wenn nicht alle evangelischen Fürsten, gegen Sachsen und den Kaiser stehen würden, müßte zum mindesten zweifelhaft sein. Selbst ein Sieg des Kaisers mit sächsischer Hülfe über das evangelische Deutschland könnte dem protestantischen Kursachsen hinterher verderblich werden. Daß Adolf Friedrich hier durchaus richtig sah, sollte die Zukunft zeigen.

Adolf Friedrich scheint wirklich gehofft zu haben, mit seinen Vorstellungen durchzudringen. Für den anderen Fall aber hatte er damit einen Beweis in Händen, daß er sich um Schweden alle Mühe gegeben habe. Denn stets blieb seine Sorge darauf gerichtet, vor Schweden gerechtfertigt zu erscheinen, „damit wir bei der Krone Schweden kein Verweis der Undankbarkeit und daß wir

[191]) Adolf Friedrich an Johann Georg d. d. Schwerin, 31. März 1635. Konz. A. S.: Fr. Das Schreiben ist aber bedeutend später abgegangen und erst am 12. Mai in Dresden angekommen. Bezeichnenderweise trägt das Konzept den Vermerk: „da es Hans Albrecht diffikultieret, ist dies Schreiben von Adolf Friedrich allein abgegangen". Das Original (A. D.: Pr. Fr. 4) bestätigt das. — Das Memorial: Zu gedenken, ob auch ohne vorhergehende Traktaten mit der Krone Schweden ein beständiger und sicherer Frieden könne geschlossen werden? ist datiert Bützow, 9. April 1635. Konz. A. S.: Fr.

uns ihrer nicht genugsam angenommen, auf uns laden, sondern uns gegen alle ungleiche Beschuldigungen desto mehr verantworten können.“[192]) Damit war zugleich ausgesprochen, daß man im gegebenen Falle, d. h. auch wenn Schweden nicht in der gewünschten Weise berücksichtigt würde, in Mecklenburg trotzdem dem Frieden beitreten werde. An dieser Absicht hielt man auch vorläufig fest.

Nicht wenig trug zu diesem Entschluß der augenblickliche Zustand des Landes bei, der die Sehnsucht nach Frieden selbst um hohen Preis erklärlich genug machte. Noch lagen Oesterlings 12 Kompagnien im Lande, als weitere niedersächsische wie schwedische Truppen Mecklenburg durch Quartiere, Durchmärsche usw. beunruhigten. So war im Januar der niedersächsische Oberst Brünecker auf Befehl Georgs trotz aller Gegenvorstellungen Adolf Friedrichs mit seinem Regiment in die südlichen Ämter eingerückt und verübte hier unerhörte Erpressungen: nur gegen Erstattung von 13 000 Talern wollte er abziehen. Vergebens boten ihm die Herzöge 6000 Taler. Er blieb bis zum April im Lande und richtete überall ungeheuren Schaden an; auf 40 000 Taler wurde dieser berechnet, als man später versuchte, von der Stadt Lübeck die von Brünecker erpreßten Gelder, die er dort hinterlegt hatte, zurückzuerhalten.[193]) Im Februar begehrte sodann der schwedische Oberstleutnant Person mit 500 Mann und ebensoviel Pferden Durchmarsch nach Wismar. Gleichzeitig marschierten 2 weitere schwedische Regimenter unter Oberst Moltke und Gustavson von Pommern über Plau, Malchin und Parchim bezw. Waren und Mirow nach Dömitz und begingen bis in die Gegend von Goldberg und Crivitz arge Ausschreitungen.[194]) Zwei andere schwedische Regimenter, Bilefeld und Boy, hielten sich vom Februar bis April im Lande auf und schädigten namentlich die Gegend von Gadebusch, Rhena und Grevesmühlen. Im Südwesten ließen sich Truppen der zu Baners Armee gehörenden Abteilung des Herzogs Franz Heinrich von Sachsen-Lauenburg manche Übergriffe zu Schulden kommen, und im März und April endlich wollten wieder vier schwedische Regimenter des Generalmajors Stallhans durch das Herzogtum ziehen. Hier gelang es den Herzögen, durchzusetzen, daß gegen eine Geldsumme der größte Teil zu Schiff nach Stralsund befördert wurde. Im übrigen aber nützten die Beschwerden der Herzöge bei Grubbe, Baner, Oxenstierna oder Georg nichts oder

[192]) Adolf Friedrich an Hans Albrecht d. d. Bützow, 14. April 1635. Konz. A. S.: Fr.

[193]) A. S.: Inv. host. Vol. XVIII.

[194]) A. S.: Inv. host. Vol. XVII.

nur sehr wenig. Hinzu kamen noch die Unterhaltung der Wismarer Garnison, die Leistungen an die Kreiskasse für Munition, Proviant usw. und endlich die Zahlung einer längst restierenden größeren Summe an Schweden, um die Grubbe wiederholt und dringend anhielt. Am 31. März kam hierüber zwischen ihm und herzoglichen Räten in Sternberg eine Einigung zustande, wonach bis zum 24. April 10000 Taler zu zahlen waren.[195]) Im Mai verlangte Grubbe aufs neue 15000 Taler für Kriegsbedürfnisse.[196]) Daneben mußten die Kreisräte, Gesandten, Agenten usw. besoldet werden, während es überall an barem Gelde fehlte, weil von den unter den Kriegslasten leidenden Untertanen keine Kontribution zu erhalten war. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn alle jene Ereignisse die Fürsten in ihrem Entschluß, um jeden Preis Frieden zu haben, nur bestärken mußten.

Die Korrespondenz zwischen den beiden Brüdern und ihren Räten über die Abfassung der Submissions- und Annahmeerklärungen nahmen demgemäß ihren Fortgang. Als gegen Mitte April aus Dresden die Nachricht gekommen war, der Kurfürst und Georg von Hessen wollten sich noch einmal für die Änderungen der mecklenburgischen Artikel des Friedens verwenden, ging man sogar an eine doppelte Ausfertigung der nötigen Schriftstücke, um auf beide Möglichkeiten vorbereitet zu sein und durch das Warten auf bestimmte Nachrichten und erneute Sendung nach Dresden keine Zeit zu verlieren. Man erwartete jetzt, nach der Abreise der sächsischen Gesandten nach Prag, jeden Tag die Ratifikation. Das eine Exemplar der Annahmeerklärung trug die Aufschrift: Dieses Schreiben an die kaiserliche Majestät soll alsdann den kursächsischen geheimen Räten zugestellt werden, wenn unserer Sekretär vorher richtige Gewißheit erlanget, daß auf des Herrn Kurfürsten Ld. fernere Unterhandlungen die uns sonderlich betreffenden conditiones erlassen sind. Hierin war der Hinweis auf diese „conditiones" und die 3 geforderten Submissionspatente, wie ihn die andere Ausfertigung enthielt, fortgelassen und dafür auf eine allgemeine und bedingungslose Amnestie Bezug genommen.[197]) Mit den nötigen Weisungen an Salvelt und den Begleitschreiben an Kursachsen wollte Hans Albrecht soeben einen

[195]) Protok. A. S.: Suec.

[196]) Grubbe an Adolf Friedrich d. d. Lübeck, 6. Mai 1635. Orig. A. S.: Suec.

[197]) Das verschlossene und versiegelte, aber nicht abgegangene Original fand sich im A. S.: Fr. Es entspricht im übrigen dem Entwurf vom 9. Febr.

Trompeter nach Dresden absenden, und Salveldt war dies bereits gemeldet worden[198]), als in den ersten Tagen des Mai Nachrichten eintrafen, die den Herzog veranlaßten, mit der Sendung zu warten.[199])

Gleich nach Beginn der Beratungen in Prag hatte nämlich der Kurfürst zu seinem nicht geringen Schrecken erfahren, daß der Kaiser durchaus nicht ohne weiteres abzuschließen gedächte, sondern mit einer großen Zahl von Änderungsvorschlägen hervorgetreten wäre.[200]) Am 14. April waren Sebottendorf und Dr. Oppeln mit dem neuen kaiserlichen Entwurf nach Dresden gekommen, nachdem er schon auf Drängen der hessischen und sächsischen Räte nach Wien zurückgeschickt, dort in einigen Punkten gemildert und darauf in Prag in 5 Konferenzen durchberaten war. Diese Botschaft traf nun zunächst ohne nähere Angaben auch in Mecklenburg ein, genügte aber, die Herzöge von einem voreiligen Schritt abzuhalten und sie zu veranlassen, erst nähere Nachrichten abzuwarten.

Die neuen kaiserlichen Vorschläge verrieten deutlich den Einfluß der Gutachten der katholischen Stände, die ja auch den Termin der Schlußverhandlungen verzögert hatten, sowie die Wirkung der kaiserlichen Waffenerfolge.[201]) In kirchlichen wie weltlichen Sachen waren fast überall die Bestimmungen des Pirnaer Friedens, soweit sie ein Entgegenkommen gegen die Evangelischen bedeuteten, fortgelassen oder eingeschränkt, neue Artikel eingeschoben, der Wortlaut anderer in zweideutiger Weise verändert, kurz, der neue Entwurf war durchaus nur eine Begünstigung der katholischen Partei.[202]) Der Ton war anmaßend und selbst gegen den Kurfürsten von Sachsen herablassend.

Die Restitution Mecklenburgs war am 7. und 9. April Gegenstand neuer Beratungen gewesen. Es war hier aber bei den Pirnaer Bestimmungen geblieben, nachdem sich die sächsischen und hessischen Räte vergebens um mildere Bedingungen bemüht und die Kaiserlichen erklärt hatten, es sollte bei den 100 000

198) Diese gleichfalls nicht abgegangenen Schreiben sind die an Kursachsen vom 19. März, dgl. an Salveldt mit postscriptum vom 15. April. Orig. u. Konz. A. S.: Fr.

199) Bericht Salveldts d. d. Dresden, 21. April 1635. Orig. A. S.: Fr.

200) Helbig a. a. O. S. 612 ff.

201) Ritter III S. 590 ff.

202) Vergl. Helbig a. a. O. S. 613 und 620 f., Ritter III S. 594 f.

Talern statt der anfangs geforderten doppelten Summe bleiben. Auch von einer Erneuerung der Reichsbelehnung und einer Verkürzung des Termins für die Abzahlungen war kaiserlicherseits die Rede gewesen, doch hatte man diese Forderung auf Vorstellung Kursachsens wieder aufgegeben.[203]) Schweden gegenüber war der Kaiser durchaus nicht zu Konzessionen geneigt. Ihm stand nach wie vor der Beitritt unter den Pirnaer Bedingungen offen; jede weitere Auseinandersetzung aber über Entschädigungsansprüche u. dgl. wollte er allein den Evangelischen überlassen, wenn diese es für nötig befänden. Die Klausel des Pirnaer Friedens über besondere Verhandlungen mit Schweden war gestrichen, und somit auch das Memorial des Kurfürsten hinfällig geworden.

Johann Georg, der sich in 14 Tagen endgültig erklären sollte, sah sich durch die kaiserlichen Änderungen in eine äußerst mißliche Lage versetzt. Aber die Würfel waren für ihn schon in Pirna gefallen; so blieb ihm — und so rieten ihm die meisten seiner Räte — kaum noch etwas anderes übrig als nachzugeben; nur der einzige Arnim vertrat unverholen eine durchaus ablehnende Meinung.[204]) Am Ende entließ der Kurfürst die Gesandten mit einer sehr gewundenen Erklärung, die ihnen gebot, auf jede Weise zu versuchen, die neuen Vorschläge zu mildern, im äußersten Falle jedoch abzuschließen.

Die Nachrichten von den Einzelheiten der kaiserlichen Änderungsvorschläge trafen in Mecklenburg ein[205]), als man am 13. Mai schon wieder alles vorbereitet hatte, die erforderlichen Schriftstücke betreffend Annahme des Friedens an Salvedt nach Dresden zu schicken, freilich mit der Weisung, sie nur im Falle der Ratifikation des unveränderten Pirnaer Friedens abzugeben.[206]) Die letzten Berichte veranlaßten die Herzöge aufs neue, erst das Weitere abzuwarten. Unter den jetzigen Umständen schien es nicht angebracht, sich schon endgültig zu entscheiden, besonders da mit Sicherheit zu erwarten stand, daß neue Verhandlungen die Folge der kaiserlichen Änderungsvorschläge sein und die Ratifikationen weiter verzögern würden. Aber auch die veränderten Bestimmun-

[203]) Pragisches Protokoll A. D.: Pr. Fr. 4. Bericht Salvedts d. d. Dresden, 26. Mai 1635. Orig. A. S.: Fr.

[204]) Wortlaut seines Schreibens an den Kurfürsten bei Helbig a. a. O. S. 617.

[205]) Salvedts Berichte d. d. Dresden, 24. u. 28. April 1635 mit Beilagen. Orig. A. S.: Fr.

[206]) An Kursachsen d. d. 13. Mai, postscr. zu den Schreiben an Salvedt vom 19. März d. d. 13. Mai. Konz. A. S.: Fr.

gen selbst mußten die Herzöge höchst stutzig oder gar in ihrem schon gefaßten Entschlusse wankend machen. An eine Milderung der Mecklenburg treffenden Sonderbedingungen war fortan kaum mehr zu denken, und ebenso mußte die Berücksichtigung Schwedens vor dem Abschluß des Friedens nach den Erklärungen des Kaisers als aussichtslos angesehen werden. Eine nachträgliche Einigung aber mit Schweden auf der Grundlage des Friedens, die noch dazu allein den evangelischen Ständen überlassen werden sollte, konnte Adolf Friedrichs Voraussetzung unmöglich erfüllen und seine Sorge vor schwedischen Ansprüchen in Mecklenburg zerstreuen.

Die Verhandlungen in Prag hatten indessen Anfang Mai ihren Fortgang genommen, nachdem die kaiserlichen Gesandten die kurfürstliche Resolution auf den veränderten Friedensentwurf als eine ungenügende Vollmacht zurückgewiesen und der Kurfürst am 5. Mai eine neue bestimmter lautende ausgefertigt hatte. Den sächsischen Gesandten wurde darin noch einmal befohlen, wenn irgend möglich, günstigere Bedingungen in einer Reihe namhaft gemachter, besonders wichtiger Punkte anzustreben. Es waren dies die hildesheimische und pfälzische Sache, für die der Kurfürst im Interesse der Lüneburger Herzöge und des kurpfälzischen Hauses sich nochmals verwenden wollte [207]); auch Bremen war genannt.[208]) Mit Schweden wollte er sich wenigstens vor Beginn der Feindseligkeiten auseinandersetzen können. Vor allen Dingen aber wollte der Kurfürst für die Schlesier den Dresdener Akkord von 1621 aufrecht erhalten wissen, der ihnen die freie Religionsausübung zugesichert hatte, und ferner die Durchführung einer unbedingten allgemeinen Amnestie erreichen.

In der Frage der Berücksichtigung Schwedens blieb der Kurfürst somit seinem Standpunkt getreu, und wenn er diesen Punkt überhaupt noch mit in die Reihe der wichtigsten stellte, so dürften das wohl die Vorstellungen der sächsischen Stände mit bewirkt haben, unter denen das mecklenburgische Memorial an erster Stelle steht. Adolf Friedrichs Vorstellungen waren freilich in einem sehr ungeeigneten Augenblicke — als man in Dresden die kaiserlichen Änderungsvorschläge durchberiet — den

[207]) In der Pfälzer Sache war die in Pirna in Aussicht genommene gütliche Beilegung gestrichen und die endgültige Abtretung der Kurwürde und der sämtlichen rechtsrheinischen Länder an Bayern angeordnet, in Hildesheim aber das Recht des katholischen Erzbischofs Ferdinand anerkannt.

[208]) Bremen sollte dem Erzherzog Leopold Wilhelm zufallen, während andererseits der dänische Prinz Friedrich als Koadjutor darauf Ansprüche machte.

Räten zugegangen[209]), aber am 2. und 6. Mai fanden neue Besprechungen zwischen Salvoldt und Timaeus darüber statt. Hier ward ausdrücklich erklärt, daß der Kurfürst das Memorial in Betracht gezogen und seinen Gesandten in Prag empfohlen habe. Dem Kaiser mußte es ja nun sehr gleichgültig sein, ob und wie sich der Kurfürst und die anderen evangelischen Fürsten mit Schweden einigen würden, wenn nur den Bestimmungen des Friedens Genüge getan wurde und die Schweden unter Aufgebung aller Eroberungen den Boden des Reiches räumten. In diesem Sinne gaben denn auch die kaiserlichen Gesandten in Prag ihre Erklärung über diese Frage ab. Im übrigen waren sie, von einigen Kleinigkeiten abgesehen, durchaus zu keinen Zugeständnissen bereit, und am entschiedensten gerade verweigerten sie die Religionsfreiheit und Begnadigung der Schlesier sowie eine allgemeine Amnestie. Es blieb bei den Bestimmungen des Pirnaer Friedens, und nun kam auch in Gestalt eines Nebenrezesses zum Entsetzen des Kurfürsten die dort noch offen gelassene Liste der von der Amnestie ausgeschlossenen Stände ans Licht. Sie war reichhaltiger, als man erwartet hatte, und nannte neben anderen, namentlich oberdeutschen Ständen, auch den Herzog von Württemberg und den Markgrafen von Baden.[210]) Ausdrücklich wurde dagegen nochmals die Restitution Mecklenburgs unter den bekannten Bedingungen hervorgehoben.

Die schlesische und die Amnestiefrage waren bis zum Abschluß der Verhandlungen diejenigen Punkte, über die noch ernsthaft beraten wurde, da der Kurfürst wirklich auf alle Weise versuchte, zu seinem Ziele zu gelangen. Die schwedische Frage wird keine große Rolle mehr gespielt haben. Sie hat jedenfalls die Verhandlungen nicht aufgehalten, wie behauptet wurde[211]), so lieb es dem Kurfürsten auch gewesen wäre, wenn die katholischen Stände mit zur schwedischen Satisfaktion, die sich nicht mehr vermeiden ließ, hinzugezogen wären. Johann Georg mußte endlich einsehen, daß seine Bemühungen, noch irgend günstigere Bedingungen zu erzielen, aussichtslos blieben, und nach längerem Schwanken gab er endlich seine Einwilligung zum Abschluß, der am 20./30. Mai 1635 auf dem Schlosse zu Prag stattfand. Am

[209]) Salvoldt hatte in der Angelegenheit am 22., 23. u. 24. April Audienz bei Dr. Timaeus. Bericht d. d. Dresden, 24. April 1635. Orig. A. S.: Fr.

[210]) Vergl. Helbig a. a. O. S. 622.

[211]) Bericht Salvoldts d. d. Dresden, 15. u. 19. Mai 1635. Orig. A. S.: Fr.

5./15. Juni wurden die Originale ausgewechselt. Nur dem Nebenabschied wegen der Amnestiefrage versagte der Kurfürst die Ratifikation.[212])

Der Prager Friede stellt sich so unzweifelhaft als ein eminenter Erfolg der in ihrer Konsequenz gewiß bewundernswerten habsburgisch-katholischen Politik dar, als ein Versuch, unter kluger Ausnutzung der Lage und mit Hülfe eines protestantischen Kurfürsten Europa den Frieden zu diktieren und die Erfolge der Waffen schnell zugunsten der katholischen Interessen in geistlichen wie weltlichen Dingen zu befestigen. Die Konzessionen den Evangelischen gegenüber waren aus kaiserlichen Gnaden gewährt und in ihrer wirklichen Bedeutung durch vielfache Ausnahmen sehr beschränkt oder wieder aufgehoben. An vielen Stellen ließ der Wortlaut eine doppelte Deutung zu und gab dabei den Katholischen in höherem Grade die Möglichkeit, sie in ihrem Sinne auszulegen, als den Evangelischen. Die Reformierten waren überhaupt nicht erwähnt. Überwiegend katholisch wurden die wichtigsten Reichsorgane, der Reichstag, der Deputationstag und das Kurfürstenkolleg durch Übertragung der Pfälzer Kur an Bayern und die Ausschließung der evangelischen Bistumsadministratoren im Frieden besetzt. Auch Hofrat und Kammergericht wurden dem evangelischen Einfluß entzogen.

Bei alledem bedeutet der Prager Friede aber doch einen recht bedeutsamen Versuch, die Ordnung im Reiche wiederherzustellen und zwar auf Grund der alten Reichsverfassung und vor allem unter Wahrung der unbedingten Reichseinheit, die hier zum letzten Male aufrecht zu erhalten versucht wurde. So war eine neue Organisation der Reichskriegsverfassung, eine einzige Reichsarmee, zu der alle Stände den 120fachen Römerzug beisteuern und wovon der Kaiser 60 000, der Kurfürst

[212]) Außer in vielen Einzeldrucken aus den Jahren 1635—36 (vergl. Hitzigrath a. a. O. S. 11 f.) ist der Friedensschluß ediert bei Londorp IV S. 458 ff. und Lünig, Teutsches Reichsarchiv, Pars specialis I S. 104 ff., die von den Nebenrezessen aber nur die über Schlesien und die von der Amnestie ausgeschlossenen Evangelischen bringen. Ebensowenig vollständig ist der Druck in den Pirnischen und Pragischen Friedenspakten, die beide Fassungen einander gegenüberstellen, aber von den 10 bei Brockhaus, Der Kurfürstentag zu Nürnberg im Jahre 1640, Leipzig 1883, S. 3 ff. Anm. 3 aufgeführten Rezessen und Memorialen bringen sie nur 7. Es fehlt hier z. B. das Memorial wegen Aussöhnung der Herzöge von Mecklenburg. Eine Artikelzählung hat nur Londorp.

20 000 Mann kommandieren sollte [213]), vorgesehen. Alle Bündnisse der deutschen Stände mit auswärtigen Staaten wie untereinander sollten aufgehoben, fortan unzulässig und nur der Kurverein und einige Erbverbrüderungen noch gültig sein.

So hätte der Friede, den wir heute, weil wir seinen Erfolg kennen, einen Separatfrieden nennen, bei allgemeiner Anerkennung eine ungeahnte Stärkung der kaiserlichen Gewalt und damit des Katholizismus, sowie eine Unterdrückung des Protestantismus und der Entwicklung von Territorien zu größeren selbständigen Staaten herbeigeführt. Wenn es aus den verschiedensten Ursachen, namentlich einer Überspannung der habsburgisch-katholischen Ansprüche, der Haltung der deutschen Stände und vor allem der Nichtbeachtung der auswärtigen Mächte Schweden und Frankreich zu keinem allgemeinen Frieden auf der Prager Grundlage gekommen ist, so war es doch ein hochbedeutsamer Versuch und ein wichtiges Moment für die Gruppierung der Mächte in dem noch folgenden dreizehnjährigen Kampf, der noch nötig war, den großen Krieg zum Abschluß zu bringen. Nie hatten bisher Friedensbestrebungen, die freilich die ganze Dauer des Krieges begleiteten, zu einem solchen Ergebnis geführt, so daß wir wohl berechtigt sind, im Prager Frieden den wirksamen Anstoß und die eigentliche Einleitung zum großen westfälischen Friedenswerk zu erblicken.

Die Beurteilung des Friedens zu Prag ist freilich bis heute immer eine sehr verschiedene, weil meist einseitige, gewesen. Auf der einen Seite preist man die Friedensliebe des Kaisers und die deutsch-nationale Gesinnung des Kurfürsten [214]), auf der anderen verurteilt man die Schwäche und den Egoismus Johann Georgs, der es zu einem derartigen Frieden kommen ließ.[215]) Zwischen diesen Extremen schwankt das Urteil. Zurückzuweisen oder garnicht ernst zu nehmen ist die Auffassung,

[213]) Der Pirnaer Friede hatte nur den 80fachen Römerzug verlangt. Das Verhältnis der vom Kaiser und vom Kurfürsten zu kommandierenden Truppenzahl war dort 5 zu 3 gewesen.

[214]) So Hurter, Die Friedensbestrebungen Kaiser Ferdinands II., Wien 1860, S. 57 f., mit einseitig katholischer Tendenz, und Barthold, Geschichte des großen Krieges a. a. O. 1. Bd. S. 257 ff.

[215]) Droysen, Geschichte der preußischen Politik III, 1, 2. A., Leipzig 1870, S. 94 ff. Auch Helbig a. a. O. S. 629 neigt zu dieser Auffassung. Eine kritische Würdigung des Friedens bringen in neuerer Zeit Brockhaus a. a. O. S. 6 f., Ritter III S. 593 f. und Dürbeck a. a. O. S. 8 ff.

als ob der Kaiser aus lauterer Friedensliebe zu seiner Politik getrieben wäre. Seine katholisch-habsburgische Tendenz tritt so sehr überall zutage, daß man in dem Frieden sofort nichts als eine Machtprobe erkennt. Ebensowenig kann davon die Rede sein, daß den Kurfürsten deutsch-nationale Gesichtspunkte zum Frieden mit der Spitze gegen die fremden Eroberer bestimmt haben. Ein solches Gefühl gab es damals überhaupt noch nicht. Einseitig ist aber auch die Auffassung, als ob der Kurfürst lediglich aus persönlich-dynastischen Gründen die allgemeine evangelische Sache verraten habe. Unzweifelhaft hat die Privatsatisfaktion des Kurfürsten bei den Verhandlungen eine große Rolle gespielt und manche Forderung im allgemein evangelischen Interesse nachteilig beeinflußt, doch haben noch eine Menge andere Momente mitgewirkt, die es dem Kurfürsten im Interesse seines Staates als ratsam erscheinen lassen mußten, den Frieden einzugehen. Da ist zunächst die Stellung Kursachsens zum Kaiser einer-, zu Schweden andererseits, wie sie sich im Laufe des Krieges gestaltet hatte, von großer Bedeutung. Das Bestreben, zum Kaiser in einem guten Verhältnis zu stehen und auch nach dem durch Schwedens Eingreifen vollzogenem offenen Bruch wieder Frieden und Versöhnung anzubahnen, entsprach nur der konservativen politischen Überlieferung im kursächsischen Staate und verband sich mit einer eifersüchtigen Rivalität gegen Schweden zu jener Politik, welche die schwedischen Erfolge hemmen oder vernichten wollte. So ergriff denn Sachsen jede Gelegenheit, mit Wien in Friedensverhandlungen einzutreten, und da man hier jene Bestrebungen kannte und klug ausnutzte, wurde es der habsburgischen Politik immer mehr zugetrieben, je weiter die Kluft ward, die es von Schweden und den evangelischen deutschen Ständen trennte. Dazu kamen die stetig wachsenden kriegerischen Erfolge der kaiserlichen Heere und das Scheitern der schwedischen Bündnispolitik, um den an sich schon zaghaften Kurfürsten den stetig wachsenden Forderungen des Kaisers gegenüber noch nachgiebiger zu machen.

Die Hauptaufgabe der neuen Verbündeten war fortan, die deutschen Stände, sei es durch Verhandlungen oder Waffengewalt, zum Anschluß zu bewegen. Die Vorbereitungen dazu waren ja schon lange vor dem endgültigen Abschluß, namentlich von Kursachsen aus, eifrig betrieben worden, denn dem Kurfürsten fiel es zu, die deutschen Protestanten dem Frieden geneigt zu machen und sich mit Schweden auseinanderzusetzen.

Daß beides nicht so leicht werden würde, hatte Johann Georg schon aus der Stimmung der deutschen Stände während der Verhandlungen entnehmen können, und er mußte sich hiervon noch mehr überzeugen, als sich nach der Veröffentlichung des Friedens überall im evangelischen Lager Stimmen erhoben, die ihn für unannehmbar, unvereinbar mit einem evangelischen Gewissen erklärten und gegen den Kurfürsten die schwersten Angriffe namentlich wegen seiner Nachgiebigkeit in der Amnestie- und schlesischen Frage erhoben. Schon am 4. Juni hatte Arnim um seine Entlassung gebeten, weil er den neuen Kurs der sächsischen Politik nicht mitmachen wollte. Der mecklenburgische Geheime Rat Witte in Lübeck schrieb an Adolf Friedrich über den Frieden mit den Worten des Sallust: Verbis pax nuntiabatur, ceterum re bellum asperrimum. Ähnliche Urteile liegen in Menge von anderen protestantischen Staatsmännern und Heerführern vor. Die beiden schnell verbreiteten und mehrmals nachgedruckten offiziellen Publikationen des Friedens zu Wien und Dresden riefen alsbald eine ganze Literatur von Streitschriften hervor, die auch meist gegen den Frieden gerichtet waren.[216]) Und trotz dieser dem Frieden durchweg so ungünstigen Stimmung sehen wir im Laufe des Sommers 1635 einen evangelischen Fürsten nach dem anderen sich für ihn erklären und seine allgemeine Durchführung endlich nicht eigentlich an der ablehnenden Haltung der evangelischen Stände scheitern, sondern an dem Grundschaden der habsburgisch-sächsischen Friedenspolitik, die stark genug zu sein vermeinte, auch den in Deutschland eingedrungenen fremden Mächten auf diese Weise den Frieden diktieren zu können.

Wie die Stimmung über den Frieden in Niedersachsen war, haben wir bereits an dem Beispiel der mecklenburgischen Herzöge gesehen; und die übrigen Stände dachten nicht anders darüber, obwohl sie sich doch Schweden gegenüber fast in gleicher Lage befanden. Alle diese Fürsten, in erster Linie die Welfen, standen seit dem Bekanntwerden der Friedensverhandlungen in Beziehungen zu Kursachsen und waren von vorne-

[216]) Hitzigrath, Publizistik des Prager Friedens, beschreibt 64 Druckschriften, die sich auf den Frankfurter Konvent, den Pirnaer und Prager Frieden beziehen. Darunter sind nur wenige, die für den Frieden sprechen, und diese dann offiziell beeinflußte Rechtfertigungen aus Dresden. Die bedeutendste aller dieser Flugschriften sind die mehrfach erwähnten Pirnischen und Pragischen Friedenspakten. (Vergl. Hitzigrath S. 41 ff.)

herein zur Annahme geneigt. Wohl tauchte auf die dringenden Vorstellungen der Oberkreise hin der Gedanke an einen Zusammenschluß aller Evangelischen mit der Spitze gegen den Frieden, vielleicht auch Schweden, auf, doch gewann bald die Überlegung die Oberhand, daß bei der Lage der Dinge ein Eintreten für die Oberdeutschen, namentlich für die Pfälzer, eine große Gefahr für den Kreis bedeutete, insofern sie dadurch in Gegensatz zum Kaiser gerieten. Dies trat deutlich auf dem Kreistage hervor, der zum 26. Mai 1635 nach Braunschweig berufen war.[217]) Es handelt sich hier vornehmlich darum, ob die niedersächsische Kreisarmee noch vor der Ratifikation des Friedens, von der man ja, obgleich sie bereits erfolgt war, noch keine Nachricht hatte, dem von Kursachsen angebotenen Waffenstillstand beitreten sollte[218]), und ferner um die Stellung zum Frieden überhaupt, zu den Oberkreisen und Schweden. Man verhandelte durchaus noch auf der Grundlage des Pirnaer Friedens und kam zu dem Entschluß, ihn nach seiner Ratifikation anzunehmen und bis dahin dem Waffenstillstand beizutreten.[219]) Daß mit Schweden und Frankreich Verhandlungen angeknüpft würden, erwartete man mit Bestimmtheit und schrieb in diesem Sinne an Kursachsen. Gleichzeitig aber wurde beschlossen, zur weiteren Unterhaltung der niedersächsischen Armee auf 3 Monate den 12fachen Römerzug und 15 000 Malter Korn zu bewilligen.

Man wird annehmen müssen, daß diese Braunschweiger Beschlüsse zum größten Teil unter dem Einfluß Herzog Georgs zustande gekommen sind, denn sie zeigen eine auffallende Ähnlichkeit mit denen der Nordhäuser Zusammenkunft Georgs mit Wilhelm von Weimar und dem Landgrafen Wilhelm von Hessen. Diese Fürsten hatten sich zwar auch im Prinzip für den Frieden erklärt, aber mancherlei Änderungsvorschläge getan und beschlossen, vor allem eine abwartende und zwar bewaffnete Haltung einzunehmen.[220]) Die Hauptsache war somit für Georg die Aufrechterhaltung einer militärischen Macht auch im nieder-

[217]) Proposition vom 29. Mai und Abschied vom 9. Juni bei Chemnitz II S. 723 ff. Dürbeck S. 20 Anm. 1 nennt versehentlich Lüneburg als Versammlungsort.

[218]) Georg von Lüneburg hatte den Waffenstillstand durchaus noch nicht am 28. Febr. angenommen, wie Schnell S. 82 behauptet. Vergl. v. d. Decken, Georg von Braunschweig-Lüneburg Bd. 2 S. 246 ff.

[219]) Damit war aber keineswegs eine bindende Annahme des Prager Friedens ausgesprochen, wie v. d. Decken Bd. 2 S. 260 behauptet.

[220]) Vergl. Dürbeck S. 21.

sächsischen Kreise, um diese im gegebenen Falle, sei es gegen den Kaiser, sei es gegen Schweden, gebrauchen zu können.[221])

Adolf Friedrichs Abgesandter in Braunschweig, Reinking, hatte zwar mit Rücksicht auf die Armee Baners, die Oberdeutschen und Wilhelm von Hessen, die nach einem Waffenstillstand der Niedersachsen mit dem Kaiser notwendig von der kursächsisch-kaiserlichen Armee würden angegriffen werden, gegen eine solche Waffenruhe zumal vor der Ratifikation, wohl aber für die Annahme des Friedens gesprochen. Zwar hatte Adolf Friedrich aus den Berichten seines Geschäftsträgers in Dresden bereits von der Umgestaltung der Pirnaer Artikel erfahren und vor allem die Gewißheit erlangt, daß Verhandlungen mit Schweden vorläufig nicht stattfinden würden, doch machte ihn das trotz großer Bedenken nicht an seiner Absicht irre, seinem Lande auf jeden Fall den Frieden wiederzugeben. Er lebte nach wie vor der Hoffnung, daß sich auch jetzt noch ein Ausweg, Schweden zufriedenzustellen, finden lassen werde, wenn nicht mehr vor, so nach dem Abschluß des Friedens.

In den ersten Tagen des Juni kam endlich die Nachricht vom definitiven Friedensschluß und bald auch von der erfolgten beiderseitigen Ratifikation.[222]) Nicht viel später, am 24. Juni, gelangte durch Herzog August von Braunschweig-Lüneburg eine authentische Abschrift der Friedenspunkte nach Schwerin. Am nächsten Tage folgte ein Abdruck aus der kursächsischen Hofbuchdruckerei, vom Kurfürsten vertraulich übersandt, mit der gleichzeitigen Nachricht, daß an Baner zwecks Anknüpfung von Verhandlungen bereits geschrieben wäre. Die offizielle Mitteilung im Auftrage und mit dem Patent des Kaisers vom 2./12. Juni traf mit einem Begleitschreiben Johann Georgs vom 20. Juni und der Aufforderung, binnen 10 Tagen nach Empfang den Frieden anzunehmen, durch einen kursächsischen Kammerdiener am 3. Juli in Güstrow, am 7. bei Adolf Friedrich in Hagenow ein.[223]) Man erfuhr zwar wenig Neues daraus, da ja die meisten und wichtigsten Bestimmungen, auch

[221]) Vergl. Ritter III S. 600.

[222]) Berichte Salvedts d. d. Dresden, 24. Mai u. 5. Juni 1635. Orig. A. S.: Fr.

[223]) Alle Aktenstücke im Original A. S.: Fr. — Die Mitteilung Helbigs S. 632, wonach das Friedenspatent mit dem Hauptfriedensschluß erst nach d. 21. Juni von Dresden aus verschickt sei, steht damit in Widerspruch. Vergl. Dürbeck S. 28 Anm. 2. — Das kaiserliche Patent ist gedruckt bei Londorp IV S. 473.

die wesentlichen Prager Änderungen, bereits bekannt waren, aber man hatte nun doch die offizielle Bestätigung und, was Mecklenburg betraf, den endgültigen Wortlaut des Artikels im Hauptfriedensschluß wie den des Memorials.[224])

Ein Vergleich der Prager Fassungen mit den Pirnaern zeigt, daß im Rechtsinhalt kein Unterschied eingetreten, sondern die Bedingungen der Restitution der Herzöge die gleichen geblieben waren. Wohl aber sind in der Form für den Ton des Prager Friedens sehr bezeichnende Abweichungen zu entdecken. So ist zunächst an Stelle der langen „Erklärung" im Pirnaer Hauptfriedensschluß, in der gleichzeitig von einer Restitution auf dem Rechtswege sowie aus kaiserlichen Gnaden die Rede ist, die kurze Bestimmung des Prager Friedens getreten, die einfach „aus angeborener Güte" die Herzöge wieder „zu kayserlichen Hulden und Gnaden" aufnimmt. Im Hinblick aber auf den tatsächlichen Wert jener Pirnaer „Erklärung" ist diese Verkürzung und Auslassung der Rechtswegklausel nur konsequent, und wir können dem Kommentator in den „Pirnischen und Pragischen Friedenspakten" nicht zustimmen, wenn er darin eine arge Benachteiligung der Herzöge sieht.[225]) Das Memorial endlich trug in seinem veränderten Wortlaut nur den veränderten Terminen Rechnung und verlangte innerhalb 10 Tagen a die notitiae eine Annahmeerklärung und innerhalb eines Monats das „allerunterteniġste Schreiben" an den Kaiser. Im übrigen blieb es bei der Zahlung von 100 000 Talern in 4 Terminen.[226])

Obwohl die Herzöge längst ihren Entschluß gefaßt hatten, den Frieden anzunehmen, so kam ihnen doch jetzt, wo sie wirklich davor standen, das Folgenschwere ihres Vorhabens noch einmal

[224]) Siehe Beilagen Nr. 2 und 4.

[225]) Es heißt hier S. 123: „. . . . welche via juris aber nunmehr ihnen den Herzögen abgeschnitten ist und sie also ohne einige Widerrede sich für Reos erkennen, gratiam culpae suchen und depreciren sollen."

[226]) de Beehr, Rerum Meclenburgicarum l. VII, 3 p. 1301 gibt als Strafsumme 40 000 Taler an, die an den früheren Statthalter Wallensteins, Wingiersky, zu zahlen seien, der sie den Ständen damals vorgeschossen habe. Franck, Altes und neues Mecklenburg, 13. Buch S. 171 folgt ihm darin. Schnell S. 81 spricht von 300 000 Talern, zahlbar in 3 Jahren, während die Pirnischen und Pragischen Friedenspakten, die er S. 171 Anm. 48 zitiert, das betreffende Memorial gar nicht enthalten. Richtig erwähnen die Bedingungen Grotefend, M. Jbb. 66 S. 268 und Chemnitz II S. 610.

deutlich zum Bewußtsein. Gerne hätten sie die Angelegenheit von den niedersächsischen Ständen gemeinsam beraten und erledigt gesehen, und das Bedürfnis nach einem neuen Kreistage spricht sich in mehreren ihrer Schreiben aus, da doch die Braunschweiger Beschlüsse nur provisorisch gewesen waren.[227]) Aber die Zeit war zu kurz, und Antworten auf schriftliche Anfragen, die man an benachbarte Fürsten ergehen ließ, um deren Entschluß zu erfahren und sich danach zu richten, waren teils ausweichend und unbestimmt gehalten, teils gelangten sie zu spät in die Hände der Herzöge. So wußte man vor allem nicht genau, wie Kurbrandenburg sich endgültig stellen würde, da seine Verhandlungen mit Kursachsen noch schwebten.[228]) Auch Herzog Georgs Stellungnahme war noch nicht klar, seitdem der Plan eines Zusammengehens mit Wilhelm von Hessen, Wilhelm von Weimar und Baner gegen den Frieden an den Interessengegensätzen gescheitert und ein heftiger Gegensatz zu Schweden entstanden war, der durch Oxenstiernas Mißtrauen noch verschärft wurde und endlich dazu führte, daß die schwedischen Regimenter in Georgs Armee abberufen und dem General Specrreuter unterstellt wurden.[229]) Andererseits hielt ihn von der Annahme des Friedens wieder die Hildesheimer Angelegenheit zurück.

So sahen sich die mecklenburgischen Herzöge schließlich doch auf ihre eigene Entscheidung gestellt, wenn sie den Termin nicht verstreichen lassen wollten. Das aber schien ihnen aus Sorge, in dem Falle des Friedens überhaupt verlustig zu gehen, zu gefährlich. Es bedeutete, aufs neue mit dem Kaiser in Konflikt zu geraten, noch einmal den Besitz des Landes aufs Spiel zu setzen und sich Schweden gänzlich in die Arme zu werfen, dessen Stern einmal im Sinken war und mit dessen Bundesgenossenschaft man ferner so schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Außerdem war ein gütlicher Ausgleich mit dem einstigen Alliierten ja noch nicht ausgeschlossen. Am 11. Juli fand in Güstrow, wo sich anläßlich der Hochzeit einer Tochter Hans Albrechts mit dem Herzog August von Braunschweig-Lüneburg auch Adolf Friedrich befand, eine Zusammenkunft der beiderseitigen Kanzler unter Zuziehung der ständischen Landräte statt, da die Berufung

[227]) Adolf Friedrich an August von Braunschweig-Lüneburg d. d. Schwerin, 28., an Kurbrandenburg d. d. 30. Juni, an Hans Albrecht d. d. Hagenow, 6. Juli 1635. Konz. A. S.: Fr.

[228]) Vergl. Dürbeck S. 23—25 u. 32 ff.

[229]) v. d. Decken II S. 264 ff. und Aktenbeilagen Nr. 164 u. 172 S. 397 ff.

eines Landtages, die anfangs beabsichtigt war, sich wegen Kürze der Zeit verbot. Es kam nochmals zu einer Erörterung aller Bedenken. Da aber die Landräte den Frieden in seinen Einzelheiten noch nicht kannten und die Verhandlungen sich in die Länge zu ziehen drohten, wurden sie abgebrochen und „durch unterschiedliche Unterredung beiderseits Räte, wozu J. F. Gn. Ihre Landräte allezeit mit zugezogen, geschlossen."[230]) Das Resultat war, daß am 13. Juli die verlangte Annahmeerklärung im Namen beider Herzöge ausgefertigt und mit einem Begleitschreiben an den Kurfürsten von Sachsen 3 Tage darauf durch einen Trompeter nach Dresden abgeschickt wurde.[231]) Das Submissionsschreiben, das erst 4 Wochen nach der Publikation des Friedens fällig war, wurde später durch eine besondere Gesandtschaft in Dresden überreicht. Die Annahmeerklärung trug die Form der ursprünglichen Fassung ohne die auf Erlaß der Mecklenburg treffenden Bedingungen anspielende Klausel. Der Kurfürst von Sachsen wurde noch einmal dringend gebeten, die Unterhandlungen mit Schweden aus den bekannten, hier noch einmal deutlichst und umständlich wiedergegebenen Gründen nun auch wirklich in die Wege zu leiten. Die Akzeptation des Friedens für das durch Adolf Friedrich als Administrator vertretene Stift Schwerin erfolgte, nach Verständigung mit dem Kapitel, erst etwas später und wurde Mitte August durch die damals am kurfürstlichen Hofe weilende mecklenburgische Gesandtschaft überreicht.[232]) Am 21. August schickte der Kurfürst zusammen mit anderen auch die mecklenburgische Annahmeerklärung nach Wien, von wo dann am 26. September vom Kaiser an die Herzöge ein Antwortschreiben vom 1./11. September einlief, in dem es unter anderem heißt:

[230]) Protokoll des Schweriner Geheimsekretärs Gabriel zur Nedden. Orig. A. S.: Fr.

[231]) Originale im A. D.: Pr. Fr. 8. — Von einem Beitritt der Herzöge zum Frieden, wovon v. d. Decken II S. 257 und Barthold I S. 254 als am 25. April geschehen sprechen, kann keine Rede sein. Es kann sich höchstens um eine Versicherung der Friedensliebe und der Absicht, im gegebenen Fall den Frieden anzunehmen, handeln, wie ich sie freilich unter diesem Datum nicht gefunden habe. — Die Bemerkung bei Stehmann, Beiträge zur Geschichte des Herzogs Adolf Friedrich I. von Mecklenburg-Schwerin in den Jahren 1636—1646, Dissertation, Schwerin 1906, S. 9 Anm. 1, die Herzöge hätten sich beeilt, ohne weiteres Abwägen ihren Beitritt zu erklären, ist nach dem Gesagten nicht zutreffend. Auch die Darstellung bei Grotefend, M. Jbb. 66 S. 268, erfährt einige Berichtigungen.

[232]) Sonderinstruktion Adolf Friedrichs für Joachim v. Lützow d. d. 29. Juli 1635. Orig. A. S.: Fr.

„. . . so nehmen Wir E. L. L. hiermit wiederum zu kayserlicher Huld und Gnaden auf und an, und soll dasjenige alles, was vorübergangen, gänzlichen vergessen sein, wollen auch fürder E. L. L. gnädigster Herr und Kayser verbleiben. Versehen Uns auch hingegen und ermahnen dieselbe hiermit gnädigst, E. L. L. werden in Kraft vorangezogenen Friedensschlusses daran sein, wie die Schweden aus dero Landen kommen und Sie Ihre Festungen und Seeporten mächtig werden, und solche zu unserer, des hl. Reichs und E. L. L. selbst eigenen Versicherung in guter Wahrung haben möchten . . . . ."[233]) Am 30. September endlich wurde von Bützow die Veröffentlichung des aus Celle den niedersächsischen Ständen mitgeteilten kaiserlichen Mandatum avocatorium, inhibitorium et relaxatorium vom 21./31. Juli in allen Ämtern verfügt.[234]) Dem am 22. Juli in Güstrow zusammentretenden Landtage teilten die Herzöge in der Proposition die vollzogene Annahme des Friedens mit und stellten den Ständen die nähere Mitteilung der Akten nach Regelung der Kontributionsangelegenheit in Aussicht. Von den Bedingungen des Friedens war weiter keine Rede, und auch die versprochene Aushändigung des Aktenmaterials, woran die Stände verschiedentlich erinnerten, ging auf dem Landtage jedenfalls nicht mehr vor sich.[235]) Die Haltung der Stände zeigt aber auch später keine Opposition gegen diese Politik der Fürsten. In diesem Punkte waren die Interessen auf beiden Seiten die gleichen, und man wird sich erinnern dürfen, daß die Stände schon zur Zeit des dänischen Krieges immer für Frieden mit dem Kaiser eingetreten waren.

[233]) Orig. A. S.: Fr.
[234]) Orig. A. S.: Fr.
[235]) Spalding, Landtagsprotokolle II S. 337 ff.

V. Die Folgen.

Somit hatte Mecklenburg seinen Frieden mit dem Kaiser gemacht. Die Herzöge waren wieder anerkannt und im rechtlich gesicherten Besitz ihres Landes. Das Streben nach dieser Aussöhnung, die Aussicht auf Frieden überhaupt nach fast 20jähriger Kriegszeit, die besonders in den beiden letzten Jahren das Land schon recht hart mitgenommen hatten, ferner die Hoffnung auf Befreiung vom schwedischen Bündnis und die Furcht vor einer dauernden schwedischen Festsetzung in Mecklenburg waren die Hauptmotive gewesen, welche die Herzöge zu ihrem Schritt veranlaßt hatten. Freilich entsprach der Friede durchaus nicht in allen Punkten ihren Wünschen, aber alles übrige machte ihnen weniger Kopfzerbrechen als die schwedische Frage, von deren glücklicher Lösung nunmehr das fernere Schicksal Mecklenburgs abhing. Die Hoffnungen Adolf Friedrichs waren dahin gestellt, Schweden selbst irgendwie den Anschluß zu ermöglichen. Und die Berechtigung dazu schien sich bestätigen zu wollen, als der Kurfürst in seiner Empfangsbestätigung der Annahmeerklärung bereits von dem Beginn der Unterhandlungen berichten konnte, der am 18. Juli in Magdeburg durch eine kursächsische Gesandtschaft an Oxenstierna stattgefunden hatte.[236])

Oxenstierna war nach den für ihn wenig erfolgreichen Verhandlungen mit Frankreich in Compiègne über den Haag Anfang Juni auf niederdeutschem Boden in Stade angekommen. Über den Gang der Prager Verhandlungen war der Reichskanzler ohne Zweifel unterrichtet. Die Bedingungen zu beeinflussen hatte er keine Macht und er gab sich auch wohl kaum der Hoffnung hin, daß die aus Worms von den Ständen und ihm nach Dresden gelangten Vorstellungen irgend welchen Erfolg haben würden. Gleich bei der Ankunft in Stade erhielt er die Nachricht vom definitiven Friedensschluß, und nicht viel später wurden ihm

[236]) Johann Georg an Adolf Friedrich d. d. Leipzig, 24. Juli 1635. Orig. A. S.: Fr.

auch die Artikel mit Ausnahme einiger Nebenrezesse bekannt.[237]) Die Stellung des Reichskanzlers zum Frieden lernten wir schon bei Gelegenheit des Wormser Konvents kennen, und sie konnte seitdem keine andere geworden sein, besonders nachdem er Gewißheit hatte, wie der Friede die deutschen Verhältnisse regeln wollte. Wohl war er sich bewußt, daß seine früheren Forderungen oder gar die Pläne seines königlichen Herrn nicht aufrechtzuerhalten wären. Er sah ein, daß ein ehrenvoller Friede, der seinem Staate einen einigermaßen angemessenen Gewinn brächte, nicht mehr von der Hand zu weisen wäre. Der Gedanke an eine Landerwerbung war dabei noch durchaus nicht aufgegeben. Hierauf ließ nun freilich der Friede wenig Aussicht, aber wie die Dinge lagen, durfte sich der Reichskanzler ihm gegenüber nicht so gänzlich ablehnend verhalten, wie das anfangs wohl den Anschein haben konnte. Er mußte zum mindesten, wenn auch widerstrebend und ohne innerliche Überzeugung und Hoffnung auf Erfolg, auf die Verhandlungen eingehen, die der Kaiser dem Kurfürsten mit Schweden zu führen zugestanden hatte. Zwar ersuchte er den Kurfürsten nach seiner Ankunft in Magdeburg in einem wie bittere Ironie klingenden Schreiben um offizielle Auskunft über die Friedensbestimmungen, da die ihm zu Augen gekommenen Drucke ganz gewiß Fälschungen der Feinde wären, weil sie nichts von Schweden enthielten[238]), aber sein Verhalten zeigt doch schon seit dem Scheitern des Heilbronner Bundes deutlich, daß er über den Frieden, dessen Bestimmungen und Tendenz ihm nur zu gut bekannt waren, zu verhandeln bereit wäre. Das bewies er jetzt durch seine Reise nach Magdeburg, nachdem freilich der Kurfürst die Notwendigkeit eines gütlichen Ausgleichs mit Schweden erkannt, durch ein Schreiben an Bauer vom 4. Juni auf dessen Anfrage Mitteilung von dem Friedensschluß gemacht und jetzt neuerdings durch seine Gesandtschaft an den Reichskanzler den unmittelbaren Anstoß zum Eintritt in die Verhandlungen gegeben hatte.[239])

Die Nachricht, daß Verhandlungen über den Beitritt Schwedens zum Frieden eingeleitet wären, mußte die mecklenburgischen Herzöge

[237]) Oxenstierna an seine Regierung d. d. Stade, 6. Juni 1635. Handlingar 35, S. 21 ff.

[238]) Oxenstierna an Kursachsen d. d. Magdeburg, 6. Juli 1635. Londorp IV S. 487 f.

[239]) Bauer an Johann Georg d. d. Egel, 14. Mai 1635. Johann Georg an Bauer d. d. Dresden, 4. Juni 1635. Londorp IV S. 457 und 486.

wesentlich beruhigen. Noch blieb ihnen aber die Sorge, ob der Kurfürst dem Reichskanzler soweit entgegenkommen würde, um diesem den Beitritt zu ermöglichen, ja, ob es Schweden mit seinem Einlenken überhaupt Ernst wäre? Man wußte, daß in Oxenstiernas Umgebung noch recht wenig freundlich über den Frieden geurteilt wurde.

Adolf Friedrich hatte auf die verschiedenen Warnungsschreiben des Reichskanzlers immer äußerst vorsichtig geantwortet und, ohne sich über seine Ansicht über den Frieden näher auszulassen, von dem „sehr bedenklichen und gefährlichen Zustand unseres geliebten Vaterlandes" gesprochen, sowie von der Notwendigkeit „eines allgemeinen und ehrbaren Friedens", worin „der hohen meriten der Kron Schweden mit gebührender Satisfaktion" gedacht werden müßte.[240]) Dagegen konnte Oxenstierna nichts einwenden. Doch meinte er vom Prager Frieden, daß er „eher Trennung und dissolution als die ersehnte coalescierung aller Mitinteressierten" erreiche. Lohausen gegenüber äußerte er die Hoffnung, Adolf Friedrich werde „sich mit der Annahme des pragerischen, hochschädlichen, gefährlichen und präjudicierlichen Friedens nicht eilen", während er an den Herzog selbst nur schreibt, er hoffe, er werde wie die übrigen Fürsten hinsichtlich des Friedens den richtigen Entschluß fassen.[241]) Dagegen erklärte Baner dem niedersächsischen Kreisrat Dannenberg, er habe nicht verhofft, „daß Fürsten und Stände einen solchen gefährlichen, der Kron Schweden und ihnen selbst disreputierlichen Frieden in Ewigkeit hätten einzugehen gedenken sollen, als er jetzt von gewissen Orten mit Bestürzung vernehme."[242]) Adolf Friedrich hätte gerne eine persönliche Zusammenkunft mit dem Reichskanzler gehabt, und dieser hatte anfangs denselben Wunsch, um auf den Herzog nachdrücklicher einwirken zu können, doch riefen ihn die Ereignisse bald nach Magdeburg.[243]) Eine vorherige Verständigung über

[240]) Adolf Friedrich an Oxenstierna d. d. Schwerin, 28. Juni 1635. Konz. A. S.: Fr.

[241]) Oxenstierna an Adolf Friedrich d. d. Hamburg, 14. Juni, d. d. Magdeburg, 8. Juli 1635, Lohausen an Adolf Friedrich d. d. Magdeburg, 4. Juli 1635 über eine Unterredung mit Oxenstierna in Gardeleben vom 2. Juli.

[242]) Dannenberg an Adolf Friedrich d. d. Hildesheim, 29. Juni 1635. Orig. A. S.: Fr.

[243]) Oxenstierna an Adolf Friedrich d. d. Hamburg, 14. Juni, Adolf Friedrich an Oxenstierna d. d. Schwerin, 28. Juni, Lohausen an Adolf Friedrich d. d. Hildesheim, 29. Juni. Orig. bezw. Konz. A. S.: Fr.

den Frieden war also nicht mehr möglich gewesen, obgleich Adolf Friedrich noch einen Tag vor der Abfassung seiner Annahmeerklärung Lohausen gegenüber diese Absicht geäußert und ihm angezeigt hatte, daß er vorläufig eine „dilatorische" Antwort an den Kurfürsten habe abgehen lassen, d. h. sich also noch nicht für den Frieden entschieden habe.[244]) Lohausen hatte dem Reichskanzler auch bereits hiervon Mitteilung gemacht und Adolf Friedrichs Entschluß gepriesen[245]), aber inzwischen hatte dieser es doch vorgezogen, den Termin nicht zu versäumen und seinen Anschluß zu vollziehen.

Dem Reichskanzler nun in der geeigneten Weise hiervon Mitteilung zu machen, war die Aufgabe einer besonderen Gesandtschaft, die aus Cothmann und Rochow bestand und am 25. Juli in Magdeburg eintraf. In der Audienz, die sie am 31. bei Oxenstierna hatten, setzten sie ihm auseinander, daß die Herzöge sich genötigt gesehen hätten, den Frieden anzunehmen, aber keineswegs aus Feindschaft gegen Schweden, sondern vielmehr in der Hoffnung, dadurch ihr Land zu retten und der Krone Schweden auch künftig noch nützen zu können. Einen Bruch des schwedischen Bündnisses sollte ihre Handlungsweise nicht bedeuten, da die Herzöge doch nicht mit dem Feinde traktiert hätten, sondern „metu majoris et pro evitando extremo periculo" dazu gezwungen worden wären. Sie betonten, daß Mecklenburg sich stets die größte Mühe gegeben habe, Schweden in die Verhandlungen hineinzuziehen und diese auch künftig auf alle Weise unterstützen werde, um Schweden zu einer genügenden Satisfaktion zu verhelfen.[246]) Diese Darstellung war also darauf berechnet, die Annahme des Friedens seitens der Herzöge im günstigsten Lichte erscheinen zu lassen. Oxenstiernas Antwort lautete ziemlich maßvoll, da die Notlage ihn zwang, den deutschen Fürsten, an deren Beitritt zum Frieden er doch nichts mehr ändern konnte, nicht allzu schroff gegenüberzutreten, denn die offenbare Umgehung, ja Entstellung der Tatsachen seitens der Gesandten konnte ihn doch unmöglich täuschen. Er billigte im allgemeinen den Schritt der Herzöge, beklagte sich aber mit einem deutlichen Seitenhiebe gleichzeitig bitter über den Undank der Evangelischen und wies

[244]) Adolf Friedrich an Lohausen d. d. Güstrow, 12. Juli 1635. Orig. A. S.: Hausarch. Die „dilatorische Antwort" v. 7. Juli an Kursachsen. Konz. A. S.: Fr.

[245]) Lohausen an Adolf Friedrich d. d. Magdeburg, 19. Juli 1635. Orig. A. S.: Fr.

[246]) Instruktion d. d. 15. Juli 1635. Orig. A. S.: Fr.

auf die Gefahr und Nachteile hin, die der Friede notwendig den deutschen Ständen bringen müßte. Doch sei das ihre Sache. Seine Aufgabe wäre es, wie er „sein Vaterland aus diesem Beschwer mit Ehre und Reputation herausziehen möchte", wozu er einstweilen wenig Mittel und Wege sähe. Er ließ ferner ziemlich unzweideutig durchblicken, daß Schweden sich an die Küste werde zurückziehen müssen, um sich dort im Notfalle aufs äußerste zu verteidigen, und sich „gleich wie ein Hund auf die Hinterbeine setzen und um sich beißen würde", wobei freilich „diejenigen an selbigem Ort und die in der Mitte säßen, hart betroffen" würden. Von den Verhandlungen mit Sachsen schien er sich also wenig zu versprechen.[247])

Diese Aussicht mochten die Herzöge mit recht gemischten Gefühlen vernehmen, zumal als wenig später Lohausen sich gleichfalls dahin äußerte, wie er wenig Hoffnungen auf Erfolg der Verhandlungen habe und im Falle eines erneuten Krieges gerade Mecklenburg zum Schauplatz werden müsse.[248]) Wenn die Herzöge also nicht schon vorher die Absicht gehabt hätten, den Gang der Verhandlungen auf alle nur mögliche Weise zu fördern und namentlich Kursachsen zum Entgegenkommen in der Satisfaktionsfrage zu veranlassen, so hätten diese Nachrichten ihnen die Notwendigkeit eines vermittelnden Eingreifens ganz unzweifelhaft machen müssen. Aber schon am 7. August waren in Leipzig, wo sich der Kurfürst damals aufhielt, die mecklenburgischen Räte von Lützow und Sehstedt eingetroffen.[249]) Ihre Instruktion lautete neben Überreichung des Submissionsschreibens und der Annahmeerklärung für das Stift Schwerin in der Hauptsache eben dahin, den Kurfürsten noch einmal eindringlich auf die Notwendigkeit einer genügenden Satisfaktion Schwedens hinzuweisen, die nach Meinung der Herzöge in einer „Realsatisfaktion" bestehen müßte. Über deren Art äußerten sie sich freilich nicht weiter, doch muß man darunter wohl eine Satisfaktion an Land verstehen. Sodann sollten sie darauf aufmerksam machen und den Kurfürsten um Weitergabe an den Kaiser bitten,

[247]) Bericht der Gesandten d. d. Magdeburg, 5. Aug. 1635. Orig. A. S.: Fr.

[248]) Lohausen an Adolf Friedrich d. d. Magdeburg, 11. Aug. 1635. Orig. A. S.: Fr. Es heißt hier u. a.: das Werk stehet gefährlich und sieht seltsam aus. Pax non pax, sed belli fax.

[249]) Der anfangs für die Gesandtschaft ausersehene Oberst Ilefeld entschuldigte sich damit, daß er das Submissionsschreiben nicht übergeben könnte, weil er stets gegen den Frieden gewesen wäre. Adolf Friedrich an Reinking d. d. Bützow, 23. Juli 1635. Konz. A. S.: Fr.

daß Mecklenburg unter dem Drucke Schwedens die Garnison in Wismar auch künftighin unterhalten müßte, d. h. also den Bedingungen des Friedens nach der militärischen Seite hin nicht nachkommen könnte. Es deckte sich dieses mit der Versicherung Oxenstierna gegenüber, daß man Schweden nicht zum Feinde haben wollte, nur daß dort die Feindschaft gegen Schweden, hier seine Machtstellung als Motive für das passive Verhalten der Herzöge galten.

Die Antwort des Kurfürsten, die sich wegen der gleichzeitigen Verhandlungen mit dem Reichskanzler und der Anwesenheit des brandenburgischen Gesandten Grafen Schwarzenberg etwas verzögerte, lautete wenig aussichtsreich und tröstlich für die Herzöge. Sie erfuhren hieraus wie aus den zahlreichen, den Gesandten mitgegebenen Aktenstücken, daß der Kurfürst sich unbedingt auf den Boden des Prager Friedens stellte und höchstens von einer Geldentschädigung für Schweden etwas wissen wollte. Er bedeutete die Herzöge ihren Vorstellungen gegenüber mit wörtlicher Anführung jenes Artikels des Friedens über die „auswärtigen Potentaten" recht unsanft: „Und dieses nun ist der klare und eigentliche Inhalt des Friedensschlusses, welchen J. F. Gn. acceptieret." Über die Ausführung der militärischen Bestimmungen des Friedens in Mecklenburg äußerte er sich gar nicht.[250]) Nicht schroffer konnte es den Herzögen gesagt werden: Ihr habt den Frieden angenommen, tragt nun auch die Folgen! Der Versuch, fördernd in die Verhandlungen einzugreifen, konnte als gescheitert gelten, und die Herzöge mußten mit großer Sorge auf den Ausgang blicken.

Dagegen sahen sie sich wenigstens der Zweifel enthoben, die sie noch zur Zeit ihrer Annahmeerklärung wegen des Beitritts der übrigen evangelischen Stände hegen mußten. Abgesehen von Bernhard von Weimar, der bereits ganz in die Arme Frankreichs getrieben war, und Landgraf Wilhelm von Hessen, der auf dem besten Wege dazu war, hatten bis Mitte August alle evangelischen Stände ihren Beitritt vollzogen.[251]) Am hartnäckigsten waren Georg von Braunschweig-Lüneburg und der Kurfürst von Brandenburg gewesen. Ersterer war vor allem nicht gewillt, seine militärische Selbständigkeit aufzugeben, und erst als sein Bruch mit Schweden vollzogen und seine Brüder August und Friedrich ihm mit Entziehung der Erbschaft des verstorbenen Friedrich Ulrich

[250]) Instruktion d. Gesandten d. d. 20. Juli, kurfürstliche Resolution d. d. Leipzig, 15. Aug., Bericht d. Gesandten d. d. Güstrow, 27. Aug. 1635. Orig. A. S.: Fr.

[251]) Vergl. die Zusammenstellung bei Dürbeck S. 29 Anm. 2 und 4.

drohten, legte er sein schwedisches Generalat nieder und trat mit gewissen Einschränkungen dem Frieden bei.[252]) Kurbrandenburg endlich hatte, nachdem es überzeugt war, daß Oxenstierna in der pommerschen Frage unnachgiebig wäre, nach längeren, anfangs durch Arnim, dann durch Graf Schwarzenberg geführten Verhandlungen am 8. August eine gleichfalls eingeschränkte Beitrittserklärung an Kursachsen überreicht.[253]) Damit war der Abfall von Schweden im ober- und niedersächsischen Kreis vollendet.

Unter diesen Umständen wäre es eigentlich überflüssig gewesen, daß, nachdem alle niedersächsischen Stände bereits bis Ende Juli den Frieden angenommen hatten, am 4. August noch ein Kreistag in Lüneburg zusammentrat, um darüber zu verhandeln. Die Annahme wurde hier nur noch einmal namens des Kreises ausgesprochen. Indessen war der Tag angesagt, als von einer so allgemeinen Annahme des Friedens noch wenig bekannt war, und zwar anfangs auf den 13. Juli. Oxenstierna selbst hatte daher die Absicht gehabt, in Person zu erscheinen und noch einen Versuch zu machen, die niedersächsischen Fürsten für sich zu gewinnen.[254]) Die Aussicht auf eine Zusammenkunft mit dem Reichskanzler bestimmte jedenfalls auch Adolf Friedrich, sich nach Lüneburg zu begeben. Als er jedoch erfuhr, daß weder Oxenstierna noch irgend ein Fürst persönlich anwesend wäre, machte er in Celle Halt und wartete hier den Verlauf der Tagung ab.[255])

Obwohl Oxenstierna inzwischen die Stellungnahme der niedersächsischen Stände erfahren haben mußte, wollte er trotzdem nicht müßig bleiben und fertigte den Hofrat Dr. Steinberg zum Kreistage ab, der noch einmal versuchen sollte, die Fürsten vom Frieden zurückzuhalten.[256]) Dies doch bereits in der Wurzel aussichtslose Unternehmen kennzeichnet die Notlage des Reichskanzlers, der kein Mittel unversucht lassen wollte, die Niedersachsen wenigstens von offenen Feindseligkeiten gegen Schweden abzuhalten.

[252]) v. d. Decken III S. 1 ff., Aktenbeilagen Nr. 178 und 180 S. 205 ff. Georgs Annahme-Erklärung d. d. Celle, 31. Juli 1635. A. S.: Kreisf.

[253]) Dürbeck S. 32 ff. — Georg Wilhelm teilte seinen Beitritt am 27. Aug. dem Reichskanzler, am 28. den Herzögen von Mecklenburg mit. Kop. bzw. Orig. A. S.: Fr.

[254]) Lohausen an Adolf Friedrich d. d. Magdeburg, 19. Juli 1635. Orig. A. S.: Fr.

[255]) Adolf Friedrich an Oxenstierna d. d. Dannenberg, 19. Aug. 1635. Konz. A. S.: Fr. Tagebuch Adolf Friedrichs, 11.—18. Aug. A. S.: Hausarch.

[256]) Instruktion für Steinberg d. d. Magdeburg, 13. Aug. 1635. Kop. A. S.: Fr. Vergl. Chemnitz II S. 782 ff.

Steinberg kam indessen zu spät nach Lüneburg; der Kreistag war bereits am 13. August geschlossen. Nunmehr nahm der schwedische Gesandte seinen Weg zu den einzelnen Ständen selbst. So war er am 2. und 3. September auch bei Adolf Friedrich und Hans Albrecht in Neustadt, um hier sein Anliegen vorzubringen.[257]) Was sollten die Herzöge ihm antworten? In einer längeren Resolution setzten sie nochmals die Notwendigkeit der Annahme des Friedens auseinander und erklärten, daß sie damit keineswegs den vollständigen Bruch mit Schweden hätten bezwecken wollen, sondern auch weiter für eine genügende Satisfaktion Schwedens Sorge tragen wollten. Sie unterließen nicht, gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß zurzeit gerade Abgesandte des niedersächsischen Kreistages bei Kursachsen wären, um in diesem Sinne zu wirken.[258])

Im Hinblick nämlich auf die wenig guten Nachrichten vom Fortgang der Verhandlungen in Sachsen hatte der Kreistag nicht ohne Betreiben Adolf Friedrichs[259]) den Beschluß gefaßt, durch eine Gesandtschaft an den Kurfürsten von neuem die dringende Notwendigkeit eines gütlichen Ausgleiches mit Schweden durch eine ausreichende Satisfaktion auseinanderzusetzen. Den Kreistag bewog zu dieser Maßregel vor allen der drohende Einfall der immerhin noch recht beträchtlichen schwedischen Kriegsmacht in die lüneburgischen und mecklenburgischen Gebiete. Die Satisfaktion Schwedens dachte man sich in Geld bestehend, das nicht nur die evangelischen, sondern namentlich die „neutralen" Stände zu tragen hätten, doch ließ man durchblicken, daß Schweden sich hiermit vielleicht nicht zufrieden geben werde. Nebenbei sollten sodann die Gesandten versuchen, den Erlaß der den mecklenburgischen Herzögen auferlegten Strafsumme von 100000 Talern sowie der

[257]) Adolf Friedrich und Hans Albrecht an Oxenstierna d. d. Neustadt, 3. Sept. 1635. Konz. A. S.: Fr. Tagebuch Adolf Friedrichs, 2. und 4. Sept. A. S.: Hausarch. Vergl. Chemnitz II S. 788 ff.

[258]) Die Resolution erfolgte erst nach mehrfachen Mahnungen Steinbergs am 20. Sept. Konz. A. S.: Fr. Sie war Gegenstand verschiedener Erörterungen zwischen den Brüdern, da Adolf Friedrich glaubte, daß sie mit in die Sammlung der Aktenstücke über die Verhandlungen Schwedens mit den deutschen Fürsten, deren Druck die schwedische Regierung plante, aufgenommen werden könnte. Aus dem Grunde wurde z. B. noch nachträglich der Ausdruck „Feind", der bei der Darstellung des Krieges seit Gustav Adolfs Erscheinen von der kaiserlichen Partei gebraucht war, vorsichtshalber geändert. Adolf Friedrich an Hans Albrecht d. d. Bützow, 21. Sept. 1635. Konz. A. S.: Fr.

[259]) Instruktion f. d. Gesandten Reinking u. Flotow d. d. Dannenberg, 8. Aug. 1635. Konz. A. S.: Kreisf.

den Lüneburgern den Tillischen Erben zu zahlen befohlenen 400 000 Talern zu bewirken. Sie sollten ferner erklären, daß den Kreisständen die Erlegung der im Frieden vorgeschriebenen 120 Römermonate unmöglich wäre. Auch die Ausdehnung der Amnestie auf alle Evangelischen gehörte zu den Wünschen der Niedersachsen.[260]) Am 22. August brachten die Gesandten ihr Anliegen in Leipzig vor. Erst am 9. September erfolgte vom Hauptquartier Barby aus, wohin sich der Kurfürst inzwischen begeben hatte, die Antwort, die, abgesehen von der Amnestiefrage, deren sich der Kurfürst bereits beim Kaiser angenommen hatte, nichts weniger als entgegenkommend lautete. Der Kurfürst verwies wieder auf die noch schwebenden Verhandlungen mit Schweden und gab den Gesandten Abschriften der Aktenstücke mit, lehnte aber einen Erlaß der mecklenburgischen und lüneburgischen Strafgelder sowie der Kriegsbeihülfe als beim Kaiser undurchsetzbar ab.[261]) Dagegen fragte er, der Kurfürst, an, wie es eigentlich mit der Konjunktion der 7 niedersächsischen Regimenter mit seiner Armee stände, die dem Frieden nach unter kursächsischen Oberbefehl treten sollten?

Diese „Konjunktion der Waffen" war der Punkt, der sowohl in der Annahmeerklärung Wilhelms von Weimar ein Gegenstand der Einschränkung war, als auch bei den Verhandlungen mit Brandenburg eine Rolle spielte.[262]) Ebensowenig war, wie wir bereits sahen, Georg von Lüneburg geneigt, die Waffen ganz aus der Hand zu legen. So besagte auch seine Annahmeerklärung über diese Frage nichts, und der Kurfürst hatte bereits in seiner Empfangsbestätigung darauf aufmerksam gemacht, daß der Kaiser daran Anstoß nehmen würde, was sich ihm in der Folge bestätigte.[263]) Trotzdem blieb der Herzog entschlossen, als General des niedersächsischen Kreises diesem seine Truppen zu erhalten, „womit der Kreis sich . . . wider alle kriegende Teile, welche sonsten demselben mit Sammel-Laufplätzen, Einquartierungen und anderen Kriegsbeschwerden zusetzen . . . . sich schützen . . . . und auf den Notfall wider den berührten Friedensstörer sich konjugieren

[260]) Kreisabschied vom 13. Aug. 1635, Instruktion für die Gesandten Engelbrecht (Braunschweig) und Reinking (Mecklenburg) d. d. Lüneburg, 12. Aug. Kop. A. S.: Kreisf. Vergl. Chemnitz II S. 785 ff.

[261]) Reinking hatte indessen Gelegenheit, einem kaiserlichen Abgesandten in Leipzig die Bitte seiner Herzöge um Erlaß der Strafsumme vorzutragen. Bericht an Adolf Friedrich d. d. 1. Sept. Orig. A. S.: Fr.

[262]) Dürbeck S. 30 und 36 f.

[263]) v. d. Decken III S. 8.

könnte."[264]) Die schwierige Frage war nur die des Unterhalts. Georg hatte den Kreisständen in Lüneburg den Vorschlag gemacht, zu diesem Zweck die Summen, die man seiner Ansicht nach doch noch an Schweden zu dessen Satisfaktion werde zahlen müssen, an ihn abzuliefern, da er noch von dort 41 000 Taler rückständige Werbegelder zu fordern hätte. Die Abgesandten wichen einer Antwort aus, da sie nicht instruiert seien.[265]) Der Vorschlag hätte aber sicherlich bei den Ständen selbst wenig Gegenliebe gefunden. Immerhin sprach sich der Kreistag im Prinzip für die Erhaltung der Armee aus und bestätigte die Braunschweiger Beschlüsse, d. h. die Bewilligung des 12fachen Römerzuges auf 3 Monate. Dieser Beschluß stand in einem merkwürdigen, aber bezeichnenden Gegensatz zu der Beteuerung dem Kurfürsten gegenüber, man könnte keine Mittel für den Krieg mehr aufbringen, wie sie der Prager Frieden verlangte.

Adolf Friedrich, der in Celle persönlich mit Georg zusammengekommen war, billigte dessen Absichten durchaus, ja, er hatte sich sogar bereit erklärt, einen Teil der niedersächsischen Truppen ins Land zu nehmen, um nach Möglichkeit die festen Plätze zu besetzen. Die Forderungen des Braunschweiger Tages für die niedersächsische Armee hatte er vordem bereits, kaum 10 Tage nach der Annahme des Friedens, vom Landtage bewilligen lassen.[266]) Auch später hat Georg den Herzog wieder dringend ersucht, ihn bei seinem Vorhaben zu unterstützen, und ihm die Notwendigkeit einer bewaffneten Macht zum Schutze des eigenen Landes gegen jedermann vor Augen gestellt. Wir dürfen nicht zweifeln, daß Adolf Friedrich darauf eingegangen ist, wenn ihn auch der Zustand seines Landes verhinderte, eine irgendwie bedeutende Truppenzahl aufzustellen oder zu unterhalten.[267]) Einstweilen hoffte er ja noch immer, daß es nicht zum äußersten kommen, die Verhandlungen zwischen Kursachsen und Schweden zu einem glücklichen Ereignis führen und ihn so aus aller Not befreien würden.

Diese Hoffnung sollte sich jedoch bald als trügerisch erweisen.

[264]) Memorial Georgs an den niedersächsischen Kreistag zu Lüneburg d. d. 4. Aug. 1635. v. d. Decken III Nr. 181 S. 209 ff.

[265]) v. d. Decken III S. 7 f.

[266]) Spalding, Landtagsprotokolle II S. 336 und 345.

[267]) Georg an Adolf Friedrich d. d. Hildesheim, 18. Aug. 1635. Orig. A. S.: Fr. (v. d. Decken III Nr. 184 S. 212 ff.). – Am 20. Aug. bittet Georg zur Erleichterung des Verkehrs um Ernennung einer vertrauten Vermittelungsperson in Lüneburg, was auf intime Verhandlungen schließen läßt. Adolf Friedrich sagt das zu d. d. Grabow, 31. Aug. Orig. Staatsarch. Hannover.

Schon aus den Berichten seiner Gesandten über ihre wenig erfolgreiche Mission beim Kurfürsten und aus dem Aktenmaterial, das sie mitbrachten oder auch Oxenstierna ihm laufend zuschickte, konnte der Herzog erkennen, daß die Verhandlungen kaum zum Ziele führen würden. Der Vormarsch der sächsischen Armee gegen die Elbe bestätigte, daß der baldige offene Bruch zwischen beiden Parteien höchst wahrscheinlich wäre. Es ist erklärlich, wenn Adolf Friedrich unter dem Eindruck dieser beunruhigenden Nachrichten auf den Gedanken kam, eine neue und einflußreichere Vermittelung einzuleiten. Er dachte hierbei an Dänemark und England, dessen Monarchen doch wegen Bremen bzw. der Verwandtschaft mit dem pfälzischen Hause ein Interesse an den deutschen Angelegenheiten hatten. Herzog August von Braunschweig-Lüneburg, den er für diesen Plan zu gewinnen suchte und der die nötigen Schritte vom niedersächsischen Kreise aus tun sollte, ging aber nicht darauf ein, und so unterblieb die Ausführung dieses Planes.[268])

Die Verhandlungen nahmen unterdes in den beiderseitigen Hauptquartieren Barby und Magdeburg ihren Fortgang, ohne zu besseren Ergebnissen zu führen. Die Nachricht endlich von der plötzlichen Ankunft des Reichskanzlers in Dömitz am 21. September, von wo er nach Wismar weiterreiste, konnte keinen Zweifel mehr an dem Scheitern der Verhandlungen aufkommen lassen. Oxenstierna verwies zwar den darum besorgt anfragenden Adolf Friedrich auf die auch nach seiner Abreise noch fortwährenden Verhandlungen, die unter dem vermittelnden Einfluß Kurbrandenburgs in Schönebeck noch eine Weile fortgesetzt wurden. Aber auch hier wurde kein Übereinkommen erzielt. Am Ende des Monats mußten die Versuche, den Frieden zu erhalten, als endgültig gescheitert gelten.

Obwohl der Reichskanzler den Frieden gewollt hatte und in seinen Forderungen bedeutend herabgegangen war, auch seitens seiner Regierung die weitgehendste Vollmacht besaß, glaubte er sich doch nicht mit dem zufriedengeben zu dürfen, was Johann Georg ihm bot, der seinerseits an der einmal eingeschlagenen Politik des Prager Friedens mit der größten Zähigkeit festhielt. Im Hintergrunde stand dazu die unnachgiebige Haltung des Wiener Hofes.[269]) Wenn man auf schwedischer Seite die Schuld an

[268]) Adolf Friedrich an Herzog August d. d. Eldena, 6. Sept. August an Adolf Friedrich d. d. Celle, 12. Sept. 1635. Konz. bzw. Orig. A. S.: Fr.

[269]) Vergl. Hurter, Friedensbestrebungen Ferdinands II. S. 159 ff.

dem Scheitern der Friedensverhandlungen allein dem starrsinnigen Verhalten des Kurfürsten zuschreiben wollte und dies aktenmäßig zu belegen suchte, so vergaß man eben die schwierige Stellung Johann Georgs den letzten Endes doch immer wieder auf eine Festsetzung Schwedens in Norddeutschland hinzielenden und somit dem Prinzip des Prager Friedens widersprechenden Forderungen des Reichskanzlers gegenüber. Die Verbindlichkeit dieses Friedens aber hatte er zusammen mit dem Kaiser soeben feierlichst verkündet, und fast alle deutschen Stände sich für ihn erklärt.[270])

Die nächste Folge des Abbruchs der Verhandlungen war naturgemäß die, daß der Kurfürst, da Schweden sich dem Prager Frieden nicht fügen wollte, den Kampf eröffnen mußte. Am 2. Oktober brach er aus seinem Hauptquartier Barby auf und folgte zunächst Baner, der bereits am 23. September von den allmählich sich vorschiebenden Sachsen in seinen Quartieren bedrängt, Lohausen mit 2 Regimentern in Magdeburg zurücklassend, ins Lüneburgische gerückt war.[271]) Am 6. erfolgte der offizielle Befehl an die Armee, die sogenannte „Blutorder", die Feindseligkeiten zu beginnen.[272]) Die westliche Route verfolgte der Kurfürst indessen nur wenige Tage, um sich dann nordwärts in die Altmark zu wenden und die Elbpässe zu gewinnen. Es gelang ihm in der Tat, die wichtige, von den Schweden nur schwach besetzte Werbener Schanze zu erobern. Als er jedoch unterhalb von Dömitz bei Schnakenburg den Elbübergang vollziehen und zu dem Zwecke auch jene wichtige Festung einnehmen wollte, erreichte ihn die erste empfindliche Niederlage. Baner hatte nämlich auf die Nachricht von der Marschwendung des Kurfürsten seinen Weg gleichfalls nach Norden genommen, um den Elbübergang zu gewinnen, die Küste zu besetzen und nach Osten hin Fühlung mit den durch den polnischen Waffenstillstand vom 2. September frei gewordenen und nun heranrückenden schwedischen Regimentern unter Torstenson zu bekommen. Er hatte den Generalleutnant

[270]) Die neueste Darstellung der schwedisch-sächsischen Verhandlungen von 1635 bei Dürbeck, Kap. 3 u. 4 nach den Akten des Dresdener Archivs. Gedruckt ist reiches Material bei Londorp IV S. 487 ff. und in der von der schwedischen Regierung herausgegebenen: Nachricht und Information wegen der im Namen der Königl. Maj. zwischen derofelben Kanzlern . . . . Herrn Axel Oxenstirn . . . . und dann den Durchlauchtigsten Herrn Johann Georgen . . . . eine zeithero verübten Akten und Traktaten. 1635. Vergl. Hitzigrath S. 60 f.

[271]) Baner an Oxenstierna d. d. Oldenstadt bei Uelzen d. d. 5. Okt. 1635. Oxenstiernas Skrifter VI S. 216 f.

[272]) Chemnitz II S. 849.

Ruthwen mit der Kavallerie vorausgeschickt, und diesem gelang es am 22. Oktober, den sächsischen General Baudissin vor Dömitz zu schlagen.[273]) Während die Sachsen sich nach Werben zurückzogen, hier über die Elbe gingen und die Gegend von Havelberg und Sandau besetzten, rückte Baner, der in der Nähe von Lauenburg die Elbe überschritten hatte, über Dömitz und Grabow ins südliche und östliche Mecklenburg.

So war denn das lange Befürchtete in der Tat eingetreten: Mecklenburg war Schauplatz des Kampfes zwischen den Schweden und Sachsen geworden. Die eine Partei stand bereits im Lande, die Sachsen lagen drohend und zum Angriff bereit im Süden, während von Osten her Torstenson Vereinigung mit Baner und der kaiserliche General Marazin solche mit dem Kurfürsten suchte. Die mecklenburgischen Herzöge waren nach dem Friedensvertrage gezwungen, sich auf Seite der Sachsen zu stellen und am Kampfe gegen die Schweden teilzunehmen.

Schon vor Baners Anrücken hatten die Schweden in Mecklenburg alle Anstalten zum äußersten Widerstand getroffen. Wir erinnern uns, daß Adolf Friedrich sich zur Übernahme eines Teils der niedersächsischen Truppen erboten hatte, um mit ihnen seinerseits die festen Plätze zu besetzen, und zwar nicht so sehr im Interesse der anrückenden Sachsen, als namentlich zu seinem eigenen. Das mußte ihn aber notwendigerweise in einen Gegensatz zu den schwedischen Absichten bringen, so sehr er das stets zu vermeiden suchte. Am 22. September war das Regiment des Obersten Johann Dietrich von Ehlen in Dömitz angekommen, um diesen Platz zu besetzen und den Elbübergang zu vollziehen, als ihm eine Abteilung des schon einige Zeit im Lande weilenden schwedischen Regiments Wachtmeister unter Oberstleutnant Goldstein zuvorkam und sowohl den Übergang wie die Besetzung der Festung hinderte, die nun mit schwedischem Volk belegt wurde. Ehlen sah sich genötigt, eine Strecke unterhalb von Dömitz, bei Hitzacker, überzusetzen. Seine Truppen besetzten sodann das Schweriner Schloß, Bützow und Rostock, letzteres mit 6 Kompagnien, zum

[273]) Baner an Oxenstierna d. d. Artlenburg, 23. Okt. 1635. Oxenstiernas Skrifter VI S. 230 ff. — Zur Berichtigung von Balck, M. Jbb. 68 S. 96, und nach ihm Schnell, S. 173 Anm. 38 sei gesagt, daß umgekehrt die Eintragung Adolf Friedrichs zum 22. Nov. irrtümlich ist und zum 22. Okt. gehört, während die zum 24. Okt. unverständlich ist. Vielleicht ist das Treffen bei Lenzen vom 24./25. Okt. gemeint. Vergl. Baner an Oxenstierna d. d. Grabow, 6. Okt. Oxenstiernas Skrifter VI S. 234 ff. und Tagebuch des Oberst Vitzthum von Eckstädt, Märkische Forschungen Bd. 16 S. 319 ff.

größten Mißvergnügen Oxenstiernas.[274]) Indessen war nach Oxenstiernas Ankunft in Wismar die Insel Poel unter Demolierung des dortigen herzoglichen Hauses von den Schweden besetzt worden.[275]) Gleichzeitig wurden Vorkehrungen getroffen, Wismar stärker zu befestigen und das nötige Material, Geld und Arbeitskräfte, ohne weiteres von den Herzögen gefordert. Die Folgen des Prager Friedens begannen sich bemerkbar zu machen. Am 25. September erschien sogar in Schwerin eine Kompagnie Reiter vom Regiment Wachtmeister unter dem Major Vietinghoff, dem nach 4 Tagen der Oberst selbst mit 7 weiteren Kompagnien folgte. Adolf Friedrich legte sofort dringende Beschwerde beim Reichskanzler ein und erreichte auch wirklich, daß Oxenstierna den Befehl erteilte, die Truppen aus Schwerin zu nehmen und im Lande zu verteilen, sowie überhaupt den beiden Residenzstädten Schwerin und Güstrow Befreiung von Einquartierung zusicherte. Aber Wachtmeister dachte nicht daran, dem Befehl nachzukommen. Er verlangte endlich sogar für seinen Abzug außer den Unterhaltsgeldern, die sich monatlich auf 11 280 Taler beliefen, noch 10 000 Taler von den Einwohnern Schwerins. Als ihm nur die Hälfte bewilligt wurde, setzte er kurzerhand den Kanzler Reinking und den Geheimen Rat von der Lühe gefangen und ließ sie nach Wismar bringen. Sie wurden zwar nach 14 Tagen wieder entlassen, mußten aber versprechen, in die Haft zurückzukehren, wenn das verlangte Geld nicht in 6 Wochen bezahlt wäre. Erst Anfang November zog Wachtmeister ab.[276]) Man sieht nicht, daß Oxenstierna den Übergriffen des Obersten energisch gewährt hätte.

Daß Adolf Friedrich unter diesen Umständen darauf bedacht war, wirksamere Mittel und Wege als nur Bitten und Vorstellungen zu suchen, das Unheil, das täglich ärger zu werden drohte, wenn möglich noch vor dem Beginn des offenen Kampfes zwischen Baner und den Sachsen auf mecklenburgischem Boden abzuwenden, finden wir begreiflich. So dachte er anfangs daran, noch mehr von Georgs niedersächsischen Truppen an sich zu ziehen

[274]) Adolf Friedrich an Georg d. d. Bützow, 1. Okt. 1635. Konz. A. S.: Inv. host. Vol. XVII. — Oxenstierna ließ der Stadt Rostock drohen, sie würde aller Schiffe und Güter in Schweden verlustig gehen, falls sie Ehlen aufnähme.

[275]) Nach Chemnitz II S. 822 geschah dies, weil die Herzöge Anstalten machten, die Insel ihrerseits zu befestigen und zu besetzen, „damit man zu Wismar keine solche Brille auf die Nase bekäme".

[276]) Er hatte in Schwerin für 46 504 Taler Schaden verursacht, davon 12 360 in bar erhalten. A. S.: Inv. host. Vol. XVII.

und sich mit ihnen der Übergriffe der Schweden, im Notfall auch der Sachsen, zu erwehren. Er schrieb auch in der Tat kurz hintereinander dringend um Übersendung von Soldaten und empfahl als Übergang über die Elbe Winsen, weil alle übrigen Plätze bereits besetzt waren.[277]) Hierzu kam es nun freilich nicht, hauptsächlich weil Georg seine Regimenter selbst zum Schutze seines Landes brauchte und Baner außerdem den Weg sperrte. Nicht viel später fand sodann seine Zusammenkunft mit Johann Georg statt, bei der er endlich seinen Anschluß an die kursächsische Armee versprach.[278]) So blieb dem Herzog denn nichts anderes übrig, als noch einmal den Versuch zu machen, die beiden Parteien miteinander zu versöhnen. Die Not seines Landes trieb ihn dazu, diesen seinen Lieblingsgedanken, der bisher immer gescheitert war, mit noch größerer Energie als bisher wieder aufzunehmen und nunmehr seine eigene Person dazu anzubieten.[279])

Gleich nach Oxenstiernas Ankunft in Wismar wurden zu diesem Zwecke 2 Räte abgesandt, die dem Reichskanzler neue Friedensverhandlungen unter dänischer Vermittelung empfehlen und die Hülfe ihrer Herzöge dabei anbieten sollten. Kursachsen suchte man gleichzeitig für die Wiederaufnahme der Verhandlungen und eine neue dänische Vermittelung zu gewinnen.[280]) Aber

---

[277]) Adolf Friedrich an Georg d. d. Bützow, 8. u. 9. Okt. 1635. Konz. A. S.: Inv. host. Vol. XVII.

[278]) v. d. Decken III S. 28 ff.

[279]) Die mecklenburgische Vermittelung behandelt eingehend Dürbeck Kap. V S. 86 ff.

[280]) Instruktion für H. v. Passow u. H. Z. v. Rochow an Oxenstierna d. d. Doberan, 25. Sept. 1635. Orig. A. S.: Verm. — Hans Albrecht an Johann Georg d. d. Güstrow, 27. Sept. Orig. A. D.: Pr. Fr. 10. — Hiernach berichtigt sich ohne weiteres die Darstellung bei Schnell S. 85 f., die doch, wie schon Dürbeck S. 89 Anm. 7 u. S. 90 Anm. 4 hervorhebt, den Eindruck erwecken muß, als ob die Initiative zu den neuen Verhandlungen von Oxenstierna ausgegangen wäre. Immerhin mag hier eine Stelle aus einem Schreiben Oxenstiernas an Adolf Friedrich aus Magdeburg vom 9. Sept. 1635 (Orig. A. S. Fr.) Erwähnung finden, wo es heißt: „. . . daß man (Kursachsen) gewillt ist, uns an die Küste zu drängen und die moles belli auf E. F. G.= und Nachbarländer zu wälzen, so stelle ich deroselben wegen ihrem hierunter versierendem Interesse anheim, ob Sie sich belieben lassen will, sich durch allerhand dienliche Mittel nochmalig zu interponieren . . . .". Auch Anerbieten der Herzöge, den Frieden zu befördern, auf die sich nach Schnell nunmehr Oxenstierna besonnen hätte, finden sich genug; sie gehören aber ebenso wie Oxenstiernas obige Äußerung einer Zeit an, wo die Verhandlungen mit Sachsen noch Erfolg versprachen. Nunmehr, nach dem Abbruch jener Verhandlungen, bedeutete die Gesandtschaft der Herzöge ein vollkommen

weder Johann Georg noch Oxenstierna wollten von Dänemark, der Kurfürst überhaupt von neuen Verhandlungen nichts wissen, während der Reichskanzler im übrigen die Anträge der Gesandten günstig aufnahm und den Kurfürsten von Brandenburg wie Adolf Friedrich von Mecklenburg vorschlug, in Person die nötigen weiteren Schritte zur Einleitung erneuter Unterhandlungen zu tun.[281]) Sogleich suchte Adolf Friedrich den Kurfürsten von Brandenburg für den Plan zu gewinnen, aber dieser lehnte jede Vermittelung ab und riet dem Herzog, den Reichskanzler zu veranlassen, sich mit den von Kursachsen zuletzt gebotenen 25 Tonnen Goldes als Satisfaktion zu begnügen und „den Bogen nicht zu straff zu spannen".[282]) Kaum hatte Adolf Friedrich diese Absage erhalten, als er die Räte zum zweiten Male nach Wismar sandte, um den Reichskanzler zu ersuchen, „etwas prudenter zu cedieren", „den gefaßten rigorem fallen zu lassen", und „die geschehen Offerten zu acceptieren und totam molem belli zu beenden".[283]) Gleichzeitig weilten pommersche Gesandte in Wismar, die ebenfalls den Auftrag hatten, den Reichskanzler zum Frieden und Nachgeben zu bewegen, weil ihr Land ein noch höheres Interesse daran hatte als Mecklenburg.[284]) Von einem einseitigen Nachgeben wollte nun freilich Oxenstierna nichts wissen, wohl aber ersuchte er die Gesandten, ihre Herzöge zu einer direkten Vermittelung zwischen Kursachsen und seiner Krone aufzufordern. Als leitende Grundsätze ließ er durchblicken, daß er durchaus neue, und zwar direkte Verhandlungen zwischen ihm als schwedischen und dem Kurfürsten als kaiserlichen Bevollmächtigten verlangte und ferner, daß er mit der bisher gebotenen Satisfaktion nicht zufrieden sein könnte. Mit Freuden vernahm Adolf Friedrich diese Aufforderung, und während die Pommern sich an der Vermittelung nicht weiter beteiligten[285]), unternahm er es, persönlich die Verhandlungen

neues Stadium ihrer Vermittlungstätigkeit, wozu sich die Initiative aus der ganzen Situation unmittelbar für sie allein ergab. Jene Äußerung des Reichskanzlers vom 9. Sept. mag sie vielleicht ermutigt haben, wie dies später auch die Mission Straßburgers tat. (S. flg. S.)

[281]) Bericht der mecklenbg. Gesandten d. d. 6. Okt. 1635. Orig. A. S.: Verm.

[282]) Georg Wilhelm an Adolf Friedrich d. d. Cöln, 7. Okt. 1635. Orig. A. S.: Verm.

[283]) Instruktion d. d. Bützow, 12. Okt. 1635. Orig. A. S.: Verm.

[284]) Bär a. a. O. S. 115 ff. Bericht der pommerschen Gesandten vom 27. Okt. Nr. 163 S. 317 ff.

[285]) Ebenda S. 324.

mit dem Kurfürsten einzuleiten und sich in dessen Hauptquartier zu begeben.[286])

Am 29. Oktober traf Adolf Friedrich in Sandau ein, wo am nächsten Tage die Verhandlungen begannen. Der Verlauf der mecklenburgischen Vermittelung ist hier nicht zu verfolgen. Adolf Friedrich scheute bei der wachsenden Not des Landes keine Mühe, sein Ziel zu erreichen. Von Sandau eilte er im November nach Stralsund, wohin sich der Reichskanzler begeben hatte, von dort im Dezember zurück nach Mecklenburg zum Kurfürsten, der in Parchim stand, und wieder nach Stralsund. Im Januar 1636 war er zum dritten Male beim Kurfürsten, in Bernau in der Mark, und im März endlich zum letzten Male bei Oxenstierna in Wismar. Aber der Erfolg war trotz mancher Annäherungen wieder ein negativer, zumal die kriegerischen Ereignisse bereits zu stark auf den Gang der Verhandlungen einwirkten und ein im Dezember 1635 von Adolf Friedrich angestrebter Waffenstillstand wegen der hohen Forderungen Baners nicht zustande kam. Im Januar 1636 konnten die Verhandlungen als gescheitert gelten, obwohl der Herzog sich noch weiter bemühte, später auch die ebenso ergebnislosen Vermittelungsversuche Dänemarks und des Markgrafen Sigismund von Brandenburg 1636/37 unterstützte und endlich noch einmal im Spätsommer 1637 beim Nahen des kaiserlichen Heeres selbst wieder die Vermittlerrolle übernahm, bis im Februar 1638 die Ratifikation des neuen schwedisch-französischen Bündnisses von 1636 allen Friedensaussichten fürs erste ein Ende machte.[287])

So trafen denn die Folgen, die der Prager Friede und die Stellungnahme der Herzöge zu ihm mit sich bringen mußte, die Herzogtümer mit aller Schwere. Für Schweden war Mecklenburg

[286]) Adolf Friedrich teilte Oxenstierna seinen Entschluß am 22. Okt. mit, der ihn am 23. billigte und guten Erfolg wünschte. Konz. bzw. Orig. A. S.: Verm. — Zwischen den beiden mecklenburgischen liegt eine Gesandtschaft des Reichskanzlers an die Herzöge in Person des Kriegsrats Dr. Straßburger, der über die bisherigen Verhandlungen mit Kursachsen eingehend berichten und die Meinung der Herzöge kennen lernen sollte. Den Anstoß zu der mecklenburgischen Vermittelung hat er jedenfalls nicht gegeben. Auch die zweite mecklenburgische Gesandtschaft war bereits vor seinem Eintreffen beschlossen, denn ihre Instruktion ist vom 12. Okt. datiert, während Straßburger erst am 16. bei den Herzögen war. Vergl. Handlingar 37, S. 120 f. und Dürbeck S. 91 Anm. 1.

[287]) Über die neue dänische Interposition vergl. Chemnitz II S. 924 ff. Die sog. zweite mecklenburgische Vermittelung bei Stehmann a. a. O. Kap. 3 S. 39 ff.

fortan ein feindliches Land, so sehr sich die Herzöge bemüht hatten, diese Tatsache zu verbergen. Der Umstand, daß der Vormarsch des Kurfürsten die Schweden nötigte, sich an die Küste zurückzuziehen, mußte dies Verhältnis noch bedeutsamer und verhängnisvoller machen. Zwar hatte Schweden schon vordem zu Zeiten des Bündnisses mit Mecklenburg das Land in nicht geringem Maße zu den Kriegslasten herangezogen; nun aber fielen auch die letzten Rücksichten, die man auf einen Bundesgenossen vielleicht noch hätte nehmen können. Die Herzöge waren den sich täglich mehrenden Übergriffen der Schweden gegenüber vollkommen machtlos, nachdem auch die wenigen Truppen, die sie noch gehabt hatten, unter schwedische Regimenter gesteckt[288]) und nur noch das Schweriner Schloß und Rostock von ihnen besetzt waren. Sie gaben sich daher klugerweise alle Mühe, ihren Bruch mit Schweden nicht zur Geltung und zum Bewußtsein kommen zu lassen.[289]) Nach wie vor unterhandelten sie mit den schwedischen Befehlshabern, bewilligten diese und jene Forderungen und beschwerten sich bei Baner, dem Reichskanzler, ja selbst der Regierung in Stockholm über Exzesse der Truppen und andere schwedische Übergriffe. Oxenstierna mochte die Vermittlertätigkeit Adolf Friedrichs bestimmen, die Herzöge nicht schlechtweg als Feinde zu behandeln. Rücksichten nahm freilich auch er nicht, wohl aber ging er doch zuweilen auf die vielfachen Beschwerden ein und erließ Befehle zu ihrer Abstellung. Um die Ausführung kümmerte er sich allerdings nicht weiter, so daß am Ende das Verhalten der Schweden im Lande wohl als ein feindliches zu bezeichnen ist.

Ob aber Adolf Friedrich dem Anrücken des Kurfürsten, wie er im November endlich in Mecklenburg einzog, Plau eroberte und dann wieder um Parchim und Goldberg liegen blieb, als einem Befreier entgegengesehen hat[290]), erscheint höchst zweifelhaft. Die Sachsen brachten doch nur neue Lasten und verlegten den Kriegsschauplatz unmittelbar ins Land. Auch von einer Bevorzugung oder Förderung der sächsischen Armee seitens der Herzöge ist wenig zu spüren, wie überhaupt die militärischen Bedingungen des Prager Friedens hier wie anderswo aus Furcht vor Schweden

[288]) Balck, M. Jbb. 68 S. 96

[289]) So ist es z. B. nicht erwiesen, daß im Dezember herzogliche Beamte die Schuld an der Aufhebung einer schwedischen Kompagnie durch den sächsischen Major Taube in Grabow getragen haben. Oxenstierna an Adolf Friedrich d. d. Stralsund, 24. Dez. 1635, Adolf Friedrich an Oxenstierna d. d. 8. Febr. 1636. A. S.: Inv. host. Vol. XVII.

[290]) Wie Balck, M. Jbb. 68 S. 96, meint.

nur sehr unvollkommene Erfüllung fanden.[291]) Die Sachsen nahmen gleichfalls, was sie brauchten, ohne zu fragen, wenn auch die vom Kurfürsten für verschiedene Ämter erteilten Salvaguardien durchweg beachtet wurden und die Soldateska nicht gar so schlimm hauste. Von einer Befreiung aber kann schon deshalb keine Rede sein, weil der Kurfürst einen energischen Versuch, die Schweden ganz aus Mecklenburg zu verdrängen, niemals unternommen hat.

Nicht viel anders war es, als später kaiserliche Truppen, also gleichfalls Bundesgenossen, ins Land rückten. Seit dem Prager Frieden hausten Freund und Feind in gleicher Weise. Mit geringen Unterbrechungen war Mecklenburg die nächsten 3 Jahre hindurch der Schauplatz von kleineren und größeren Kämpfen, Durchzügen, Einquartierungen, Plünderungen usw., wobei es freilich die Schweden an Grausamkeiten allen zuvortaten. Die Jahre 1635–38 sind die schwersten gewesen, die Mecklenburg im ganzen Kriege erlebt hat, und sie genügten, seinen Wohlstand auf Jahrzehnte zu vernichten, große Gebiete in Einöden zu verwandeln und die Einwohnerzahl vieler Orte zu dezimieren.[292]) Nur ein solch trostloser Zustand des Landes konnte schließlich Adolf Friedrich bewegen, immer wieder zu versuchen, den Frieden zu vermitteln, so gering auch am Ende die Aussichten dafür sein mochten. Die Furcht vor einer dauernden Festsetzung Schwedens im Lande kam hinzu, denn weder den Sachsen noch später den Kaiserlichen gelang es, Schweden für immer aus den festen Plätzen Mecklenburgs zu vertreiben. Schwedens Stellung begann sich vielmehr seit dem Ende des Jahres 1635 wieder zu bessern, nachdem Baner den Kurfürsten nach mehreren kleinen Gefechten aus Mecklenburg verdrängt hatte, ihm in die Mark Brandenburg folgte und weiter nach Sachsen und Thüringen

---

[291]) Auch die weitere Bedingung des Memorials, die Bezahlung der 100 000 Taler, scheint nicht eingehalten zu sein. Zum mindesten wurde der erste Termin (Michaelis 1635) versäumt, indem der Kaiser zweimal, im Okt. u. Nov., die Herzöge deswegen ermahnte. (Adolf Friedrich an Hans Albrecht d. d. 16. Nov. u. 6. Dez. 1635. Konz. A. S.: Fr.) Aber auch in den nächsten Jahren sind keine Zahlungen nachzuweisen. Möglich ist freilich auch ein nachträglicher Erlaß der Strafsumme auf die angelegentlichen weiteren Bitten der Herzöge; denn der mecklenburgische Agent in Wien, Jeremias Pistorius, berichtet am 2./12. März 1636, daß die kaiserlichen Räte in der Frage ihr Gutachten zugunsten der Herzöge abgegeben hätten. Orig. A. S.: Viennensia.

[292]) Vergl. Balck, M. Jbb. 68 S. 85 ff., Groth, M. Jbb. 6 S. 132 ff., Schnell, Kap. VI S. 83 ff., Stehmann, Kap. 1 S. 8 ff. und Franck, Altes und neues Mecklenburg, 13. Buch, Kap. 20—23, S. 178—222.

vordrang. Der Sieg bei Wittstock im September 1636 befestigte Schwedens Stellung im Norden von neuem. Im Sommer 1637 folgten wieder kaiserliche, kursächsische und brandenburgische Truppen dem von Süden sich nach Pommern zurückziehenden Baner, besetzten unter furchtbaren Verheerungen Mecklenburg, eroberten auch Dömitz, Plau und Warnemünde, aber im folgenden Jahre mußten sie wieder den Schweden weichen, die außer Dömitz, das erst 1643, und Plau, das im August 1639 in ihre Hände fiel[293]), alle festen Plätze sogleich zurückeroberten. Seitdem blieb Mecklenburg fast unbestritten in schwedischen Händen, und der Krieg entfernte sich von seinen Grenzen. Auch jetzt noch hatte das Land freilich genug von den schwedischen Besatzungen zu leiden, aber die Schreckenszeit der vergangenen Jahre war doch vorüber.

Der große Krieg tobte indessen draußen im Reiche weiter, und erst gegen Ende des Jahres 1644 konnte Mecklenburg seinen Gesandten Dr. Abraham Kayser nach Osnabrück entsenden, wo er dann am 14./24. Oktober 1648 den Frieden mit unterschrieb, in dem die Herzöge Wismar, Poel, Walfisch sowie Neukloster und die Seezölle an Schweden abtreten und außerdem eine große Summe Geldes zahlen mußten. Als Entschädigung erhielten sie die Stifter Ratzeburg und Schwerin, die Komtureien Mirow und Nemerow und endlich die Exspektanz auf 4 Kanonikate an den Domkirchen zu Magdeburg, Halberstadt und Straßburg.[294])

Ganz von selbst drängt sich am Schlusse unserer Betrachtungen die Frage auf, ob das überaus harte Los, das Mecklenburg nach dem Prager Frieden traf, durch eine anders gerichtete Politik seiner Herzöge hätte abgewendet werden können, d. h., ob die Annahme des Friedens all das Elend und Unglück heraufbeschworen hat? Wir haben die mecklenburgische Politik vom Tode Gustav Adolfs an verfolgt. Sie gipfelte in dem Streben, durch den Zusammenschluß aller Evangelischen unter Schwedens Führung einen günstigen Frieden zu erkämpfen. Dadurch glaubte man sich gleichzeitig aus der Umklammerung dieser Macht zu befreien, wie sie die Expedition Gustav Adolfs als notwendig mit sich gebracht hatte, ein Verhältnis, das sich bald als äußerst drückend erwies. Auf eine gütliche Auseinandersetzung mit Schweden durch das Mittel eines allgemeinen Friedens blieb also das Bestreben der

[293]) Plau wurde während der Jahre 1635–39 nicht weniger als 8 mal belagert und erobert. Lisch, Geschichte der Stadt Plau, M. Jbb. 17 S. 196 ff.

[294]) Schnell S. 112 ff.

Herzöge gerichtet, so oft ihnen auch, und namentlich Adolf Friedrich, der Gedanke an eine bewaffnete Sonderstellung, eine „dritte Partei", kam. Das Land war aber militärisch zu schwach, Schweden zu fest im Besitz der beherrschenden Punkte, als daß eine bewaffnete Neutralität mit Erfolg hätte durchgeführt werden können. Daß Adolf Friedrich bei seinem Streben nach Frieden wichtige Faktoren übersah, liegt auf der Hand. Er unterschätzte namentlich die gewaltigen zu überwindenden Interessengegensätze, rechnete mit dem ihm eigenen Optimismus zu sehr nur mit Möglichkeiten und ließ sich endlich oft auch von kleinlichen und partikularistischen Gesichtspunkten leiten. Daneben war das Gegenspiel zu stark, das von beiden Seiten seinem Ziele entgegenarbeitete und im Frankfurter Konvent seinen vollendeten Ausdruck fand. Auf der einen Seite wollte ja Kursachsen zwar auch den Frieden, aber mit direkt feindlicher Spitze gegen Schweden und also nicht Adolf Friedrichs Ziel entsprechend, während andererseits der Reichskanzler überhaupt alle Friedensbestrebungen hintertrieb, um seine Stellung in Deutschland erst noch mehr zu befestigen. So mußte eine Einigung notwendig scheitern, denn Adolf Friedrich und einige andere sächsische Fürsten, die etwa auf seiner Seite standen, waren zu schwach, ihr Ziel mit Erfolg zur Geltung bringen zu können.

Und nun kam die Zeit des Niedergangs der schwedischen Macht. Sachsen begann ernstlich mit dem Kaiser zu unterhandeln, Kurbrandenburg entfremdete sich Schweden wegen der pommerschen Frage mehr und mehr, der Heilbronner Bund löste sich auf und die kaiserlichen Heere drangen nach der Nördlinger Schlacht unaufhaltsam vor. Da traten Kursachsen und der Kaiser mit einem unter der Einwirkung dieser Verhältnisse geschlossenen Friedensvertrage hervor und forderten die deutschen Stände auf, sich ihnen anzuschließen. Auch die mecklenburgischen Herzöge sahen sich vor die Frage gestellt, ob sie diesen Frieden annehmen sollten, der ohne die übrigen evangelischen Stände vereinbart war, der die katholische Partei einseitig begünstigte, ihrem Lande noch besondere Bedingungen auferlegte und vor allem von einer Berücksichtigung Schwedens nichts enthielt? Aber andererseits war es doch ein Friede, und allein schon die Idee eines solchen, als von zwei maßgebenden Faktoren im Reiche geschlossen, mußte nach so langer Kriegszeit anziehend wirken. Und dann brachte er den rechtlich gesicherten Besitz des Landes und die Befreiung vom schwedischen Bündnis. Das glaubten die Herzöge nicht ausschlagen zu dürfen, und als es sich nun auch bestätigte, der Kurfürst sei zu Verhand-

lungen mit Schweden zwecks Anschluß an den Frieden bereit, da sandten sie ihre Beitrittserklärung ab, in der festen Überzeugung, daß diese Verhandlungen zum Ziele, d. h. zu einer Befriedigung der schwedischen Ansprüche führen würden.

Konnten die Herzöge anders handeln? Durften sie den Frieden ausschlagen, der eigentlich alle ihre Wünsche befriedigte, durften sie es wagen, dem Kaiser zu widerstreben und noch einmal den Besitz des Landes aufs Spiel zu setzen? Dann hätte man sich Schweden in die Arme werfen müssen, dessen Bundesgenossenschaft man doch gerade entrinnen wollte. Und hätte Schweden in seiner eigenen mißlichen Lage Mecklenburg in diesem Falle genügend schützen können? Alle diese Erwägungen sprachen für den Frieden. Und bestätigte nicht die Stellungnahme der übrigen norddeutschen evangelischen Stände die Richtigkeit solcher Politik der Herzöge? Daß Schweden an dem Frieden aber teilhaben müßte, daß es als Feind noch verderblicher werden würde, wie vordem als Freund, sahen sie von vorneherein, und ebenso, daß mit der Erfüllung dieser Voraussetzung ihre Hoffnungen fallen oder stehen müßten. Daher Adolf Friedrichs unermüdliches Streben, durch Eingreifen in die große Politik die Parteien einander zu nähern und einer Einigung zuzuführen. Daß ihm das nicht gelang, war nicht seine Schuld. Die Gegensätze zwischen den Kämpfenden waren zu scharf, als daß ein Friede auf allgemeiner Grundlage schon jetzt hätte erzielt werden können.

Mit dem Scheitern dieser Einigung war auch Mecklenburgs Schicksal besiegelt. Es wurde zum Spiel stärkerer Mächte, das sich trotz aller Bemühungen des Herzogs nicht aufhalten ließ. Tragisch in der Tat mutet uns das Geschick des Landes und seines Fürsten an, der vergeblich aus dem Labyrinth der politischen Verwickelungen einen Ausweg gesucht hatte und sich schließlich doch zu der Rolle eines Kornes zwischen zwei Mühlsteinen verurteilt sah. Widerstand gegen den Prager Frieden hätte das Land nur in die gleiche, wenn nicht in eine weit gefährlichere Lage gebracht; es wäre ebenso von den großen kriegführenden Parteien erdrückt worden, ohne daß ein schwedisches Bündnis ihm wirksamen Schutz hätte angedeihen lassen können. Der Umstand, daß sich die Friedensverhandlungen in dem Moment zerschlugen, als Schwedens Kräfte erschöpft waren, als es den Frieden um verhältnismäßig geringeren Preis eingehen wollte, brachte Mecklenburg unter den wesentlich veränderten Verhältnissen des westfälischen Friedens um jene wichtigen Besitzungen, deren Verlust es immer befürchtet hatte.

Beilagen.

Nr. 1.

Artikel betr. Mecklenburg im Pirnaer Frieden vom 14./24. November 1634.

Collat. Cop. A. S: Fr.

Gedruckt in: Pirnische und Pragische Friedenspakten S. 36 f.

Soviel die beide herzogen zu Mechlenburg anbetrifft, ist an seiten der R. K. M. diese erklerung erfolget: J. K. M. hetten sich Anno 1630 beim Regenspurgischen Convent gegen dem hochlöblichen Churfürsten collegio dahin erboten: Wan die herzogen vermeineten, daß ihnen unrecht geschehen, J. K. M. Sie nochmals hören und alsdan der sachen anderweit einen gerechten Ausschlag geben wolten, darbei es J. K. M. auf denselben Fall, und wan gedachte herzogen die restitution per modum justitiae zu behaupten gedachten, nochmals verbleiben ließe. Im fall aber sie per modum gratiae vel pacis solche zu erhalten gemeinet, so erboten sich J. K. M. zu der gnad, jedoch kegen gebührender submission und satisfaction,

Nr. 2.

Artikel betr. Mecklenburg im Prager Frieden vom 20./30. Mai 1635.

Collat. Cop. A. S.: Fr.

Gedruckt in: Pirnische und Pragische Friedenspakten S. 122 f. und Londorp IV S. 463 (Art. 14).

Wegen der Herzoge zu Mechlenburg haben J. K. M. sich um gemeinen Friedens willen und aus höchst angeborner Güte, auch um J. Ch. D. zu Sachsen beharrlichen intercession willen erklert, es wolten J. K. M. Sie, die beide Herzoge (wofern Sie gegenwertigen Friedensschluß dankbarlich und würklich acceptiren und sich solchem gemes verhalten, auch dem ihrethalben sonderbaren begriffenen memorial gebührend nachkommen werden) wiederum zu Kayserlichen Hulden und Gnaden aufnehmen und bey Land und Leuten ganz ruhig verbleiben lassen.

deren man sich entweder itzunder sobalt, oder auf der nechsten Zusammenkunft würde zu vergleichen haben. Nachdem aber S. Ch. D. darkegen hinwiederum allerhand repraesentiren lassen und bei J. K. M. mit ihrem underthenigsten suchen immerfort je lenger je emsiger angehalten, J. K. M. auch aus angeborener güte für sich selbst darzu geneigt gewesen, ist endlich diese Kayserliche resolution erfolget, es wolten J. K. M. aus Kayserlichen gnaden Sie, die beide herzogen (wofern sie kegenwertigen Friedensschluß dankbarlich und würklich in untenbestimmter Zeit acceptiren und sich solchem gemes verhalten, auch dem sonderbaren begriffenen Memorial gebührend nachkommen werden) bey Land und Leuten ganz ruhig verpleiben lassen.

Nr. 3.

Memorial darauf sich im Friedensschluß bezogen wurde.

(Pirnaer Fassung.)

Collat. Cop. A. S: Fr.

Nachdem zwischen der Römischen Kayſ. auch zu Ungarn und Böhmen Königl. Majt., Unsere allergnedigste Herrn, und Churf. Durchl. zu Sachsen vermittelst göttlicher Verleihung heut dato ein gemeinsamer Friedensschluß getroffen, darin unter anderen eines sonderbaren begriffenen memorials, dem die beiden Herzogen zu Mechlenburg nachkommen solten, gedacht worden: So ist diese gegenwertige Schrift eben dasselbige Memorial und sollen nun an J. K. M. Sie, die Herzoge, noch vor dem 25. Februarii Neuen Kalenders, Anno 1635, ein allerunterteniges Schreiben einschicken und darin mit gebührendem Respect bitten, J. K. M. wolten geruhen, Ihnen allergnedigst zu condoniren alles, was irgend J. K. M. zuwider und dero mißfallen vorgegangen, auch dahero dieselbe Ungnade schöpfen mögen, und fortan Ihr allergnedigster Kay-

Nr. 4.

Memorial wegen Aussöhnung der Herzöge zu Mechlenburg.

(Prager Fassung.)

Collat. Cop. A. S: Fr. und A D: Pr. Fr. 6.

Nachdem zwischen der Röm. Kayſ. auch zu Hungarn und Böheim Königl. Majt., Unsere allergnedigste Herrn, und Churf. Durchl. zu Sachsen vermittelst Göttlicher Verleihung heut dato ein gemeiner Friedensschluß getroffen, darin unter anderen eines sonderbar begriffenen Memorials, dem die beide Herzoge zu Mechelnburg nachkommen solten, gedacht worden: So ist die gegenwertige Schrift eben dasselbige Memorial und sollen nun sie, die Herzoge, alsbald nach publicierung des Friedensschlusses nicht allein sich zu demselben, wann sie dessen genießen wollen, innerhalb zehen tagen a die notitiae wirklich bekennen, sondern auch darneben unverzüglich und zum lengsten innerhalb eines Monats ein allerunterteniges schreiben an J. K. M. zu dero Kayserlichen Handen einschicken und darin mit gebürendem respect bitten, J. K. M. wolten

ser und Herr zu sein und zu bleiben. Dagegen sie sich jederzeit, wie gehorsamen treuen Reichsfürsten gebühret, zu erzeigen so bereitwilligst als schuldigst erkenneten. Ferner ein offenes in triplo ausgefertigtes Patent, darin ermelte Herzoge dankbarlich und würklich acceptiren den Friedensschluß mit untertenigster erbietung, sich demgemes zu verhalten.

Und dan, weil die K. M. sich allergnedigst schon erkleret, auch hiermit nochmals erkleren, Sie, die Herzogen und ihre Man, Leibs, Lehns Erben bey ihren Landen und Leuten allerdings vermöge der alten von Römischen Kayfern und Königen und dem heiligen Reich habenden Lehnbriefen zu lassen, sollen die Herzoge sich aus allerhand motiven und Ursachen anerbieten, der K. M. Reichshofkammer in vier Terminen abzustatten Einmal hundert Tausend Reichsthaler in specie als und dergestalt, daß davon Sie, die beiden Herzoge, einen vierten teil, benantlich Fünf und Zwanzig tausend Reichsthaler zu handen J. K. M. Bevollmechtigten zu Leipzig in der Michaelis Meß des 1635. Jahres, wiederum Fünf und Zwanzig tausend Rchther. in der Leipziger Michaelis Meß des darauf folgenden 1636. Jahres, ferner Fünf und Zwanzig tausend Rchther. in der Leipziger Michaelis Meß des 1637. geruhen, Ihnen Allergnedigst zu condoniren alles, was irgend J. K. M. zuwider und dero mißfallen vorgegangen auch dahero dieselbe ungnade schöpfen mögen und fortan Ihr Allergnedigster Kayser und Herr zu sein und zu bleiben. Dagegen sie sich jederzeit, wie gehorsamen treuen Reichsfürsten gebühret, zu erzeigen so bereitwilligst als schuldigst erkenneten.

Und dann, weil die K. M. in eventum obigen erfolgenden gehorsamster ersuchung sich Allergnedigst schon erkleret, auch hiermit nochmals erkleren, Sie, die Herzogen, und Ihre Menliche Leibs Lehns-Erben bey Ihren Landen und Leuten allerdings vermöge der alten von Römischen Kayfern und Königen und dem Heil. Reich habenden Lehnbriefen zu lassen, sollen sie, die Herzoge, sich aus allerhand motiven und ursachen anerbieten, der K. M. in vier Terminen abzustatten Einmal hundert Tausent Reichsthaler in specie zuhanden J. K. M. Gevollmechtigten zu Leibzig in der Michaelis Messe des 1635. Jahres, ferner 25: m Rthr. in der Leibziger Michaelis Messe des darauf folgenden 1636., wiederum 25: m Rthr. in der Leibziger Michaelis Messe des 1637. und dan den übrigen und letzten Rest der 25: m Rthr. in der Leibziger Michaelis Messe des 1638. Jahres ohnfeilbar bar erlegen wolten. Da sie

Jahres und dann den übrigen und letzten Resto der Fünf und Zwanzig tausend Rchther. in der Leipziger Michaelis Meß Anno 1638 unfeilbar erlegen wolten. So sie aber solches unterließen, so bleibt es alsdan bey dem, was in solchem Fall wider diejenigen, die den allgemeinen Friedensschluß zu hindern gemeint, in den Haupttractaten verhandelt, und hat diese kayserliche allerunterthenigste erklärung keine Kraft noch Wirkung.

aber solches unterließen, so bleibt es alsdann bei dem, was in solchem Fall wider diejenigen die den allgemeinen Friedensschluß zu hindern gemeinet, in den Haupt-tractaten verhandelt, und hat die Kayserliche Allergnedigste erklerung keine Kraft noch wirkung. In Urkund mit J. K. M. Canzlei Secret versiegelt. Geschehen zu Prag den 30. May An. 1635.

Lebenslauf.

Wilhelm Friedrich Bernhard Alfred Martin Jesse wurde am 3. Juli 1887 zu Grabow in Mecklenburg als Sohn des 1908 verstorbenen Apothekenbesitzers Franz Jesse geboren. Nach Übersiedelung der Eltern nach Schwerin besuchte er von Ostern 1897 ab das dortige Gymnasium Fridericianum und erhielt hier Ostern 1906 das Zeugnis der Reife. Fortan widmete er sich dem Studium der Geschichte und ihrer Hilfswissenschaften, der Philosophie und der deutschen Philologie, und zwar S.-S. 1906 bis S.-S. 1907 in München, W.-S. 1907/08 in Kiel und ab S.-S. 1908 in Berlin.

Dem Berliner historischen Seminar gehörte er 6, dem germanischen als außerordentliches Mitglied 2 Semester an.

Er ist evangelisch-lutherischen Bekenntnisses.

Die Promotionsprüfung wurde am 2. März 1911 abgelegt.